

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 32. JAHRGANG
194 | Juli/August 2009 EUR 1,50

Observation!

Die Arbeitsagentur auf dem Weg in die Vergangenheit und Erwerbslose auf der Suche nach Zukunft

Am 20.Mai 2009 gab die Bundesagentur für Arbeit eine interne Weisung heraus: „Bei Verdacht auf besonders schwerwiegendem Leistungsmissbrauch" sind Observationen erlaubt. „Hartz IV-Betrüger dürfen beschattet werden", freute sich die Bild-Zeitung. Noch vor 20 Jahren wurden sowohl die Observationen der hauptamtlichen Stasimitarbeiter als auch das Denunziantentum der Inoffiziellen Mitarbeiter (IM's) in der DDR skandalisiert. Heute heißen die Hauptamtlichen „Außendienst zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch".

Gerade Wohngemeinschaften werden mit „Hausbesuchen" beglückt. So werden Schränke durchsucht, wenn „eine Sachverhaltsklärung sonst nicht möglich wäre". Der Hausbesuch erfolgt im Beisein der Überprüften, auf Wunsch erhalten diese dann auch eine Kopie des Prüfprotokolls. Ja es geht alles „demokratisch" zu. So manche/r wird sich beim Lesen des Prüfprotokolls allerdings fragen: gibt es weibliche und männliche Zahnbürsten?

Aber die Befugnisse der Außendienstmitarbeiter sind noch umfassender. Die „Ermittler" können Auskünfte jeder Art einholen sowie Zeugen und Sachverständige „vernehmen". Es werden Gespräche mit Arbeitgebern, Nachbarn und Vermietern geführt und bei Banken und Versicherungen verprobt. Oftmals sind es aber auch Nachbarn und Bekannte selbst, die den Behörden „Hinweise" geben und sich als Denunzianten betätigen. Als 2008 die Sendung „Gnadenlos gerecht" für Wirbel in der Boulevardpresse sorgte, gab die Bundesagentur für Arbeit selbst bekannt, dass „Missbrauch" bei nicht mehr als 0,6% aller Hartz IV-BezieherInnen auftritt, falsche Berechnungen der BA inklusive.

Der Druck wächst

Aber nicht nur die öffentliche Hetze und die Schnüffelei lasten auf den Hartz IV-BezieherInnen, es sind auch die Armut, das Damoklesschwert oftmals sinnloser Beschäftigungsmaßnahmen, das Chaos in den Ämtern und vor allem die Sanktionen[1].

Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit gab es im Berichtsmonat Februar 2009 bundesweit 66.127 neu festgestellte Sanktionen, davon 55% wegen Meldeversäumnissen, 18% wegen Verletzungen der Pflichten des Eingliederungsvertrags und 16% wegen Verweigerung einer „zumutbaren" Arbeit.

Besonders rigide wird mit Jugendlichen (unter 25-Jährige) umgegangen. Bei ihnen wird bei einer Pflichtverletzung der Regelsatz gestrichen, bei einer wiederholten „Pflichtverletzung" entfällt alles – auch Miete und Krankenversicherung. Für ALG II-Beziehende über 25 ist ein „Drei-Stufen-Plan" vorgesehen: 30-60-100%. Bei „Meldeversäumnissen" sind es 10-20-30-40...%. Wer noch die Kraft hat, Lebensmittelkarten einzufordern, hat Glück gehabt, wenn das Jobcenter zustimmt. Und wer schon in dem Zustand ist, nicht mehr die Post zu öffnen, hat eben Pech gehabt. Auch als „Sozialschmarotzer" hast du zu funktionieren.

Der Abbau des Sozialstaates ist mit einem zügigen Ausbau des Polizei- und Überwachungsstaates verknüpft. Aktuelle Beispiele sind u.a. die zunehmende Videoüberwachung, die Vorratsdatenspeicherung und die Biometrie (elektronische Lohnsteuerkarte, zentrale Identifikationsnummer, elektronische Gesundheitskarte, biometrische Reisepässe). Aber nicht nur der Staat wird repressiver, in Teilen der sozial verunsicherten Bevölkerung wächst mit der Angst auch die Straflust.

Der Blick wird auf die „unwürdigen" Armen und die Stadtviertel mit einer Konzentration von Armen gerichtet. Die Mitte, die Abstiegsängste hat, aber auch ein Teil der Prekären, grenzen sich von der Unterschicht ab. Sie fürchten sich vor dem Virus, mit dem die Unterschicht sie, die Leistungswilligen, infizieren könnte. Dieser Virus sei die Kultur der Armut. Die Unterschicht sei faul, hätte keinen Aufstiegswillen, trinke und rauche zu viel, sitze nur vor dem Unterschichten-TV, habe ein geringes Bildungsniveau, ernähre sich falsch und erziehe die Kinder zu Hartz IV-BezieherInnen. Die Gesellschaft wird wieder nach sozialdarwinistischer Art in Höherwertige (= Leistungsträger) und Minderwertige (= unwürdige Arme) eingeteilt. Und was machen jene, die sich bereits in der „Zone der Entkopplung" (Castel[2]) befinden? Oft sind sie resigniert und fatalistisch.

Wie Erwerbslose gegenhalten

Es gibt verschiedene Wege mit der eigenen schwierigen Lage um- und dagegen anzugehen. Durch die Vereinzelung ist es für Erwerbslose oft schwer, sich kollektiv zu organisieren. Aber sie wehren sich individuell, schreiben Widersprüche und Klagen. Die Tafeln werden genutzt, um die Armut zu lindern. Manche mit zuviel Untertanengeist treten in der Not nach unten, statt gegen die Obrigkeit zu revoltieren. Doch es gibt immer Alternativen, und in den letzten Jahren haben sich vor Ort vielfältige dezentrale Selbsthilfeprojekte gegründet (als ein Beispiel mag die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg[3] genügen), die zeigen, dass gegenseitige Hilfe weiterbringt.

Die aktiven Erwerbslosen bieten als Basis oft Beratung für andere Erwerbslose an.

Fortsetzung auf Seite 3

Schluss mit den Baby-Löhnen!

Kinoleitung verweigert Tarifverhandlungen

Es sind nur wenige Besucher, die an diesen warmen Sommerabenden ins Kino kommen. Erstaunt nimmt eine ältere Dame das Flugblatt entgegen, das ihr vor den Türen des Babylon in die Hand gedrückt wird. *Achtung!* steht dort in großen Lettern, *Arbeitskampf im Babylon*. „Geschäftsführung verweigert Verhandlungen?", liest sie weiter. „Das gibt`s doch nicht."

Doch, das gibt es. Und darum wurde Mitte Juni in Berlin der Arbeitskampf ausgerufen. Von verschiedenen Seiten übt die Belegschaft nun Druck aus. Woche um Woche kommen neue Maßnahmen dazu, werden die Schrauben noch ein Stück weiter angedreht. Streik und Boykott sind in Planung, flankiert von einer Kampagne, die Aufsehen erregt. Die Babylonier haben keine andere Wahl, sie müssen ihre Chefs zum Gespräch zwingen.

Zur Verhandlung steht ein Haustarifvertragsvorschlag, mit dem eine lange Liste von großen und kleinen Unzumutbarkeiten geklärt werden soll. Es gibt viel zu niedrige Löhne (zwischen 5,50 und 8 Euro brutto), keine Überstunden- oder Feiertagszuschläge, meist nur „mündliche" oder befristete Verträge. Die Belegschaft wird regelmäßig ausgewechselt, weil keiner über die Probezeit hinauskommen soll, durch Schikane bei der Schichteinteilung wird sie unter Druck gesetzt.

Lange hatten die Beschäftigten auch Geduld, haben versucht, mit ihren Chefs zu reden. Sie wollten keinen Stress, schließlich arbeiten sie in einem interessanten Ambiente, mit interessantem Programm. Schließlich machen das viele von ihnen nur als Nebenjob, oder als Zwischendurch-Job.

Fortsetzung auf Seite 5

Aus dem Inhalt

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Catwalk



Werdet aktiv!

Unterstützt den Arbeitskampf im Kino Babylon Mitte Berlin! Es geht nicht nur um bessere Arbeitsbedingungen für die Belegschaft, sondern auch um die Freiheit gewerkschaftlicher Selbstorganisation.

Wie ihr den Arbeitskampf unterstützen könnt, erfahrt ihr auf Seite 5 unten links.

Weiteres von Emmely

Ende April hatte das Komitee „Solidarität mit Emmely" eine Petition beim Bundestag eingereicht, die die Einführung einer Bagatellgrenze bei Kündigungen fordert. Vorausgegangen war dem der berühmt gewordene Fall der Kassiererin Emmely, die unter dem Vorwand, Pfandbons im Wert von 1,30 Euro entwendet zu haben, bei Kaisers gekündigt wurde. Nun hat der Petitionsausschuss es abgelehnt, diese Petition öffentlich zu bearbeiten, womit eine öffentliche Diskussion über Bagatell- und Verdachtskündigung blockiert wird.

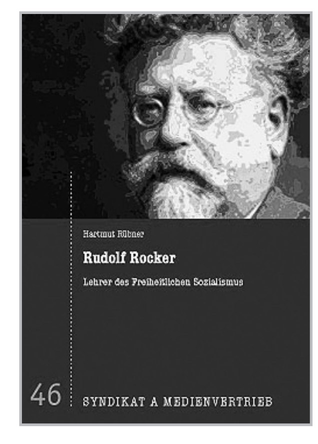
Weitere Informationen zu Fällen von Verdachtskündigungen, zum weiteren Verlauf des Kampfes von Emmely und der Kampagne findest du auf: http://1euro30.de
Hintergründe zum Fall Emmely gibt es auf Seite 14.

Neues aus der Schweiz

Die FAU Bern gibt nun alle zwei Monate ein Lokalblatt namens *„Di schwarzi Chatz"* heraus. Ab Juli zum Download auf www.faubern.ch

Kauf dich glücklich!

Hartmut Rübner skizziert die wesentlichen Aspekte des politischen Lebens Rudolf Rockers. Dabei vermittelt er der Leserschaft anschaulich und nachvollziehbar die Veränderungen im Denken und der Praxis des anarchosyndikalistischen Theoretikers.



Hartmut Rübner, *Rudolf Rocker – Lehrer des Freiheitlichen Sozialismus*, Syndikat A, Moers 2009.
ISBN 978-3-9810846-7-2. 56 Seiten für 4 Euro.

FAU-Ticker

Am Pfingstwochenende fand der jährliche FAU-Kongress statt. Schwerpunkte der Arbeit waren unter anderem das Gewerkschafts- und Tarifvertragsrecht sowie Leiharbeit, der bevorstehende Kongress der IAA, und der Vorschlag eines bundesweiten Treffens von BasisgewerkschafterInnen. Auch die Geschäftskommission wurde neu besetzt. Sie befindet sich für das kommende Jahr in Münster, das Internationale Sekretariat wird von einer siebenköpfigen, bundesweiten Arbeitsgruppe übernommen. +++ Die FAU-Gründungsinitiative in Kassel trifft sich nun zweiwöchtlich montags. Die Bildungsinitiative der FAU Kassel unterstützt aktiv die Gründung der „Kritischen Universität Kassel" (KUK) als einen Freiraum für studentischen Widerstand und selbstbestimmtes Lernen, Blog: www.protest-kassel.de. +++ In vielen Städten beteiligten sich FAU-Gruppen und anarchosyndikalistische Jugendgruppen am „Bildungsstreik" vom 15. bis zum 19. Juni. +++ In Münster gründete sich daraufhin eine Gruppe der anarchosyndikalistischen Jugend. Homepage: www.asjmuenster.blogsport.de +++ Monatlich trifft sich in Münster nun auch die „Telefonzelle", eine Initiative von Call-Center-Beschäftigten. +++ Zahlreiche Organisationen, auch aus dem Ausland, beteiligten sich Anfang Juli an einer Mail- und Fax-Kampagne gegen prekäre Arbeitsbedingungen im Kino Babylon in Berlin. +++ Anfang Juli besuchte die FAU Freiburg beim Stadtrundgang unter dem Motto „Leiharbeit nicht verbessern — sondern abschaffen!" mehrere Zeitarbeitsfirmen und den DGB.

Die FAU im Frühsommer 2009:



Ryanair-Soliaktion am Flughafen Berlin-Schönefeld (Foto: O. Wolters)

Ryanair-Soliaktion am Flughafen Lübeck

Protestaktion vorm Kino Babylon Mitte in Berlin (Foto: O. Wolters)

Die FAU Berlin auf der Mayday-Parade am 1. Mai (Foto: HM)

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Ammerland . . . Kontakt über Bremen
Aurich . . . . Kontakt über Bremen
Bad Segeberg . . Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 16 Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und 0160/91562596
Bielefeld . . . . . FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o Umweltzentrum, August-Bebel Str. 16-18, 33602 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 1. Dienstag im Monat ab 19.30h in der Bürgerwache Bielefeld, Rolandstr. 16, Siegfriedplatz. Kino: Jeden 1. Donnerstag im Monat im AJZ-Kino. <faubi@fau.org>. AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu
Braunschweig . FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>
Bremen . . . . . . FAU-IAA Bremen, c/o Naturfreundejugendhaus Buchte, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
Flensburg. . . . . FAU Flensburg, c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg, fau-flensburg@fau-fl.org
Hamburg . . . . . FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover . . . . . FAU-Lokalföderation Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, <fauh@fau.org>, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>
Kiel . . . . FAU Kiel, c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck . . . . . . Kontakt über Hamburg
Wismar . . . . . . FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, fauhwi@fau.org

REGION WEST

Aachen . . . . . . FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net
Bochum. . . . . . Kontakt über FAU Dortmund, <faudo@fau.org>
Bonn . . . . FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Dortmund . . . . FAU Dortmund c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (AB), (0231) 86 30 101(Fax), <faudo@fau.org>
Duisburg . . . . . FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf . . . . FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Krefeld . . . . . . FAU Krefeld, <faukr@fau.org>, Tel.: (02151) 39 42 70
Moers . . . . FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster. . . . . . FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster. Offene Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr und jeden 4. Mi. im Monat, 19 Uhr. Präsenzzeit jeden Mi. 12-14 Uhr. Tel. (0251) 52 11 12, Kneipenabend jeden 1. Samstag im Monat, 21 Uhr, <faums@fau.org>, www.fau.org/muenster/
Solingen . . . . . FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

REGION OST

Altenburg . . . . Kontakt über Leipzig
Berlin . . . . FAU Berlin, Straßburger Str. 38, 10405 Berlin (U2 Senefelder Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur im ASy, 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>. Sektion Gesundheits- und Sozialberufe: 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr im FAU-Lokal und am 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Cafe Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>. Sektion IT: 1. Do. im Monat um 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>
Dresden. . . . . . Kontakt über Leipzig, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Görlitz . . . . Kontakt über Leipzig
Gransee. . . . . . Kontakt über Berlin
Halle/Saale . . . VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Leipzig. . . . . . . VAB FAU Leipzig - und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00–18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Magdeburg. . . . FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
Potsdam . . . . . Kontakt über Berlin
Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

REGION SÜD

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt/M.
Dreieich. . . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. . . FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>
Freiburg. . . . . . FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>,Treffen: jeden ersten So.im Monat ab 18Uhr,KTS,Baslerstr.103,79100 Freiburg; jeden dritten So. im Monat ab 18Uhr,Fabrik,Habsburgerstr.9,79104 Freiburg.
Gießen. . . . . . . Kontakt über Lich
Ilmenau . . . . . Kontakt über Meiningen
Kassel . . . . FAU-Gründungsinitiative VAB Kassel, <fauks5@fau.org>, FAU-Bildungsinitiative Kassel, <fauks1@fau.org>, Offene Treffen für beide: Jeden 1. und 3. Montag des Monats ab 19 Uhr im Café DesASTA – Campus HoPla
Lich. . . . . FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich,<fauli@fau.org>
Mainz. . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
Marburg. . . . . . Kontakt über Lich
Meiningen . . . . FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
Memmingen . . . FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen
München . . . . . FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str.139 (Rg), 80339 München, (0163)6174227, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden Mittwoch 19h; Initiative Gesundheitssyndikat: <faum14@fau.org>; Jugend-AG: <faum15@fau.org>
Neustadt/W. . . FAU Neustadt, Postfach 3570, 67623 Kaiserslautern, <faunw@fau.org>
Nürnberg . . . . . FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faum16@fau.org>
Saarbrücken. . . FAU-Gründungsinitiative Saar, Kontakt über Neustadt
Suhl. . . . . Kontakt über Meiningen
Tübingen . . . . . c/o Infoladen „Grenzenlos", Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden . . . . GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
AG Jugend & ASJ: kontakt.jugend@fau.org, Koordinationsstelle NRW: <asj-nrw@riseup.net>
Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord: Braunschweig <reko-nord@fau.org> | West: Duisburg <reko-west@fau.org> | Ost: Berlin/Zwickau <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)
IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien),
AIT, ASI-MUS CLS, Postanski pretinac 6, 11077 Beograd, SERBIE
<secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern . . . . FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch
Zürich . . . . FAUCH, Postfach 25, CH-8037 Zürich, www.fauch.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:

Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, allgemeines@syndikat-wien.org
Allgemeines Syndikat Oberösterreich, c/o Infoladen Wels, Spitalhof 3, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 6932864, syndikat_ooe@linuxmail.org
ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, aswi@lnxnt.org
Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Lockmittel Umweltschutz?

Missbrauch und Schattenseiten des „Freiwilligen Ökologischen Jahres“

Jährlich absolvieren in Deutschland rund 2000 junge Menschen ein „freiwilliges ökologisches Jahr“ (FÖJ). Wie ergeht es den FÖJlerinnen und FÖJlern dabei? Und wie steht es um Arbeitsbedingungen und Bezahlung? Die FAU Bremen sprach mit dem ehemaligen FÖJler Fedor Gracie.*

FAU-Bremen: Was war deine Motivation, ein FÖJ zu absolvieren?

Fedor: Ich sehe, wie mit der Welt umgegangen wird. Die momentane Gesellschaft lebt auf Kosten der Umwelt, und wenn nicht bald ein Richtungswechsel stattfindet, bekommen wir die Quittung für unser Verhalten. Irgendwer muss ja einen Anfang machen. Ich wollte etwas für meine Umwelt tun und dabei auch noch meine persönlichen Interessen mit einbringen. Ein Freund brachte mich auf das freiwillige ökologische Jahr. Zu diesem Zeitpunkt war ich höchst motiviert und habe mich quer durch Deutschland beworben. Letztendlich bin ich dann bei der Bremer-Umwelt-Beratung e.V. gelandet. Diese ist für die Beratung von Bürgern in Umweltfragen zuständig. Weiterhin gibt es dort Informationen und Gelder zur Förderung von umweltgerechten Renovierungsmaßnahmen. Um dort arbeiten zu können, musste ich umziehen: circa 250 Kilometer von meiner geliebten Heimatstadt weg.

FAU: Wie gestaltete sich dein FÖJ?

Fedor: Es war ganz anders, als erwartet. Gearbeitet habe ich in einem Büro. Meine Hauptaufgaben bestanden im Telefonieren, Leute in Listen eintragen und anderen Büroarbeiten, wie z.B. kopieren. Irgendwie hatte ich das Gefühl, der Arsch für alles zu sein.

FAU: Das hört sich an, als hättest du nicht wirklich etwas mit ökologischer Relevanz gemacht. Lag das an der Stelle, in der du dein FÖJ absolviert hast oder ging es anderen FÖJlern ähnlich?

Fedor: Inhaltlich habe ich so gut wie nichts gemacht. Die Arbeit machte keinen Spaß, und ein finanzielle Anreiz war auch nicht vorhanden: Ich musste 30 Stunden in der Woche für einen Lohn von 155 Euro „Taschengeld“ und 77 Euro „Zuschuss für Unterkunft und Verpflegung“ arbeiten. Das entspricht einem Stundenlohn von 2 Euro. Ich entschied mich also, das FÖJ nach sechs Monaten Arbeit zu beenden. Ab dann gilt das FÖJ als anerkannter Freiwilligendienst. So habe ich nach der in meinen Augen weggeworfenen Zeit zumindest etwas in der Hand. Bei anderen FÖJlern habe ich geteilte Meinungen über ihren Job gehört.

FAU: Kannst du das näher erläutern?

Fedor: Die Arbeitsumstände sind stark von der Einsatzstelle abhängig. Ich habe mit FÖJlern gesprochen, die 38,5 Stunden in der Woche arbeiten und sich über ähnliche Zustände beschweren. Für Organisationen mit ökologischen Kontaktpunkten lohnt es sich scheinbar, FÖJler als billige Bürokräfte zu benutzen.

Wir teilten unseren Unmut über diese Zustände bei der FÖJ-Zuständigen des Trägers eContur mit. Sie meinte, wir würden schon ökologisch relevante Arbeit leisten, indem wir den Einsatzstellen die Büroarbeit abnehmen und diese sich auf die eigentliche Arbeit konzentrieren könnten. Zu der offensichtlich schlechten Bezahlung sagte sie, dass sich viele Einsatzstellen sonst keine FÖJler mehr leisten könnten. Dieses Argument halte ich für nicht zutreffend! In anderen Bundesländern erhalten FÖJler weit mehr Geld, zudem entgeht uns ja auch nicht, wie viel die regulären Mitarbeiter in den jeweiligen Arbeitsstellen verdienen.

Mit den Einsatzstellen an sich scheint es auch viel Ärger zu geben. Ein anderer FÖJler arbeitete beim Tierheim. Diese Stelle wurde recht schnell gestrichen. Der Grund wurde mir trotz Nachfrage beim Träger nicht genannt.

Eine weitere FÖJlerin beendete ihre Stelle aufgrund finanzieller Schwierigkeiten. Sie konnte von dem wenigen Geld nicht mehr leben. Als besonders heftig sehe ich folgenden Fall an: Bei einer FÖJlerin änderte die Chefin nachträglich den Teil des Vertrages, der die Krankheitsmeldungen regelt und nötigte die FÖJlerin, diesen zu unterschreiben. Die FÖJlerin arbeitet nun nicht mehr dort.

FAU: Warum wird denn nichts an den bestehenden Umständen geändert?

Fedor: Ich denke, dass dafür mehrere Faktoren verantwortlich sind. Das FÖJ ist auf ein Jahr begrenzt, was bewirkt, dass die FÖJler sich ohne zu Murren durchbeißen. FÖJler sind meist auch ziemlich jung, haben vielleicht gerade erst ihren Schulabschluss gemacht, und deshalb wenig Erfahrung auf dem Arbeitsmarkt.

FAU: Gab es gewerkschaftlich organisierte FÖJler?

Fedor: (lacht laut) Nein, nicht dass ich wüsste. Ich denke, das FÖJ fällt in einen Bereich, der nicht das Arbeitsfeld der großen Gewerkschaften tangiert. Es verhält sich ähnlich wie mit der Generation Praktikum oder den Hartz IV-Empfängern: Es fehlt der nötige Widerstand, um die Situation zu verbessern.

FAU: Was kann denn gegen die prekären Arbeitsbedingungen gemacht werden?

Fedor: Ich denke ein gutes Mittel ist, Öffentlichkeit herzustellen. Oder mit den Menschen zu reden, die sich in einer ähnlichen Situation befinden, um gemeinsam etwas gegen die bestehenden Umstände zu tun.

FAU: Abschließende Worte?

Fedor: Ja, also die Idee, die wahrscheinlich ursprünglich hinter dem FÖJ stand, finde ich weiterhin gut. Zudem möchte ich sagen, dass es sicherlich FÖJler gibt, denen ihre Arbeit Spaß macht. Ich appelliere an diese, sich einzusetzen und Solidarität zu zeigen, so dass auch den anderen FÖJlern und den nachfolgenden Generationen ihre Arbeit Spaß macht. Die Forderung nach einer angemessenen Vergütung teilen, so denke ich, alle FÖJler.

* Name geändert

Kontakt zur FAU Bremen:
http://www.fau.org/bremen
mailto:fauhb@fau.org

Fortsetzung von Seite 1 „Observation“

Zudem erstellen sie Internetplattformen mit vielfältigen Informationen, um ihre „KollegInnen“ zu unterstützen. Sie organisieren sich in Stadtteilen und bauen Erwerbslosentreffpunkte auf. Statt der karitativen Tafeln, werden eigene selbstverwaltete Versorgungsmöglichkeiten ins Leben gerufen, wie das Sozialwerk DSP in Leipzig[4]. Beratung und Frühstück, Internet oder Broschüren, das reicht natürlich nicht aus. Die aktiven Erwerbslosen machen deutlich, wo die Ursachen liegen und führen Kampagnen gegen Ein-Euro-Jobs und Sanktionen durch. Sie tragen ihren Protest in die Jobcenter, so in Köln beim „Zahltag“ und in Berlin mit dem „Jobcenterbegleitservice“. Erwerbslose und ArbeiterInnen in der FAU engagieren sich gegen Hartz IV, wie in der Agenturschluss-Kampagne 2005, und gegen die Beschäftigungsindustrie, wie beim Arbeitskampf gegen ZIM[5] dieses Jahr in Berlin. Zu gegebenen Anlässen gründen sich immer wieder Bündnisse, die den Protest auf die Straße bringen. Protestformen sind auch Spaßaktionen, wie die Verleihung des Goldenen Tretstiefels ans Sozialamt Berlin-Neukölln, und Ein-Euro-Spaziergänge. Und Anfang der achtziger Jahre gab es viele Aneignungsaktionen der „Schwarzen Katze“, einer autonomen Jobber- und Erwerbsloseninitiative. Das bedeutet, der Kampf kann sich radikalisieren. Und Erwerbslose, die kämpfen, sind keine wehrlosen Opfer mehr. Sie emanzipieren sich vom Objekt der Arbeitslosenverwaltung zum Subjekt, das sich das ei gene Leben zurückholt. Aber nicht nach den Vorgaben und Maßstäben anderer, sondern selbstgewählt, selbstbewusst und solidarisch.

Bereits jetzt deutet sich in der Debatte um die Mehrwertsteuererhöhung an, dass nach der Bundestagswahl 2009 die Herrschenden die Lasten auf die Lohnabhängigen abwälzen und der Druck auf dem Arbeitsmarkt sich verstärken wird. Dann werden auch ALGII-BezieherInnen die Krise zu spüren bekommen, sie haben ja jetzt schon wenig zu verlieren. Und mit neuen Zumutungen, ob die Herrschenden es nun Hartz V, Agenda 2020 oder sonstwie nennen, verschärft sich die Wut, die raus aus der Vereinzelung auf die Straßen drängt. Da wir Hartz IV nicht verhindern konnten und wohl weitere Kämpfe bevorstehen, ist eine Strategiedebatte in der Erwerbslosenbewegung unbedingt nötig. Meine Erfahrungen besagen, dass es um eine Vielfalt der Protestformen gehen muss. Nur gemeinsam sind wir stark!

Anne Seeck

Anmerkungen:

[1] Weitere Infos zur Sanktionspraxis in der Broschüre *„Wer nicht spurt, kriegt kein Geld“*: www.hartzkampagne.de

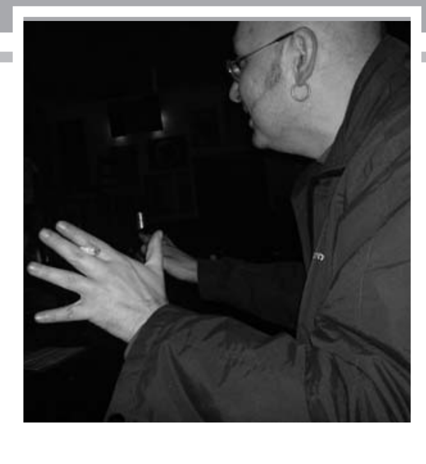
[2] Robert Castel, ein französischer Soziologe, versucht zu verstehen, wie die Lohnarbeit, die einmal eine sozial verachtete Position war, nach und nach zum Modell wurde, zu einem sozialen Status mit einer bestimmten Identität. http://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Castel

[3] Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg: http://www.also-zentrum.de

[4] Demokratie und Soziale Politik (DSP) Sozialwerk, Eisenbahnstr. 109, 04315 Leipzig

[5] siehe DA #192 (März/April 2009)

Kolumne Durruti



Unlängst durfte ich feststellen, dass selbst den gehässigsten Klischees mitunter ein wahrer Kern innewohnt. Denn seit meinem Umzug vom beschaulichen Berlin ins hektische, kalte Hamburg schlittere ich von einer Kommunikationskatastrophe in die nächste, die ausnahmslos auf der hiesigen post-maoistischen Ein-Wort-Politik beruhen, landläufig auch als Maulfaulheit bekannt. Es stimmt, o ja, es stimmt nur zu sehr, Norddeutsche sprechen nicht gern, zumal mit Fremden. Da quere ich die Ampel, als plötzlich ein dicker Herr von seinem Moped aus herüberruft: „Wandsetal!“ Wandsetal, so dünkt mir dumpf, ist wohl so etwas wie ein Stadtteil oder Vorort. Aber was will mir der Mann damit sagen? Steht das im lokalen Idiom vielleicht für einen besonders schäbigen, verrufenen Ortsteil und bedeutet folglich soviel wie „geh doch nach drüben“, „hau ab und geh dahin zurück, wo du herkommst und komm so bald nicht wieder“? Aber nein, da sagt man ja hier „geh wo du wohnst“. Während ich noch verwirrt grüble, ruft irgendein Passant zurück: „bis zur Kreuzung, dann rechts“, woraufhin der 20 km/h-Rocker dankend nickt. Hier versteht man sich eben ohne viele Worte. Oder eben auch nicht.

Im Bus übe ich mich darin, gute Laune zu versprühen, lächle die dralle Fahrerin an und grüße sie mit meinem freundlichsten „eine Tageskarte, bitte!“ Doch sie antwortet nicht. Sie schließt auch nicht die Tür oder fährt ab, sondern bewegt sich einfach gar nicht und starrt wie tot ins Leere. Unheimlich. „Eine Tageskarte“, wiederhole ich verunsichert. Wieder nur dieser leere Blick. „Geht es Ihnen gut?“, frage ich besorgt, worauf sie sich unerwartet flink, wie eine wechselwarme Echse, der man einen Grashüpfer ins Terrarium zuwirft, umdreht und zischt: „Erst bezahlen.“

Und dabei handelte es sich noch um ein redseliges Exemplar. Der Sprachcode Fahrgast-Busfahrer funktioniert in Hamburg nämlich ausschließlich über Gesten. Indem ich den bis auf den letzten Cent abgezählten Betrag auf das Tischchen lege, gebe ich meine Bestellung auf. Dann, und nur dann erhalte ich mein Ticket. Förmlichkeiten wie „Guten Tag“ oder „Danke“ sollte man dabei tunlichst unterlassen, Hamburger fassen derlei rasch als Provokation auf und neigen zu Handgreiflichkeiten.

Auch im Schriftverkehr und im Umgang mit Behörden begegnete ich wiederholt dieser in Norddeutschland offenkundig weit verbreiteten Angst vor ganzen Sätzen und dem Kontakt mit Fremden. So bat ich das Arbeitsamt Hamburg um Auskunft, an wen ich mich zu wenden und welchen Antrag ich nun eigentlich zu stellen habe, nebst diverser Fragen zu Krankenversicherung und ähnlichem, alles in allem ein gut drei Seiten umfassendes Schreiben. Kaum fünf Wochen später erhielt ich die rätselhafte Antwort: „Folgende Unterlagen benötigen wir zur Bearbeitung Ihres Antrages“, nebst Aufzählung der selbigen, nichts weiter; dabei hatte ich überhaupt noch keinen Antrag gestellt. Seitdem führe ich mit dem hiesigen Arbeitsamt einen bizarren Briefwechsel, der sich in etwa so gestaltet, dass ich eine Art Notiz erhalte mit der stenographierten Aussage, dass immer noch ein Dokument fehle zur Bearbeitung eines Antrages, von dem man sich beharrlich weigert, mir mitzuteilen, um welchen es sich überhaupt handelt, und ich entgegne, dass ich eben jenes bereits vor drei, vier, fünf Wochen abgegeben hätte, anbei Kopie Nr. 2, 3, 4 und so fort, und übrigens, vor zwei Monaten hatte ich Ihnen ein paar Fragen gestellt, wann glauben Sie, könnten Sie diese beantworten?

Aber der Rest bleibt Schweigen.

Matthias Seiffert

TERMINE

Details zu den Veranstaltungen der Rundreise ***Anarchafeminismus – Ein Ansatz der noch ausgearbeitet werden muss*** findet ihr unter: www.fda-ifa.org/rundreise

Duisburg
So. 30. August
Details folgen auf
www.fau-duisburg.tk
Rundreise: Anarchafeminismus

Düsseldorf
Mo. 31. August, 19.30 Uhr
ZAKK – Zentrum für Aktion, Kultur und Kommunikation, Fichtenstraße 40
Rundreise: Anarchafeminismus
Einlass: 19.00 Uhr, Eintritt: frei

Flensburg
Mi. 2. September, 19.00 Uhr
Infoladen Subtilus, Norderstrasse 41
Rundreise: Anarchafeminismus
Einlass: 18.00 Uhr, Eintritt: Spende

Freiburg
So. 6. September, 20.00 Uhr
KTS Freiburg (Autonomes Zentrum), Baslerstraße 103
Rundreise: Anarchafeminismus
Einlass: 19.30 Uhr, Eintritt: Spende erbeten

Hamburg
Do. 3. September, 19.30 Uhr
Schwarze Katze, Adresse: Fettstraße 23
Rundreise: Anarchafeminismus
Einlass ab 19.00 Uhr

Hannover
Di. 1. September, ca. 20.00 Uhr
Kornstrasse 28-30, Hannover
Rundreise: Anarchafeminismus
Einlass: ca. 19.00 Uhr, Eintritt: Spende, Sonstiges: Essen vegan

Kassel
ab Sa. 4. Juli, 20.00 Uhr
Libertäres Radio im Freien Radio Kassel (105,8 FM), samstags 20.00-21.00 Uhr, FAU-Sendung ab 4. Juli alle drei Wochen

München
Mi. 26. August, 19.30 Uhr
Basisbuchhandlung, Adalbertstr. 43
Rundreise: Anarchafeminismus
Einlass: 19.00 Uhr, Eintritt: frei

Saarbrücken
Fr. 28. August, 18.30 Uhr
JUZ St. Ingbert (www.juz-igb.de), Pfargasse 49, 66386 St. Ingbert
Rundreise: Anarchafeminismus
Einlass: 18.00 Uhr, Eintritt: frei

Gegen den körperlichen Ruin

Erzieherinnen streiken für gesündere Arbeitsbedingungen

Während der laufenden Verhandlungen über die Erhöhung der Gehälter in den Kindergärten und Horten, also während der Friedenspflicht, gingen die Kindergärtnerinnen bei ver.di und die Hortnerinnen in der GEW in die Urabstimmung. Offiziell nicht wegen des Tarifkonfliktes, sondern für einen Gesundheitstarifvertrag. Dort sollen Arbeitsbedingungen festgelegt werden, die den Erzieherinnen die Arbeitsfähigkeit bis zum Rentenalter ermöglichen. Neben rollbaren Stühlen in Erwachsenengröße und besseren Pausenregelungen bestehen die Hauptforderungen in Verkleinerung der Gruppen und einer Änderung des Betreuungsschlüssels. Die Gruppenstärke überschreitet im Gebiet des ver.di-Landesbezirks Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen oft zwanzig Kinder. Auf eine Erzieherin kommen 18-25 Kinder. Bei dieser Rechnung wird allerdings davon ausgegangen, dass alle Erzieherinnen vollzeitbeschäftigt sind. Dies ist aber gerade durch die zahlreichen ABM-Stellen nicht der Fall[1]. Durch die hohe Gruppenstärke sind Kinder und ErzieherInnen Lautstärken ausgesetzt, bei denen das Arbeitsschutzgesetz in anderen Branchen wie Bau oder Flugwesen Ohrenschützer vorschreibt. Ziel ist, der Geschäftsführerin des ver.di-Tarifbezirks Nordsachsen Ines Jahn zufolge, ein Betreuungsschlüssel von einer Erzieherin zu acht Kindern, und dass nicht nur Erzieherinnen sondern auch Erzieher eingestellt werden.

Streik für einen Tag

Die Urabstimmungen in den einzelnen Tarifbezirken erreichten Ergebnisse von 96% und mehr. Der Streikwille wurde also eindrucksvoll bekundet. Doch über eine Woche lang fand im zusammengeschlossenen DGB-Landesbezirk Mitteldeutschland nicht ein Streik statt. Dann wurde abwechselnd in einigen Kindergärten und Horten gestreikt. Immer nur für einen Tag. Die Eltern waren langfristig informiert. Innerhalb der ver.di- und GEW-Apparate wird dies damit begründet, dass die Eltern nicht gegen die Erzieherinnen aufgebracht werden sollen und die Beschäftigten langsam an die Kampfform Streik herangeführt werden sollen.

Das erste Argument könnte akzeptiert werden: Denn dieser Tagesstreik ist wirklich äußerst sozialverträglich. Die überwiegende Zahl der Eltern solidarisiert sich mit den „streikenden" Kindergärtnerinnen und ihren Forderungen.

Das Ziel der langsamen Heranführung an Streiks überhaupt ist problematischer. Als 2006 in den Unikliniken gestreikt wurde, war dies für fast alle dortigen Beschäftigten der erste Streik. Dennoch wurden die Streiks mit aller wünschenswerten Konsequenz durchgeführt. Die Streikkasse wird durch den Ein-Tages-Streik zwar geschont, aber auch der erzeugte Druck auf die Kommunen ist dürftig. Dazu kommt, dass durch Eintagesstreiks ArbeiterInnen wenig Einfluss auf und Selbstbewusstsein für die eigenen Kämpfe gewinnen können, gemeinsame Versammlungen vor Ort zur Artikulation der Betroffenen nur eingeschränkt möglich sind und die kollektive Erfahrung gemeinsam durchgestandener Kämpfe wegfällt. Zudem sind Solidaritätsbesuche oder -bekundungen für Angehörige anderer ver.di-Fachbereiche oder anderer Gewerkschaften äußerst schwierig, wenn sie nicht Kinder in den „bestreikten" Einrichtungen haben. Das Angebot der FAU Leipzig an die Beschäftigten eines Kindergartens, ihr Gewerkschaftslokal als Streiklokal zu nutzen, wurde zwar begrüßt, aber nicht in Anspruch genommen. Dennoch nutzten einige FAU-Gruppen die Möglichkeit, sich an den Demonstrationen und Kundgebungen der Teilzeitstreikenden zu beteiligen, wie zum Beispiel am 17. Juni 2009 im Rahmen der gemeinsamen Bildungsstreikdemonstration in Leipzig.

Ein Warm-up für mehr?

Bisher haben die Vertreter der Kommunen noch kein Angebot gemacht. Sollten die Tagesstreiks nur eine Übung gewesen sein, wie dies u.a. Ines Jahn andeutete, und nun echte Streiks beginnen, ist auch die kreative und spontane Unterstützung durch die Mitglieder der FAU und allen solidarischen ArbeiterInnen und Eltern gefragt. Von Kuchen backen für die Streikenden bis zur zeitweisen Kinderbetreuung in FAU-Lokalen und Stadtteilläden gibt es zahlreiche Möglichkeiten, den Streik der Erzieherinnen gegen krankmachende Arbeitsbedingungen zu unterstützen.

Thomas Bloch

Anmerkungen

[1] In den Kindergärten der so genannten Wohlfahrtsverbände wie Arbeiterwohlfahrt oder Caritas wurden 2005 bis zu 90% der Kindergärtnerinnen entlassen. Dann wurden selbige als 1-Euro-Jobber wieder eingestellt. Nach zahlreichen Gerichtsprozessen und Protesten wurden diese Stellen in ABM-Stellen (25 oder 30 Stunden) umgewandelt.

Lärm- und Stressbelastung

Dazu stellte Prof. Dr. med. Nowak beim Verband Deutscher Betriebs- und Werksärzte e.V. fest: „Die berufliche Belastung und Beanspruchung von Erzieherinnen und Erziehern wird vor dem Hintergrund des Tarifkonflikts gegenwärtig öffentlich diskutiert. Tatsächlich ist diese Berufsgruppe einer Kombination besonderer gesundheitlicher Gefährdungen ausgesetzt: Lärm (Dauerschallpegel teilweise um 85 dB(A)); Tragen und Heben (Kleinkinder, Behinderte); unergonomische Zwangshaltungen (Mobiliar für Kinder); Infektionsgefährdung (Masern, Mumps, Röteln, Windpocken, Keuchhusten; Hepatitis A, B, C; Ringelröteln und Zytomegalie); komplexe Interaktionsarbeit (Eltern, Kinder, externe Vorgaben). Dies findet sich vor dem Hintergrund von Personalverknappung und Arbeitsverdichtung. Geradezu wie im arbeitsmedizinischen und arbeitspsychologischen Lehrbuch kommt es bei hoher Arbeitsanforderung und geringer (nicht nur materieller) Entlohnung ohne adäquate Stärkung der mitarbeitereigenen Ressourcen und oftmals mangelnder wahrgenommener Wertschätzung zu übermäßigem ‚Personalverschleiß' und hohen Arbeitsunfähigkeitszeiten..."

Kontakt zu den UnterstützerInnen gibt's über fauhb@fau.org

Klassenkampf ist kein Kinderspiel

Der Eltern-„Streik" in Bremerhaven

In Bremerhaven engagieren sich Eltern im Streik in den Kindertagesstätten und unterstützen die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen für die Angestellten dort. Besonders betroffen sind die neu Eingestellten. Bei unterstützenden berufstätigen Eltern ergibt sich nur manchmal das Problem, dass sie auf die Notdienste, die während eines Streiks ja eigentlich abgelehnt werden müssten, angewiesen sind, da es ansonsten bei ihnen selber zu arbeitsrechtlichen Schwierigkeiten und ggf. Lohn- und Gehaltseinbußen kommt. Das bedeutet, dass die Streiks weiterhin eher symbolischen Charakter haben werden, mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen garniert. In Bremerhaven haben im Mai mehrere Eltern und Kinder vor einer Kita eine Solidaritätsaktion veranstaltet: Eine Kinderwagen-Demo die Hafenstraße herunter. Trotz nur 24 Stunden Planung haben ungefähr 10% der Eltern mitgemacht. Rund 30 Eltern von verschiedenen Kitas der Stadt treffen sich weiterhin, um Aktionen zu planen. Im Vordergrund stehen ihre Forderungen nach gesundheitlicher Fürsorge wegen berufsbedingtem Lärm, Stress und auftretenden Rückenproblemen.

Was tut not?

Der Betreuungsschlüssel gehört verbessert, wie eine Elternsprecherin es forderte: „Wir wollen nicht, dass unsere Kinder nur irgendwie betreut werden. Wir wollen, dass unsere Kinder gut betreut werden. Deshalb fordern wir jetzt sofort eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels auf 1:8 für 3-6-jährige Kinder und 1:4 für unter 3-jährige Kinder. Dies entspricht europäischen Empfehlungen." Da nutzt es wenig, wenn die Streiks lokal begrenzt bleiben und nur von bestimmten Berufsgruppen getragen werden. Streiks sollten also, um wirklich wirksam zu sein, auch auf ähnliche Berufsfelder und auf die Arbeitsbereiche der unterstützenden Eltern ausgedehnt werden, damit diese die Risiken für ihre Solidarität nicht alleine tragen müssen. Das Stichwort hierfür lautet: Solidaritätsstreiks! Denn wer alleine kämpft, erreicht oft wenig.

H. (FAU-Bremen)



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

BRD: graswurzel.net und anarchosyndikat.de ungefiltert

„Schulfilter Plus" nennt sich eine Software, die von Schulen eingesetzt wird, um SchülerInnen den Zugang zu unerwünschten Inhalten zu verwehren. Zu diesen unerwünschten Inhalten gehörte bis vor kurzem auch die Internetpräsenz graswurzel.net der Zeitschrift „Graswurzelrevolution" oder das Blog anarchosyndikat.de, das über ArbeiterInnen-Kämpfe weltweit berichtet. Beide waren bei „Schulfilter Plus" der Kategorie „Hass, Diskriminierung, Extrem" zugeordnet und konnten damit nicht in Schulen aufgerufen werden, die das Filtersystem verwenden. Die Filterlisten für das System werden nach Aussagen der Vertreiberfirma der Software nicht von dieser selbst, sondern von Cobion – einer Tochterfirma des EDV-Giganten IBM gepflegt – dürften sich also mit einiger Wahrscheinlichkeit auch in anderen ähnlichen Produkten wiederfinden. Im Falle von graswurzel.net dauerte es immerhin einige Monate, bis diese Website, deren erklärtes Ziel der Kampf gegen Hass und Diskriminierung ist, in eine andere Kategorie eingeordnet und damit wieder zugänglich gemacht wurde. Bei anarchosyndikat.de zeigte sich die Vertreiberfirma schneller einsichtig, auch dieses Blog ist mittlerweile an Schulen wieder erreichbar. Es steht allerdings zu vermuten, das es sich bei den beiden nur um die Spitze eines Eisberges der Filterung von politischen unliebsamen Internetpräsenzen handeln könnte. Ob eine Website kategorisiert ist oder nicht, und wenn ja, in welche Kategorie sie fällt, kann anhand der Adresse www.handeln-handinhand.de/index.php?action=websitetest überprüft werden. Es steht zu befürchten, dass das, was hier im Kleinen erprobt wird, durch die Internetfilter-Projekte der Bundesregierung demnächst flächendeckende Praxis wird.

BRD: KiK überwacht Zahlungsmoral der Beschäftigten

Die Staatsanwaltschaft in Dortmund ermittelt seit Mai gegen den Textildiscounter KiK wegen des Verdachtes des Verstoßes gegen das Bundesdatenschutzgesetz. Kik soll systematisch und langfristig über die Wirtschaftsauskunftei Creditreform Informationen über die Zahlungsmoral und die wirtschaftliche Situation der eigenen MitarbeiterInnen eingeholt haben. Das Verfahren soll so gewesen sein, dass alle drei Monate zentralisiert Auskünfte eingeholt wurden, über deren Ergebnisse die Verkaufs- und Bezirksleiter automatisch informiert wurden. Die Vorgänge kamen ans Licht, als eine KiK-Mitarbeiterin diese öffentlich machte. In einer sparsamen Erklärung ließ der Konzern – der immer wieder u.a. für seine miesen Löhne in der Kritik steht – lediglich verlauten, man werde künftig keine solche Bonitätsprüfungen mehr durchführen. Mit den Auskünften habe man sicherstellen wollen, dass keine Personen mit Negativeinträgen in „sensiblen Arbeitsbereichen", wie etwa der Kasse, eingesetzt werden. Die nordrhein-westfälische Datenschutzbeauftragte, die das Vorgehen von KiK zur Anzeige gebracht hatte, äußerte jedoch die Befürchtung, dass die Informationen der Wirtschaftsauskunftei auch Grundlage für Kündigungen gewesen sein könnten.

BRD: FoeBud richtet Anti-Zensur-DNS-Server ein

Im Kampf gegen Internetsperren hat der FoeBuD e.V. einen eigenen öffentlich zugänglichen zensurfreien DNS-Server eingerichtet. Die von der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Internet-Serviceprovidern geplanten Filtersysteme für das WWW basieren auf Manipulationen des DNS-Systems, das im Netz für die Auflösung der symbolischen Servernamen gegen von den Maschinen verwendeten IP-Adressen verwendet wird. Über zentrale und nach derzeitiger Sachlage vom Bundeskriminalamt ohne Kontrolle zu erstellende und zu pflegende Filterlisten, sollen die Provider Teile des DNS-Suchanfragen umleiten. Der FoeBuD sieht das Recht auf freie und unbeobachtete Kommunikation als eine Grundvoraussetzung für eine freiheitliche Gesellschaft an. Er hat sich deshalb zu einer praktischen Gegenmaßnahme entschlossen und betreibt seit heute einen eigenen öffentlich zensurfreien DNS-Server. Weitere Initiativen haben angekündigt, diesem Beispiel zu folgen. Wer sich diesen als eigenen DNS-Server anstelle des vom Provider gelieferten Servers einträgt, kann damit die Internetsperren einfach umgehen. Die IP-Adresse lautet: 85.214.73.63. Anleitungen zur Nutzung finden sich u.a. auf der Website des Chaos Computer Clubs (www.ccc.de/censorship/dns-howto).

BRD: Lidl und Deutsche Post bunkern Krankenakten

In gleich zwei Fällen wurde in den letzten Wochen bekannt, dass große Unternehmen in unzulässiger Weise Krankendaten von Beschäftigten speichern und auswerten und damit gegen Datenschutzbestimmungen verstoßen. Bei Lidl tauchten Personalakten von hunderten MitarbeiterInnen in Bochum in der Mülltonne einer Autowaschanlage auf. Darin fanden sich detaillierte Informationen über Krankheitsbilder von Beschäftigten. Aus den Unterlagen ging hervor, dass Lidl hierfür offensichtlich sogar spezielle Formulare entwickelt hat, die von den Filialen penibel geführt werden. In diesen Formularen gibt es neben einer Spalte über die Krankheitsursache auch eine über „Maßnahmen", die zu treffen sind. Alle durch den Zufallsfund ans Licht gekommen Fälle datieren aus der Zeit nach der Bespitzelungsaffäre gegen Lidl-Beschäftigte (die DA berichtete). Sie werfen damit ein bezeichnendes Licht auf die öffentlichen Beteuerungen des Discounters, man werde in Sachen Datenschutz nachbessern.
Anfang Juni wurde dann bekannt, dass die Deutsche Post über Jahre hinweg zumindest in einigen großen Postverteilzentren Dateien über die Krankengeschichte von Beschäftigten geführt hat. Auch hier sind die Daten verbunden mit Handlungsanweisungen für die Vorgesetzten, wie etwa MitarbeiterInnen in den Vorruhestand zu drängen oder zur Annahme einer Versetzung aufzufordern. Nach Bekanntwerden der Vorfälle erklärte die Deutsche Post AG, man habe diese bereits im Zuge von internen Untersuchungen vor einigen Monaten selbst aufgedeckt und werde zu verhindern suchen, dass es zu Wiederholungen kommt.

Optimieren wir uns doch selbst!

Toyota war Vorreiter, asiatische Autobauer zogen nach, nun reformiert der VW-Konzern seine Produktionsprozesse

Es hört sich nach einer weiteren harmlosen Luftnummer an: der „Kontinuierliche Verbesserungsprozess". Hat doch Volkswagen alle vier bis fünf Jahre neue lustige Umstrukturierungsversuche für seine Beschäftigten parat. Uns ArbeiterInnen lässt das mittlerweile kalt, bleiben doch die Arbeitsinhalte dieselben. Es ändern sich die Gesichter der Vorgesetzten, die Abteilungskürzel, und wenn es hochkommt noch ein wenig die Organisation. Unbeeinflusst bleiben für uns zumeist die geforderte Leistung sowie der Lohn.

Mit dem Kontinuierlichen Verbesserungsprozess (kurz: KVP) kündigt der Konzern allerdings mehr als nur eine Umstrukturierung an. Unternehmensberater fanden die Arbeitsweise bei Toyota irgendwie effektiv und empfahlen die Strukturen der VW-Leitung. Diese erfindet den Volkswagen-Weg und indoktriniert alle MitarbeiterInnen weltweit über mehrere Wellen mittels eigens geschaffener, psychologisch und rhetorisch geschulter Truppen.

Die Inhalte entsprechen exakt den Qualitäts- und Organisationsregeln, die in den 50er Jahren erfunden, bei asiatischen Unternehmen umgesetzt und seit den 80ern zur allgemeinen Lehre auch an deutschen Unis und Fachhochschulen wurden: Fehler vermeiden, Verschwendung abschaffen und einfache Arbeitsabläufe gestalten. Das sind die Schlagwörter, welche nun durch die alten Gemäuer einer offensichtlich längst überholten Automobilindustrie geistern.

Wo ist da der Haken?

Selbst bei dem Thema Ergonomie, das den ArbeiterInnen gesundheitsunbedenkliche Handgriffe verspricht, ist für die Belegschaft erstmal kein direkter Nachteil zu erkennen. Dass es aber nur um Kostenreduzierung, nicht um den Menschen geht, sollte in diesem System inzwischen klar sein. Die Umsetzung an den einzelnen Maschinen sieht beispielsweise so aus: ein Werker, der Teile einlegt, wartet während eines Arbeitsganges etliche Sekunden bis die Maschine den Einlegebereich wieder freigibt. Das macht den Werker traurig, denn er kann ja nicht Wert schöpfend für das Unternehmen arbeiten. Nach KVP stehen ca. fünf Maschinen um unseren Werker herum, die er allesamt bedient. Während der Bearbeitungsphase einer Maschine wendet er sich einer anderen zu. So dreht er sich im Kreis und hat zu jeder Zeit mindestens einen Handgriff (beidhändiges Bedienen wäre noch effizienter) zu verrichten. Das freut ihn, denn nun ist er Wert schöpfend.



Und alle ziehen mit

Die Ironie dabei ist leider kein Witz. Gefährlich an diesem ganzen Spiel ist die Mitbestimmung von uns Arbeitern selbst. Zum ersten Mal im langen VW-Leben ist unsere Meinung zum Arbeitsprozess gefragt. Wir selbst geben die Optimierungen vor.

Volkswagen kalkuliert hier mit der Begeisterung für das Produkt und damit der Identifikation mit dem Unternehmen. Plötzlich dürfen wir selbst in einem Team verschiedener Fakultäten unseren Prozess gestalten, somit die Wertschöpfung am Produkt steigern und infolgedessen direkt zur Gewinnmaximierung der Aktionäre beitragen.

Damit wir völlig und nachhaltig verblendet werden, schenkt VW uns eine Gewinnbeteiligung. So steigt in harten Zeiten die Arbeitsleistung, denn dass Netto ist direkt vom werten Befinden des Unternehmens abhängig.

Ein weiteres Beispiel beschreibt den Planungsprozess für neue Produktionslinien. Zusammen mit unseren PlanerInnen basteln wir mit billigsten Mitteln, das sind Pappe, Schere sowie Klebeband, unseren zukünftigen Arbeitsplatz. Dabei nehmen Kollegen mit Stoppuhren die Zeit des simulierten Prozesses an den Papp-Maschinen. Nach einer Woche haben wir uns soweit optimiert, dass wir zum Einen mehrere Arbeitsplätze zusammengefasst und zum Anderen jede Sekunde in einen Handgriff unserer zukünftigen Tätigkeit umgesetzt haben. Darüber hinaus haben wir den Intelligenzanspruch an uns selbst reduziert: Statt wirrer Teilenummern der für den Prozess benötigten Materialien tragen diese nun den Namen von Fußball-Vereinen. Bei der Ausstattungsvariante „Schiebedach" greife ich nun intuitiv nach „Werder Bremen" statt dem bisherigen numerisch gelisteten Teil.

Die Zukunft ist nicht ungewiss!

So funktioniert schemenhaft der Volkswagen-Weg. Einzelne Raffinessen zur Kontrolle und Überwachung der individuellen Arbeitsleistung werden an dieser Stelle mal ausgeblendet.

Ziel des Ganzen kann ja nur die Kostenreduzierung sein. Unternehmens- und Gewerkschaftsleitung bestreiten in diesem Zusammenhang zwar offiziell einen angestrebten Abbau von Arbeitsplätzen, aber die Realität ist schnell zusammengereimt. Allein unser erstes Beispiel setzt vier Stellen frei. Rechnet man die einzelnen Rationalisierungen auf die jeweilige Größe des Betriebes um, so ergibt sich eine Anzahl von Stellen, die nicht einfach umorganisiert werden kann. Zumal alle Produktionshilfsbereiche, wie z.B. Logistik, gar nicht mehr von der eigenen Belegschaft besetzt sind. Und dort können wir aktuell beobachten, wie unsere geliehenen KollegInnen konsequent gefeuert werden, allein 8000 LeiharbeiterInnen werden bei VW nicht mehr beschäftigt.

Die Absatzsituation in der Automobilindustrie wird sich in nicht allzu ferner Zukunft eher weiter verschlechtern als verbessern. Die Flexibilität der „atmenden Fabrik" Volkswagen ist durch die schon getätigten Entlassungen der LeiharbeiterInnen stark reduziert, auch Kurzarbeit und flexible Arbeitszeitkonten stoßen an ihre Grenzen. Es ist allzu offensichtlich, dass es danach nur uns treffen kann. Wenn wir dann zusehen, wie KollegInnen neben uns einfach vom nächsten Tag an nicht mehr erscheinen, können wir auch keinerlei Hilfe von ihnen erwarten, wenn es uns selbst an den Kragen geht. Wir sollten anfangen, die laufenden Optimierungsprozesse zu hinterfragen, uns zusammensetzen und darüber diskutieren. Volkswagen sagt uns offen, die Zukunft sei ungewiss. Holen wir uns doch die Gewissheit, dass wir zusammen stehen und uns nicht von den Produktionsoptimierungen noch weiter vereinzeln lassen.

Hagen Weber

Zum Bild:
Im KVP-Prozess bei VW gilt die Minimierung des Ressourceneinsatzes hinsichtlich der Mitarbeiter, der Technik (Invest), der Fläche und des Logistikaufwandes. Die Losungen *no money*, *no space*, *no people* sind in allen Unterlagen zu den internen Schulungen zu finden.

Fortsetzung von Seite 1 „Schluß mit..."

War es das wert, sich dafür zu engagieren, sich zu organisieren und anstrengenderweise gegen die Geschäftsführung zu positionieren?

Ja, entschieden die Babylonarbeiter, als das Maß voll war. Sie gründeten einen Betriebsrat, nahmen Kontakt zur FAU auf und riefen dann Anfang des Jahres die FAU-Betriebsgruppe ins Leben.

Als nächstes wurden Urlaube eingereicht und Lohnfortzahlungen bei Krankheiten in Anspruch genommen – für nicht jeden waren das selbstverständliche Vorgänge im Kino Babylon. Dann regnete es Klagen, vor allem gegen die willkürlichen Kündigungen. Aber auch die Gegenseite blieb nicht untätig. Die beiden Geschäftsführer Timmothy und Tobias – man ist sich per du im Babylon – gehen offensichtlich gerne zum Anwalt. Es hagelte Klagen in die andere Richtung, dem Betriebsrat wurden immer wieder Steine in den Weg gelegt, und es gab neue Kündigungen. Diesmal traf es besonders die Gewerkschafter.

Die FAU begleitete diese Zeit als einzige im Betrieb aktive Gewerkschaft. Sie beriet den Betriebsrat, nahm an Betriebsversammlungen teil und organisierte eine Kampagne gegen die Kündigung eines ihrer Mitglieder. Auf Gesprächsangebote gingen die Geschäftsführer zunächst ein, doch als die FAU Anfang Juni den Tarifvertragsentwurf vorlegte, verweigerten sie die Verhandlungen.

Zumindest links

Das Babylon ist ein Traditionshaus, das besonders für sein alternatives Programm bekannt ist. Die schönen Räume, die unter Denkmalschutz stehen, werden linken Organisationen häufig zur Verfügung gestellt, wie zum Beispiel „Der Linken".

Diese Partei schätzt offensichtlich auch das Filmprogramm des Babylon, denn aus unbekannten Gründen hat der rot-rote Berliner Senat sich entschieden, nur ein einziges freies Kino der Stadt massiv finanziell zu unterstützen: das Babylon. Ohne den satten öffentlichen Zuschuss (2006 waren es 440.000 Euro) könnte das Kino kaum existieren.

Da stutzt man, wenn man den Wahlkampfslogan hört, den die Linkspartei zur Zeit besonders gern und laut hinausposaunt: „10 Euro Mindestlohn!". Warum erwarten sie nicht Mindestlohn und Tarifvertrag für die Zuteilung einer derart hohen Kulturförderung? Warum unterstützen sie nicht den Kampf im Babylon? Nach den Gründen könnte man suchen. Vielleicht am Rosa-Luxemburg-Platz, wo das Karl-Liebknecht-Haus der Linken nur einen Steinwurf entfernt vom Traditionskino Babylon steht. Ausgerechnet im Babylon verabschiedete die Partei übrigens im Dezember 2008 auf einer Wahlkonferenz folgendes: „Die Linke will Mindeststandards zur Armutsverweigerung, beispielsweise einen Mindestlohn, der tarifliche Vereinbarungen nicht in Frage stellt."

Arbeitskampf läuft

Für die Kinoarbeiter und ihre Gewerkschaft stehen jetzt alle Zeichen auf Erfolg: der Organisierungsgrad innerhalb der Belegschaft wächst stetig, und von außen kommt einhellige Zustimmung. „Unsere Erfahrung vom Flugblattverteilen ist, dass das viele als eine große Unverschämtheit empfinden", berichtet Lars Röhm, Sekretär der FAU Berlin. „Die sagen: das ist doch ein Laden, bei dem wir gedacht hätten, das ist engagiert, da wird engagiertes Kino gezeigt. Das kann doch nicht sein, dass die Beschäftigten da so behandelt werden."

Der Arbeitskampf baut Druck von verschiedenen Seiten auf. Das Babylonpublikum bekommt Gelegenheiten, nach fairem Filmgenuss zu verlangen. Die FAU sucht den Dialog mit der Berliner Politik, um hier Erklärungen und konsequentes Verhalten einzufordern. Und die breit angelegte Kampagne hat großes Interesse bei der Presse ausgelöst. Sie erkennt die Bedeutung dieses „kleinen" Kampfes, der exemplarisch für viele weitere im Prekariat stehen könnte.

Schließlich gibt es natürlich den Druck von innen. Von den Filmvorführern und Kartenabreißern, die die Leinwände vielleicht bald schwarz lassen.

Unterdessen betreiben die Chefs „Arbeitskampf von oben". Ein nobles Anwaltsbüro mit Topadresse am Pariser Platz wird von Timmothy Grossmann und Tobias Hackel eifrig konsultiert. Es gibt Unterlassungsklagen gegen Gruppen, die sich mit den Babyloniern solidarisieren, auch eine Unterlassungsklage gegen die FAU. Dann gibt es geschickterweise eine zweite Firma, die „Kino und Konzerte GmbH", mit den gleichen Geschäftsführern und einem ähnlichen Aufgabenfeld. Munter werden Beschäftigte zwischen den beiden Firmen „verliehen", vermutlich um auf diesem Weg die Kompetenzen des Betriebsrats zu behindern.

Bei so vielen neuen Kampfschauplätzen, die die beiden aufmachen, könnte man fast glauben, es wäre ihnen wichtiger, ihre Beschäftigten zu ärgern als mit ihnen über die Inhalte ihres Arbeitsvertrages zu sprechen.

Doch unter den Babylonarbeitern führt so etwas höchstens zu noch mehr Entschlossenheit. „Ich bin optimistisch", sagt einer von ihnen. „Und wenn die Geschäftsführung nicht einlenken will, werden wir das Kino eben in einem Jahr in Selbstverwaltung betreiben."

Milena Baisch



Foto: Oliver Wolters

Kundgebung vor dem Kino Babylon, am 25.6.2009

Unterstützung fürs Babylon

- auf dem Blog http://prekba.blogsport.de findet ihr regelmäßig Informationen
- bei http://prekba.blogsport.de/unterstuetzen/ könnt ihr euch auf die Unterstützerliste setzen
- wendet euch an die Geschäftsführer Timmothy Grossmann und Tobias Hakkel unter

Telefon:
030 - 24727-801 (Babylon)
030 - 24727-802 (Babylon)
030 - 24727-803 (Kino&Konzerte)
030 - 24727-804 (K&K)
030 - 24727-805 (K&K)

Fax:
030 - 24727-800 (Babylon + K&K)

Email:
tgrossman@kinoundkonzerte.de
hackel@babylonberlin.de
thackel@kinoundkonzerte.de
grossman@babylonberlin.de
webmaster@kinoundkonzerte.de

- Spenden erreichen die Betriebsgruppe über:
Freie ArbeiterInnen-Union
Kto 3703001711
BLZ 16050000
Mittelbrandenburgische Sparkasse
Verwendungszweck: Babylon-Soli

Neue Branchenmaterialien für ÜbersetzerInnen & PraktikantInnen

Berlin ist eine Hochburg für Dolmetscher- und Übersetzungsagenturen. Die FAU Berlin hat deshalb eine neue Broschüre für ÜbersetzerInnen herausgebracht. Viele Leute aus dem Ausland leben gern im szenigen Berlin, in dem die Lebenshaltungskosten noch nicht besonders hoch sind. Deshalb denken sich die Agenturen, hier den idealen Ort für eine kostengünstige und gleichzeitig profitable Zweigstelle gefunden zu haben. Deutsche, die ins Deutsche übersetzen, werden auch gern engagiert und ihre niedrige Bezahlung damit begründet, dass sowieso jeder Deutsch und irgendeine Fremdsprache beherrscht. „Jung und mit wenig Ahnung vom Wert der eigenen Arbeit" lautet das eigentliche Profil nach dem gesucht wird. Dies gilt nochmal verschärft für PraktikantInnen, welche die gleiche Arbeit zum Nulltarif leisten. Auf diese Weise nutzen die Agenturen nicht nur viele gnadenlos aus, sondern machen auch jenen DolmetscherInnen und ÜbersetzerInnen die Preise kaputt, die sich ein vernünftiges Leben sichern wollen.
Zum Thema Praktika hat die FAU Halle ein Infoblatt zu den Grundlagen von Praktika und Rechten der PraktikantInnen erstellt. Denn oft ist, wo Praktika drauf steht, ganz normale Lohnarbeit angesagt, und das zum Nulltarif oder für nicht mehr als ein Taschengeld. Jedenfalls sehr profitabel für die Etikettenschwindler. Um dem vorzubeugen, und sich auch sonst in Praktika nicht ausbeuten zu lassen, ist es wichtig, die eigenen Rechte zu kennen.

Weitere Infos:
www.keine-arbeit-ohne-lohn.de
Die Broschüre:
www.fau.org/berlin
Das Infoblatt:
http://fauhalle.blogsport.de/download/

Bildung im Streik

Gemeinsam protestieren SchülerInnen und Studierende gegen die Zustände im Bildungssystem

„Gestrig" soll er gewesen sein: der Bildungsstreik, der in der Woche vom 15.-19. Juni 2009 im gesamten Bundesgebiet stattfand. Das behauptete jedenfalls die Bundesministerin für Bildung und Forschung in einem Interview mit dem Deutschlandfunk. Desweiteren wies sie nochmals darauf hin, dass eine Abschaffung des gegenwärtigen Bologna-Systems mit den Bachelor/Master-Studiengängen ausgeschlossen ist.

Was also trieb die 250.000 SchülerInnen und StudentInnen in über 80 Städten am 17. Juni auf die Straße? Mit weniger verstaubten, sondern eher progressiven Forderungen, machten die Protestierenden am Demonstrationstag ihrem Unmut Luft. Unter anderem über das, auf einer Konferenz der EU-Bildungsminister 1999 in Bologna eingeführte, modularisierte Hochschulsystem und das noch immer existierende dreigliedrige, selektierende Schulsystem.

Das Aktionsbündnis der SchülerInnen sieht an den Schulen miserable Lernbedingungen, soziale Auslese und Leistungsdruck, unter anderem durch das eingeführte 8-jährige Abitur (G8), welches auch die SchülerInnen schneller und effizienter in das Berufsleben katapultieren soll.

Gegen Bildung Bolognese ...

Die StudentInnen sehen in der neuen „Bildung Bolognese", wie sie auf Transparenten betitelt wurde, ein System, welches die zur kritischen Reflektion befähigende, gemeinwohlorientierte universitäre Bildung zurückdrängt – zugunsten der Anpassung an die Bedürfnisse des „freien Marktes". Die Gesellschaft, in Deutschland repräsentiert durch den Staat, lässt nach und nach die Träger der neoliberalen Marktwirtschaft in das Bildungssystem eindringen und erhofft sich damit eine Entlastung der Staatskasse auf Kosten der Privatwirtschaft. Dies geschah und geschieht weiter. Doch die freundlich Hereingelassenen möchten nicht immer so, wie es die Politiker gerne sähen.

Die Ergebnisse dieser Bildungspolitik werden deutlich am Abbau und damit verbundener Nicht-Wiederbesetzung von LehrerInnenstellen an Hochschulen und Schulen und an der Einstellung nicht bezahlter oder prekär Beschäftigter in den Bildungsfabriken, die für den freien Markt „Human-Ressourcen" produzieren sollen. Und zwar in kurzer Zeit und am besten kostenlos. Das heißt dann allerdings, dass der Bildungsempfänger selbst dafür bezahlt. Zum Beispiel mit den auch von der Bildungsministerin begrüßten Studienkrediten, die die zukünftigen „menschlichen Reserven" gleich mit Schulden in die Berufswelt schicken. So wird der Lernende zum Kunden eines nach und nach immer wirtschaftsliberaleren Unternehmens namens Hochschule oder Schule.

Im Einzelnen wird das an den gegenwärtig fest vorgeschriebenen Lehrplänen für die Studierenden sichtbar, welche als „ökonomisch effizient" von den Bildungspolitikern befürwortet wurden. So lernt jeder das, was er muss. Es bleibt dem Studierenden wenig Zeit ein Privatleben zu führen oder einer Nebenbeschäftigung nachzugehen, um das Leben zu unterhalten.

Doch auch wir haben Macht. Keine finanzielle, aber eine nach Kräften. Dies stellten die Demonstrierenden unter Beweis und machten lautstark auf die Mißstände aufmerksam. Auch die Syndikate und Bildungsgruppen der FAU und der Anarchosyndikalistischen Jugend beteiligten sich vor Ort an den bundesweiten Protesten. Diese können jedoch erst der Anfang für weitere Aktionen sein, da die Woche des Streiks kaum Erfolge erringen konnte. Dennoch, die Anzahl der Streikenden kann als Anzeichen dafür gesehen werden, dass sich in Deutschland Widerstand regt gegen die gegenwärtige Bildungspolitik und den Abbau des Sozialsystems im Allgemeinen. Dies betrifft nicht nur die Bildung, sondern auch die nicht direkt mit der Lehre verbundenen Teile des gesellschaftlichen Gebildes Universität, so die MitarbeiterInnen in Mensen oder die Servicekräfte, wie Putzpersonal und HausmeisterInnen, welche nach und nach, der neoliberalen Mode entsprechend, „outgesourct" wurden. Denn auch hier wird eingespart, was das Zeug hält. Und es wurde auch in diesem Sektor mit Aktionen auf die Missstände aufmerksam gemacht, wie an der TU Berlin gegen Leiharbeit, die damit verbundenen Niedriglöhne und die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen in und um die Universität.

... vielfältige Aktionen

Das Spektrum der Aktionen war durchaus breitgefächert. Es begann mit „Bildungscamps", die auf den Universitätsplätzen aufgeschlagen und als Grundlage genutzt wurden, um die Streikwoche vorzubereiten und die Lernenden mit Informationen zu versorgen. In Duisburg befasste sich die Anarchosyndikalistische Jugend im Vorfeld des Protests mit den Bedingungen der „Schule im Schweinesystem". Die ausgearbeiteten Ideen wurden dann schon in der Woche vor den bundesweiten Streiks teils umgesetzt und weiterentwickelt. So wurden zahlreiche Flashmobs ausgearbeitet und in und außerhalb der Lehrinstitutionen durchgeführt, sei es um schlafende StudentInnen und SchülerInnen aufzuwecken oder die Politiker in den staatlichen Institutionen direkt auf die Missstände aufmerksam zu machen. In Mainz wurde der Landtag gestürmt, in vielen Universitätsstädten wurden Räumlichkeiten der dortigen Lehranstalten besetzt und damit versucht, die Rektoren zum Handeln zu zwingen. Doch wie zu erwarten war, ging die Aktivität der Amtsinhaber nicht über Diplomatie und Verantwortungsübertragung von Körperschaft zu Körperschaft hinaus.

Nur der Staat handelte, allerdings gegen die Protestierenden. So wurden mehrere Besetzungen durch die Polizei aufgelöst, was an der Universität Heidelberg am deutlichsten sichtbar wurde, an jener Uni, dertrotz Einführung von Studiengebühren der Pleitegeier zuflog. Besetzt wurden allerdings nicht nur Institute des Bildungssektors, sondern auch Institutionen des Finanzsektors, sprich Banken. Bei „Banküberfällen" in mehreren Städten stellten sich die Protestierenden gegen die Politik der Regierung, den finanziell am Abgrund stehenden Finanzhäusern Milliardenhilfen zu gewähren und gleichzeitig den Auszubildenden weismachen zu wollen, es sei kein Geld für Bildung vorhanden. Auch diese Besetzungen wurden mit freundlicher Unterstützung der lokalen Polizeidirektionen geräumt, Personalien von Streikenden aufgenommen und Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs gestellt.

Doch die Frage bleibt: Wem gehören die Universitäten, Schulen und das Geld in den Banken? 250.000 versuchten dies deutlich zu machen. Bisher ohne wirklichen Erfolg. Doch an den Umständen hat sich auch knapp drei Wochen danach nichts geändert.

Der Protest und die inhaltliche Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Zuständen muss fortgesetzt werden, um positive Ergebnisse zu erreichen. Bildungsstreik war gestern. Die Solidarisierung von SchülerInnen, StudentInnen und ArbeiterInnen im Bildungssystem heute ist wichtig für den Kampf gegen die Benachteiligungen in der Gesellschaft und für unsere Möglichkeiten morgen.

Matthias Pieper



Foto: Björn Kietzmann

Tranparent an der „Humboldt-Universität zu Berlin"

Einfach mal nein gesagt

Eigentlich kann heutzutage erwartet werden, dass zum Religionsunterricht an der Schule eine Alternative zur Verfügung steht. Aber zumindest bei der folgenden Berufsschule in Hannover ist dies noch nicht angekommen.

SchülerInnen einer Berufsschulklasse stießen auf die unbequeme Tatsache, dass ausschließlich Religionsunterricht als Pflichtfach zur „Auswahl" stand. Auf Nachfrage erhielten sie die Antwort, dass es von der jeweiligen Schule abhängig sei, ob den SchülerInnen das Fach „Werte und Normen" (W&N) zur Alternative stehe. Ohne Alternative seien die SchülerInnen folglich zur Teilnahme am Religionsunterricht verpflichtet.

Auf Eigeninitiative recherchierte eine Schülerin die tatsächliche „Rechtslage" im Niedersächsischen Schulgesetz (NschG), das auch an berufsbildenden Schulen gilt. Dort besagen §124 (2) und §128 (1): Ab dem vollendeten 14. Lebensjahr kann der/die SchülerIn selbständig entscheiden, ob er/sie am Religionsunterricht teilnehmen möchte (vorher obliegt diese Entscheidung den Erziehungsberechtigten). Es reicht dabei aus, der Schulleitung schriftlich mitzuteilen, dass man nicht am Religionsunterricht teilnimmt. Verpflichtet ist der/die SchülerIn stattdessen am W&N-Unterricht teilzunehmen, falls dieser angeboten wird.

Leicht aufgescheucht reagierte nun der Schulleiter und die Lehrkräfte auf die Verweigerung mehrerer SchülerInnen. Angeblich bemüht, den SchülerInnen „entgegenzukommen" und einen Kurs einzurichten, wurden ihnen durch ungünstig gelegte Unterrichtszeiten und schlechte Koordination immer wieder Steine in den Weg gelegt. Da seitens der Schule versucht wurde, weitere SchülerInnen in Unkenntnis zu belassen, liegt die Vermutung nahe, dass die Etablierung des W&N-Unterrichts verhindert werden soll.

Die Erwartung, dass unmündige SchülerInnen das Bestehende annehmen und nicht versuchen, ihre eigenen Wünsche zu äußern, ist weit verbreitet. Doch es gilt auch hier, das zu fordern und zu erkämpfen, was einem zusteht.

Emma K. / Sebastien Nekyia (FAU Hannover)

Aktiv gegen scheiß' Zustände

BehindertenassistentInnen protestieren mit dem Scheißstreik gegen prekäre Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne

Über Scheiße spricht man nicht. Über die Arbeitsbedingungen in der Behindertenassistenz, wo Löhne um die 6,50 Euro netto, befristete Arbeitsverträge oder die Nichtexistenz von Nachtzuschlägen zum Standard gehören, spricht man auch nicht. Um das zu ändern, haben Berliner AssistentInnen im April dieses Jahres mit dem Scheißstreik eine öffentliche Aktion gestartet, die auf ihre prekäre Lage hinweist. Die persönliche Assistenz hat nun zwar nicht hauptsächlich, aber eben auch mit Scheiße zu tun und Tabubrüche bringen zudem die notwendige Aufmerksamkeit. Deshalb riefen die OrganisatorInnen mit dem Scheißstreik dazu auf, mit Scheiße oder optisch ähnlichen Substanzen befüllte Kotröhrchen an die für die miesen Arbeitsbedingungen Verantwortlichen in Betrieben, Wohlfahrtsverbänden und Politik zu schikken.

Konkret begann die Aktion mit einer Kundgebung am 27. April vor der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales, wo die ersten Kotröhrchen in einem symbolischen Toilettenhäuschen befüllt und verschickt wurden. Die bürgerliche Presse zeigte reges Interesse an der Aktion und vor allem in Behindertenaktivistenkreisen schlug die Kundgebung und die diesbezügliche Berichterstattung weite Wellen. In Internetforen erklärten einzelne User, dass die Aktion pubertär wäre und die Behindertenassistenz aufs „Arsch abwischen" reduzieren würde. Interessant ist dabei die Tatsache, dass kurz nach der Scheiß-Streik-Kundgebung verschiedene Behindertenorganisationen genau am selben Ort ebenfalls eine Kundgebung durchführten. Sie forderten medienwirksam mehr Geld für die persönliche Assistenz und beklagten den Mangel an qualifizierten AssistentInnen, der angesichts der Arbeitsbedingungen in der Branche nicht sehr verwunderlich ist. AssistentInnen waren zu der Kundgebung nicht eingeladen.

Die Beteiligung am Scheiß-Streik blieb, zumindest laut der Versendungsdokumentation im Internet, eher mäßig. Zum einen kann das am rein symbolischen Charakter der Aktion liegen, denn das Versenden eines Kotröhrchens hat natürlich keine direkten Auswirkungen auf die eigenen Arbeitsbedingungen. Und dass sich PolitikerInnen nicht sonderlich von vereinzelten Kotröhrchen beeindrucken lassen dürften, liegt ebenfalls auf der Hand. Stattdessen wäre Aktivismus direkt im Betrieb mit klar zu bennenden Verantwortlichen, also den Geschäftsführungen, wesentlich greifbarer als Appelle und Proteste, die politischen Druck aufbauen sollen. Andererseits sollte der Scheiß-Streik neben der Öffentlichkeitswirkung allein durch seine Durchführung den nicht gerade organisierungswütigen AssistentInnen auch die Möglichkeit geben, und sei es nur auf symbolischer Ebene, ein erstes Mal gegen die miesen Arbeitsbedingungen zu protestieren bzw. diesen Zustand überhaupt erst als Problem zu erkennen. Ob der Scheiß-Streik dieses Ziel erfüllt hat bleibt abzuwarten, aber immerhin wurden die Arbeitsbedingungen in der persönlichen Assistenz auf einer breiteren Ebene in der Presse thematisiert.

Daniel Colm

In der Dauerschleife

Studentische (Auf-)Brüche und Kontinuitäten seit den Achtzigern

Fast schon eine politische Institution sind Studierendenproteste, gewissermaßen ein globales, historisches Phänomen. Allein die neuere deutsche Geschichte kennt mehrere ihrer Art. Zum Teil sind sie fest im öffentlichen Bewusstsein verankert, wie z.B. die Übermutter des Studierendenprotests, die sog. 68er-Bewegung. Seit ihrer Zeit gab es in Deutschland über ein halbes Dutzend größerer und eigenständiger Protestzyklen, mit steigender Tendenz im neuen Millennium. Hier und da gelang es, punktuelle Errungenschaften zu etablieren; gemessen aber an den enormen Mobilisierungen und den formulierten Zielen, waren sie seit Ende der 80er fast ausnahmslos Niederlagen. Hinzu kommt die fast schon tragisch-komische Wiederholung ineffektiver Abläufe und Handlungen.

In diesem Sommer wurde nun ein weiterer Großversuch gestartet: das Projekt „Bildungsstreik". Während viele Junge euphorische Erwartungen in dieses Projekt haben, fallen diese bei erfahrenen Studierenden eher nüchtern aus. Die gewohnten Strategien und Methoden von Bildungskämpfen standen auch in den letzten Jahren kaum auf dem Prüfstand, so dass die Zweifel durchaus berechtigt scheinen.

Das Phänomen Studierendenprotest

Studierendenprotest ist Gegenstand mancher Lexika und politischer Wörterbücher geworden. Dabei dürfte von dem „Studierendenprotest" eigentlich gar nicht die Rede sein. Heterogen in sozialer Zusammensetzung und Interessenlage, scheint die Annahme eines spezifischen studentischen Subjekts verwunderlich, zumal auch Studierendenproteste in der Geschichte nicht immer progressiv waren, was ja vermeintlich als typisches Charakteristikum studentischer Bewegung gilt.[1] Das Image vom revolutionären Intellektuellen und Verbündeten der Arbeiterklasse stimmt längst nicht immer, auch wenn Studierendenbewegungen in gesellschaftlichen Umbrüchen immer wieder eine entscheidende Rolle, nicht selten im Schulterschluss mit der Arbeiterbewegung, gespielt haben. Ob dies nun tatsächlich durch eine spezifische kulturelle, soziale und/oder ökonomische Lage bedingt ist, wie z.B. viele 68er annahmen, die daraus gar die Rolle der Studierenden als neue revolutionäre Avantgarde ableiteten, mag dahingestellt sein. Feststeht, es gibt eine Tendenz zur Bewegung, bis heute.

In Frage zu stellen sind dabei jedoch durchaus die Methoden und Strategien studentischen Protestes. Ein Blick auf die letzten Jahrzehnte kann hilfreich sein, um die Gründe ihrer Ineffizienz etwas zu entschlüsseln.

„Kulturrevolution und Befreiung"

Konnte noch 1976 eine Form von Studiengebühren, das sog. „Ersatzgeld" mit studentischen Streiks und v.a. einem gut organisierten Rückmeldeboykott in einigen Bundesländern verhindert werden, so war auch der erste größere Kampf in den 80ern ein voller Erfolg: Seit 1981 gab es in Berlin Tarifverträge für studentische Beschäftigte. Ende 1985 kündigte Bildungssenator Kewenig (CDU) diese auf.[2] Dieses Vorhaben löste in Berlin einen Streik aus, der ausnahmsweise auch tatsächlich einer war:[3] der sog. Tutorenstreik. Mehrere Wochen kämpften Anfang 1986 Studierende und TutorInnen gemeinsam und bewirkten schließlich den Sturz Kewenigs. Die folgende tarifvertragliche Absicherung der „Werkstudenten" war eine Errungenschaft, von der in Berlin bis heute gezehrt wird und deren Beispiel überall im Bundesgebiet studentische Tarifvertragsinitiativen auslöste.[4]

Ende 1988 entwickelte sich dann, aus einem scheinbar eher spezifischen Anlass heraus,[5] die größte studentische Bewegung seit 1968. Ungewohnt spontan, waren in wenigen Tagen alle Institute der FU Berlin besetzt worden; es folgten die anderen Westberliner Hochschulen, schließlich auch viele westdeutsche Universitäten. Die sog. „UniMut"-Bewegung war geboren.

Um was ging es? Die weitere Unterhöhlung der inneruniversitären Demokratie, Wohnungs- und finanzielle Not von Studierenden und katastrophale Studienbedingungen waren zentral für den Antrieb der Studierenden. Zudem war unter ihnen ein starker Impuls für kritische Wissenschaft zu beobachten.[6] Das herausragendste Merkmal dieser Bewegung war ihre Organisationsform: an der FU Berlin zum Beispiel waren alle Institute besetzt und Räte und Komitees gebildet worden, die den Universitätsbetrieb mit über 300 autonomen Seminaren übernahmen.[7]

Erschöpfung und Frust führten jedoch schon Anfang 1989 zum Bröckeln der Bewegung, auch entstanden zunehmend Differenzen zwischen der Fraktion mit politischen Visionen und der um den Kampf für reine materielle Verbesserungen. Nach Räumung der letzten besetzten Institute, standen dennoch bleibende Errungenschaften: die Projekttutorien, autonome, finanziell abgesicherte Lehrveranstaltungen, selbstverwaltete Cafés, teilweise Rücknahme von Strukturreformen usw.[8]

„Das sind nur die 90er, mein Freund"

Das Jahrzehnt nach der „Wende" wird mit einer starken Entpolitisierung der Jugendkulturen in Verbindung gebracht. Auch dem studentischen Protest dieser Zeit haftet dieser Makel an. Bereits 1993 gab es vereinzelte Institutsbesetzungen und Streikaktionen gegen z.B. die Einführung von Verwaltungsgebühren und Zwangsberatungen. Sie blieben aber zu isoliert, um etwas ausrichten zu können. Im Wintersemester 1997/98 kam es dann unverhofft zum bis dato zahlenmäßig größten Studierendenprotest in Deutschland.

Der Initialimpuls kam diesmal aus der Universität Gießen.

Typisch für diese Bewegung, die mehrere Wochen anhielt, zum Jahresbeginn 1998 aber massiv einbrach, war, dass sie sich gegen ganz konkrete Missstände richtete und allgemeine politische Fragen eher hintan stellte. Vor allem wurde eine bessere personelle und materielle Ausstattung des überfüllten und mangelhaften Bildungsbetriebs gefordert. Auch eine Neureglung des BAföGs wurde vehement vorgetragen.

Das Label dieser Bewegung: „Lucky Strike", zeigt schon an: Es war die Geburtsstunde der „kreativen" Aktionen, deren Symbolik dem studentischen Protest bis heute den Stempel aufdrückt.[9] Die Protestierenden wurden zu den Herolden einer Art studentischer Lobby, die ihre Interessen gegenüber der Politik zu artikulieren versuchte. Ein Leichtes war es somit für PolitikerInnen, Hochschulpräsidenten und sogar Springer-Blätter, sich mit den handzahmen und appellativen Protesten solidarisch zu erklären.[10]

Dennoch gab es auch Lichtblicke in diesem Spektakel. Anfang 1998 wurde versucht, der Bewegung mit einem Kongress zu „Bildung und Gesellschaft" inhaltlich ein Profil zu geben. Tatsächlich brachte dieser Kongress einige interessante Forderungen hervor, der Zug war zu diesem Zeitpunkt aber schon abgefahren. Von weiterem Interesse ist zudem die Gründung der Bildungssyndikate, ein Versuch, Bildungskämpfe auf eine organisatorisch kontinuierliche Basis zu stellen, worin sich das Bedürfnis nach neuen Methoden ausdrückte. Begleitet von medialer Aufmerksamkeit gründeten sich vielerorts Bildungssyndikate, die sich der FAU anschlossen, aber auch schnell wieder in der Versenkung verschwanden.

Round and round...

Größeres Aufbegehren folgte abermals im Wintersemester 2003/04 im Kontext des allgemeinen Sozialabbaus und des Bologna-Prozesses und seither fast jährlich. Diese Proteste offenbaren eine Ähnlichkeit in Strategien und Methoden, dass man verleitet ist, sie als Ausdruck einer dauernden Schleife anzusehen.[11] Große Teile der Studierenden verwiesen 2003/04 auf den gesamtgesellschaftlichen Charakter dieser Einschnitte und solidarisierten sich mit allen von der Agenda 2010 Betroffenen. Dennoch merkte man das den Protesten nicht unbedingt an. Methodisch stellten sie eine verschärfte Wiederholung von 1997/98 dar: kreative, symbolische Aktionen, die Erzeugung medialer Präsenz, Appelle und vermeintlich konstruktive Vorschläge an die Politik, was zuweilen auch so weit ging, dass die Studierenden sich als Standortfaktor profilierten. Unter dem Strich wurden die Forderungen nicht erreicht; die Politik hatte ja ohnehin vorher klargemacht, dass sie die Proteste einfach „aussitzen" werde (so z.B. Klaus Wowereit).

In den letzten Jahren gab es immer wieder Versuche, Bildungskämpfe regelrecht vom Zaun zu brechen, indem lokale Vorreiter einen neuen Kampfzyklus postulierten und wie im „Summer of Resistance" eine Streikfront quasi künstlich herzustellen versuchten. Das letzte Beispiel hierfür ist der frische Bildungsstreik. Neuartig an der momentanen Protestwelle ist vor allem das Engagement der Schülerschaft, die seit Jahren verstärkt auf der Bühne auftaucht. In der Vorgehensweise bleibt es jedoch beim Alten: Es werden Streiks ausgerufen, Institute besetzt, alternative Veranstaltungen durchgeführt und demonstriert. Auch die Forderungen folgen einem bekannten Strickmuster: Spezifisch bildungspolitische Ziele werden häufig zusammen mit gesamtgesellschaftlichen, antikapitalistischen Visionen formuliert – eine bei genauerem Hinblick diffuse Mischung, unter der auch das strategische Vorgehen leidet. Das Kampffeld verschwimmt, es gibt so nur abstrakte Adressaten, niemanden, den man konkret ins Visier und unter Druck setzen kann.

Mit dem Bruchstückhaften brechen

Aufmerksame BeobachterInnen mögen schon verspürt haben, dass auch in diesem Jahr vielen die Unzulänglichkeit der praktischen Rezepte klar geworden ist. Das Bedürfnis nach anderen Strategien und Methoden wächst, ohne dass eine Antwort auf dieses Problem kursiert.

Hierzu drei Thesen:

1) Der Ansatz der Bildungssyndikate, die Kämpfe im Bildungsbereich auf eine soziale Basis mit organisatorischer Kontinuität zu stellen, bleibt weiterhin höchstes Gebot. Spontaneität ist ein wichtiges Gut, ohne erprobte Strukturen der Gegenmacht werden die Bildungskämpfe aber weiterhin ins Leere laufen oder instrumentalisierbar sein. Vor über zehn Jahren scheiterten die Bildungssyndikate vor allem daran, dass viele Beteiligte darin nur einen Ersatz für bekannte Formen der Hochschulpolitik sahen; heute könnte das Verständnis für einen gewerkschaftlichen Ansatz ausgeprägter sein.

2) Die Kommunikation von Inhalten, die über das System hinausweisen, mag zwar immer richtig sein, die Forderungen in Bildungskämpfen müssen jedoch, statt allgemein bildungspolitisch, zunächst wieder so konkret wie möglich werden und erstmal – wie im Tutorenstreik von 1986 – auf inneruniversitäre Teilverbesserungen abzielen, die auch tatsächlich durchsetzungsfähig sind und größere Massen längerfristig mobilisieren können. Das scheint nötig, um überhaupt erst Dynamiken in Gang zu bringen, die die Potentiale an Gegenmacht erweitern. Die allgemeine Prekarisierung unserer Lebensverhältnisse bietet auch an den Hochschulen eine Chance, dass Menschen aus den Verhältnissen statt aus ideologischen Überzeugungen heraus agieren.

3) Nach wie vor müssen Bildungskämpfe sich daran messen lassen, ob es den AkteurInnen gelingt, eine statusgruppenübergreifende Aktionseinheit herzustellen. Die Forderung nach sozialen Bündnissen auf der Straße bleibt so lange hinfällig, wie es den Schulterschluss in den eigenen Institutionen nicht gibt. Wie ein Aktivist im Tutorenstreik einst resümierte: „Solange Solidarität und Widerstand quer durch alle Mitgliedsgruppen der Universitäten so gut funktionieren wie im Tutorenstreik, gibt es Hoffnung." Auch dieser Anspruch sollte sich in einem organisatorischen Fundament ausdrücken, das die Interessen aller Statusgruppen im Hochschulbereich (angefangen bei den Mensa- und Putzkräften) einbezieht.

Holger Marcks



Anmerkungen

[1] Erinnert sei an die nationalistische Euphorie der Studierendenschaft 1914 oder etwa die Bücherverbrennungen 1933, die maßgeblich von Studentenverbänden organisiert worden waren.

[2] Und plante darüber hinaus die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft (inkl. AStA).

[3] Es ist allgemein bekannt, dass es sich bei Studierendenstreiks i.d.R. um keine Streiks im eigentlichen Sinne der Arbeitseinstellung handelt.

[4] In gewisser Weise wurde damit auch ein Grundstein für den bald folgenden Kampfzyklus gelegt, denn überall entstanden Kontakte nach Berlin.

[5] Alles begann am Lateinamerika-Institut der FU Berlin mit der Besetzung gegen eine Strukturveränderung im Institut.

[6] Z.B. wurde interdisziplinäre Wissenschaft eingefordert, um dem Fachidiotismus zu begegnen.

[7] Die „Befreite Uni", wie die FU fortan genannt wurde, wurde von einem geschlechterparitätischen Besetzungsrat auf Delegiertenbasis koordiniert, so dass eine regelrechte autonome Rätedemokratie entstand. In der Tat funktionierte das System über rotierende Delegierte, die mit einem imperativen Mandat ausgestattet waren.

[8] Auch auf Bundesebene konnten zusätzliche Hochschulsonderprogramme erkämpft werden. Im Prinzip konnte aber die neokonservative Stoßrichtung nur unzureichend abgefedert werden.

[9] „Die Bildung geht baden" (Schwimmgänge in Flüssen) oder gar „flöten" (Blockflötenkonzerte in Innenstädten)...

[10] Als der Protest ausgeklungen war, verlegten sich konsequenterweise viele Hoffnungen der Studierenden auf die Bundestagswahl im Oktober 1998.

[11] Der Neoliberalismus machte auch vor der Hochschule nicht halt: Neben der vollkommenen Umstrukturierung des Studiums, hielten massive Kürzungen Einzug und wurde die Gefahr von Studiengebühren ganz konkret.

Eine Chance für Veränderung

Interview mit René von der venezolanischen Zeitschrift *El Libertario*

Im Zuge der Wirtschaftskrise spitzt sich die Situation in Venezuela zu. Durch den Fall des Ölpreises stehen der Chávez-Regierung immer weniger Mittel für die Sozialprogramme, die ihr gerade in den armen Bevölkerungsschichten Popularität beschert haben, zur Verfügung. In letzter Zeit verschärfen sich die soziale Kämpfe, und auch die Repression nimmt zu. Ein deutliches Beispiel hierfür sind die Morde an Gewerkschaftern in den letzten Monaten. René, Gründungsmitglied des Redaktionskollektivs der libertären Zeitschrift El Libertario, beantwortete unsere Fragen.

Kannst du uns kurz euer Zeitungsprojekt vorstellen?

René: *El Libertario* ist eine Zeitschrift, die in Venezuela seit 1995 erscheint, bisher gab es 56 Ausgaben. Wir informieren über anarchistische Theorie und Praxis in Lateinamerika und weltweit, außerdem berichten wir über libertäre Ansätze in den hiesigen sozialen Bewegungen. Wir erhalten keine Unterstützung von seiten des Staates oder von anderen Machtinstitutionen, wir wollen das auch nicht. Unser Projekt ist also zu 110% selbstverwaltet. Die Zeitschrift wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben, das ist eine Affinity Group, in die sich Menschen mit libertären Ansichten und Haltungen einbringen können. Wir arbeiten in einem Klima von gegenseitigem Respekt und Undogmatismus. Das zentrale Motiv, das uns vereint, ist, dass wir libertäre oder anarchistische Ideen teilen und eine Gesellschaft anstreben, die auf direkter Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, Selbstverwaltung, gegenseitiger Hilfe und freier Assoziation ohne den autoritären Zwang durch Gewalt oder der Gesetze basiert. Mehr Details findet ihr auf unserer Website www.nodo50.org/ellibertario, dort finden sich auch deutschsprachige Texte.

Wie ist die momentane Lage der libertären Bewegung in Venezuela?

René: Die libertäre Bewegung in Venezuela hat insgesamt eine viel kürzere Geschichte als in anderen Teilen der Welt. Das zeigt sich auch darin, dass El Libertario das einzige Sprachrohr der Bewegung ist, dank dem wir als AnarchistInnen eine gewisse Präsenz in Venezuela bekommen haben. Denn obwohl die libertäre Idee und Praxis unter uns nicht vollkommen unbekannt war, fängt man hierzulande erst jetzt an, das Spezifische des Anarchismus besser zu verstehen.

Gibt es denn Schnittstellen zwischen der libertären Bewegung und konkreten sozialen Kämpfen?

René: Die Bemühungen, libertäre Ideen mit konkreten Kämpfen zu verbinden, sind relativ neu. Diese Bemühungen müssen zudem im Rahmen der speziellen Situation in Venezuela betrachtet werden, in der wir uns sowohl vom pseudo-linken Autoritarismus eines Hugo Chávez – der dieses Land seit 1999 regiert – als auch vom pseudo-demokratischen Autoritarismus seiner rechten und sozialdemokratischen Gegner abgrenzen müssen. Die zehn Jahre während Polarisierung zwischen einer autoritären Regierung und einer autoritären Opposition bedeutete ein enormes Hindernis für unseren Einstieg in konkrete Kämpfe. Diese Kämpfe haben am Ende fast vollständig ihre Autonomie und ihre Eigenheiten verloren, als sie, der politischen Macht- und Wahlkämpfe der um die Kontrolle im Staat kämpfenden Gruppen ausgesetzt, von diesen vereinnahmt wurden. Trotzdem sehen wir mit Freude, dass es in den letzten zwei, drei Jahren immer mehr soziale Kämpfe gibt, die mit der politischen Kontrolle des Autoritarismus zu brechen suchen, was Raum für viel versprechende Verbindungen zwischen kollektiven Protesten und der libertären Bewegung schafft. Über sehr konkrete Beispiele für diese Verbindungen berichten wir in El Libertario seit 2006 oder 2007.

Sind aus dieser Situation heraus libertäre Gewerkschaftsinitiativen erwachsen?

René: In Venezuela erschweren Gesetze und der institutionelle Rahmen die Bildung von libertären Gewerkschaften, wie die, welche in der IAA organisiert sind, ziemlich, denn gewerkschaftliche Aktivität wird hier von einer ganzen Reihe von Kontrollmechanismen beeinflusst. Diese haben bis jetzt jede anarchosyndikalistische Initiative, die die Prinzipien von Selbstverwaltung und direkter Aktion halbwegs konsequent umzusetzen versucht hat, im Keim erstickt. Nichtsdestotrotz haben anarchistische Ideen und Propaganda nicht aufgehört sich, und sei es nur in kleinem Maßstab, unter den konsequentesten GewerkschaftsaktivistInnen zu verbreiten, vor allem in letzter Zeit, wo die arbeiterfeindliche Offensive der Bosse und des Staates sich verschärft.

Wie verhalten sich eigentlich die großen, mehrheitlichen Gewerkschaften in dem Spannungsfeld zwischen Chávez und der Opposition, das du vorher beschrieben hast?

René: Als erstes muss ich klarstellen, dass es in Venezuela keine einzige „mehrheitliche" Gewerkschaftsorganisation gibt, weil die große Mehrheit der ArbeiterInnen überhaupt nicht organisiert ist. Da sowohl die Regierung als auch die Opposition diese Tatsache vertuschen wollen, ist es schwierig, seriöse Zahlen dazu zu finden, aber ich würde sagen, dass der Organisierungsgrad nicht über 15% liegt. Außerdem wird der geringe Organisierungsgrad noch durch Spaltungen erhöht. Der größte Arbeitgeber ist der Staat und in den Gewerkschaften sind hauptsächlich Staatsbedienstete organisiert, weil die Chávez-Regierung die Gründung von Scheingewerkschaften fördert, um so ihre eigene Macht als Staats-Arbeitgeber auszubauen. Nebenbei bemerkt, haben diese chavistischen Gewerkschaften, die in der Fuerza Bolivariana de Trabajadores (Bolivarianische Arbeitermacht) zusammengeschlossen sind, es trotz der Unterstützung von offizieller Seite und unverhohlenem Betrug zu ihren Gunsten nicht einmal geschafft, eine so große Präsenz in den Betrieben zu entfalten, wie vor 1999 die sozialdemokratische Confederación de Trabajadores de Venezuela (Konföderation der Arbeiter Venezuelas, CTV).

Die sozialdemokratische und rechte Opposition hat nichts anderes als die Regierung gemacht, indem auch sie versucht hat, die ArbeiterInnen für ihre politischen Interessen und im Wahlkampf zu instrumentalisieren. Rein auf die Arbeitswelt bezogene Forderungen haben diese Parteien auf unbestimmte Zeit verschoben. Die alte CTV, die bis in die 1990er Jahre beinahe die Gesamtheit der venezolanischen Gewerkschaftsbewegung repräsentiert hat, ist in den politischen Auseinandersetzungen des letzten Jahrzehnts dermaßen geschwächt worden, dass sie heutzutage nicht einmal das Scheitern der chavistischen Organisierungsversuche für sich nutzen kann. Durch ihre traditionelle Unterordnung unter die politischen Parteien, die zuvor regierten und jetzt die Opposition zu Chávez darstellen, bleibt sie schwach und kann kein eigenes Profil entwickeln.



„Die Macht zerstört sich nicht selbst... sie braucht deine Hilfe"
Quelle: El Libertario

Siehst du dadurch eine Perspektive für die Entstehung von unabhängigen Basisgewerkschaften?

René: In einem derartigen Klima der Zersetzung dessen, was in Venezuela noch an gewerkschaftlicher Aktivität übrig ist, eröffnen sich tatsächlich Spielräume für das Auftreten eines unabhängigen Syndikalismus. Man kann auch nicht leugnen, dass es dafür bereits Indizien gibt, aber dennoch sind das bisher nur erste Schritte und es ist noch ein weiter Weg, bis wir hier von einer revolutionären syndikalistischen Option, die relativ konsolidiert wäre, reden können.

Ihr habt ja in letzter Zeit in El Libertario von mehreren Morden an Arbeitern in Venezuela berichtet, wie der Fall der Mitsubishi-Arbeiter, die von der Polizei erschossen wurden. Nimmt die Repression gegen Arbeitskämpfe in Venezuela gerade zu?

René: Im angesprochenen Fall wurden zwei Kollegen Ende Januar 2009 von der „sozialistischen und bolivarianischen" Polizei, die dem chavistischen Governeur im Bundesstaat Anzoátegui untersteht, erschossen. Dieser Fall wird – wie so oft in ähnlichen Situationen – von der staatlichen Propaganda entweder als Ausnahme, die nichts mit der Politik der Regierung zu tun habe, oder als Ergebnis der Provokation und Infiltierung durch Agenten „der Rechten, des Imperialismus und der CIA", die das schöne Bild des Chavismus zu beflecken versuchen, dargestellt. Aber, wie wir das ja detailliert in jüngeren Ausgaben des Libertario beschrieben haben, sind solche Fälle die Konsequenz der Anwendung der Strategie, die die aktuelle venezolanische Regierung verfolgt. Getreu ihrer Wurzeln im militaristischen Putsch und einer ideologischen Ausrichtung, die sich der Castro-Diktatur auf Kuba annähert, versucht die Regierung mit Zuckerbrot und Peitsche ein autoritäres Kontrollsystem über die venezolanische Gesellschaft zu errichten, und das hinter der Fassade eines angeblichen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. All das tut die Regierung mit der vollständigen Unterstützung des transnationalen Kapitals, ihres Partners in der Erdölförderung, die von staatlich-privaten Mischkonzernen kontrolliert wird. Gerade jetzt in der Weltwirtschaftskrise hat die Regierung auch in Venezuela und trotz des Ölreichtums immer weniger Mittel, die Bevölkerung mit dem Zuckerbrot ruhig zu stellen. Deshalb kracht mit jeder neuen Maßnahme der „Knüppel des Volkes", den Bakunin als unvermeidbares Werkzeug aller autoritären Linken vorhergesehen hat, auf die Unterdrückten ein.

Wie schätzt du die Zukunft und die Perspektiven für soziale Bewegungen und Arbeitskämpfe in Venezuela ein, gerade unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise?

René: An dieser Stelle würde ich gerne ein paar Absätze aus dem Editorial des El Libertario # 56 zitieren:

„[...] Die Krise wird die Auseinandersetzungen zwischen den Mächtigen in den Hintergrund treten lassen, weil diese ihre Interessen miteinander vereinbaren werden, damit die Auswirkungen von unten bezahlt werden. Das Verblassen des polarisierenden Spektakels zwischen Regierung und Opposition wird uns Unterdrückten die Möglichkeit eröffnen, uns selbst im Kampf für unsere Rechte wieder zu finden, ohne dass der Kampf durch die selbst ernannten Stellvertreter, die wir im Fernsehen sehen, vereinnahmt wird. Dadurch werden wieder die wirklichen Interessengensätze und Trennlinien in der Gesellschaft deutlich werden. Entweder ergreift man Partei für Regierende, Bosse und Privilegierte oder für diejenigen, die alles zu gewinnen haben. In diesem Kontext wird die Regierung mit aggressiven Vorstößen versuchen, Kontrollmechanismen auszubauen und ihre Machtkonzentration zu erhöhen. Durch die Ausnutzung der Unsicherheit und des Zweifels, die durch das Debakel der Weltwirtschaft ausgelöst wurden, gibt der Vorwand der Krise ihr eine einmalige Gelegenheit, mit autoritären und regressiven Maßnahmen soziale, politische und Arbeitsrechte zurück zu drängen. Dennoch bietet dieser Vorstoß auch eine Chance für eine wirkliche und tiefgreifende Veränderung unserer Gesellschaft. Zu einer Gesellschaft hin, in der wir auf überflüssige Führer verzichten, und nach und nach eine breite, unabhängige, kämpferische und allgemeine soziale Bewegung aufbauen können, die sich von allen Parteien und anderen Machtinstrumenten abgrenzt. Indem wir die pseudo-revolutionären Betrügereien, die von der Chávez-Regierung eingeführt wurden, eine nach der anderen abschaffen und uns gleichzeitig den Einfluss und die Praxis der alten politischen Parteien entgegen stellen. Indem wir all die Faktoren überwinden, die unsere individuelle und kollektive Entwicklung ausbremsen, und indem wir Ideen entwickeln, und zwar nicht, um die Macht zu ergreifen, sondern damit diese sich im sozialen Geflecht auflöst. Indem wir Erfahrungen verbreiten und Initiativen bekannt machen, mit denen wir hier und heute eine andere Kultur aufbauen können. Indem wir horizontale und zwanglose Verbindungen und Brücken zwischen allen kämpfenden Bevölkerungsgruppen schlagen."

Vielen Dank für das Interview

Interview: Daniel Colm

Das gelb-gewerkschaftliche Abkommen wurde einkassiert

Erfolg auf ganzer Linie für die CNT-PTT: Am 15. Mai 2009 wurde von dem Conseil d'État (in etwa Bundesverwaltungsgericht) das gelb-gewerkschaftliche Abkommen von Anfang 2006 für nichtig erklärt. So kann die Post- und Kommunikationsföderation der CNT, die CNT-PTT, wieder offen in den Einrichtungen der französischen Post agieren. Das Rahmenabkommen, das seinerzeit von Minderheitsgewerkschaften bei der Post unterzeichnet und von den großen toleriert worden war, und u.a. der CNT-PTT die gewerkschaftliche Aktivität im Betrieb untersagte, ist damit ungültig.

Begründung: Es richtet sich gegen die Prinzipien der Gewerkschaftsfreiheit und diskriminiert eine legal konstituierte Organisation. Die französische Post wurde zu 3.000 Euro Schadensersatz verurteilt. Die Branchenföderation CNT-PTT geht nun daran, ihre Info-Bretter und Lokale wieder in Beschlag zu nehmen und bereitet ein Flugblatt für die KollegInnen vor.

(AE)

Ein Schritt zurück, zwei Schritte vor

Die schwedische Gewerkschaft SAC im Umbruch

Seit die Mitglieder der Sveriges Arbetares Centralorganisation (SAC) auf dem Gewerkschaftskongress 2002 in Gävle beschlossen, eine gewerkschaftliche Neuorganisierung durchzuführen und die Basis innerhalb der Organisation wieder zu stärken, wurden viele Funktionen von bezahlten Funktionären an unbezahlte AktivistInnen abgegeben. Parallel wurde das bestehende Angebot der gewerkschaftlichen Fortbildung erweitert. Währenddessen sank die Zahl der Mitglieder allerdings von 8.000 auf 6.000.

Verantwortlich hierfür ist nicht nur die Neuorganisierung der SAC. Auch die gewerkschaftsfeindliche Politik der konservativen Regierung hat ihren Anteil an dieser Entwicklung. In Herbst 2006 erhöhte die Regierung die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und verminderte die Subventionen an die Arbeitslosenkassen, die bis zu diesem Zeitpunkt an die Gewerkschaften gebunden waren. Das führte dazu, dass viele Menschen aus den Gewerkschaften austraten, denn nun konnten sie auch unorganisiert Mitglied in der Arbeitslosenversicherung sein. Auch der größte Gewerkschaftsbund Landsorganisationen i Sverige (LO) verlor daraufhin innerhalb eines Jahres über 1 Million Mitglieder.

An dem Verlust von Mitgliedern wird der diesjährige Kongress der SAC, welcher im Oktober in Jönköping abgehalten wird, nicht viel ändern können. Davon geht auf jeden Fall Jan Abrahamsson, Mitglied in der Stockholmer Ortsgruppe und in der Betriebsgruppe der örtlichen U- und Straßenbahnfahrer, aus:

Ich denke, dass es ein „Zwischenkongress" wird, wo wir die Veränderungen untermauern und weitere Schritte vorbereiten werden. Einige kleine Ortsgruppen, vorzugsweise auf dem Land, mit nur 8 bis 20 Mitgliedern, schaffen die Umstellung von der zeitweise relativ reformistischen Gewerkschaftsarbeit, wo es immer möglich war, Hilfe bezahlter Verhandlungsexperten einzufordern, zu einer funktionierenden Gewerkschaft, wo die Mitglieder sich selber helfen und unterstützen sollen, nicht. Aber auch größere Ortsgruppen tun sich schwer mit der Erneuerung. Heute hat die SAC um die 70 Ortsgruppen, die meisten davon in den Städten. Wir wandeln uns langsam in eine Großstadtföderation mit immer weniger Präsenz auf dem Land. Ich denke, dass wir noch ein Paar Ortsgruppen und vielleicht bis zu 500 Mitglieder verlieren werden, bis unsere neue Ausrichtung richtig Fuß gefasst hat und wir eine ernsthafte Machtbasis in den Betrieben aufgebaut haben.

Noch viel zu tun...

Die Neuorientierung hat am besten in den großen Städten geklappt, wo viele neue, junge Mitglieder der Organisation beigetreten sind. Die Radikalisierung der Gewerkschaft ist schneller dort von statten gegangen, wo die SyndikalistInnen in den Betrieben nicht mehr tätig sind. In anderen Fällen beschränken sich die Betriebsgruppen auf reformistische Kampfmethoden und verlassen sich ausschließlich auf die Arbeitsgerichte. Dazu Jan Abrahamsson: *Wir sind noch lange keine anarchosyndikalistische Gewerkschaft, aber wir werden langsam aber sicher eine revolutionäre Gewerkschaft. Einige erfolgreiche Konflikte in den letzten Jahren haben wir mehr durch die Inkompetenz der Arbeitskäufer und durch die Langatmigkeit unserer Mitglieder gewonnen als durch unsere Schlagkraft. Aus Konflikten, die wir viel schneller hätten siegreich beenden können, wurden Ressourcen schluckende Endloskämpfe. Viel Wissen und Erfahrung ist einfach in der Organisation untergegangen, bzw. bleibt bei zu wenigen hängen. Aber wir bessern uns. Die Bus- und U-Bahnstreiks 2005 und die heutigen Konflikte in den staatliche Alkoholläden sind die besten Beispiele dafür. Kommunikation, Erfahrungsaustausch und Mobilisierung sind wichtige Pfeiler der Gewerkschaftsarbeit, die aber gelernt und fortgebildet werden müssen. In Stockholm und Malmö hat man das verstanden und wir arbeiten jetzt intensiver mit gewerkschaftlicher Weiter- und Fortbildung. Ausbildung ist ein wichtiges Werkzeug des Klassenkampfes. Wir haben immer noch einen langen Weg vor uns.*



Blockade eines staatlichen Alkoholladen

die anarchosyndikalistische Jugendföderation Syndikalistiska Ungdomsförbundet (SUF), verankert ist. Überall toben kleine, unsichtbare Arbeitskämpfe, die selten publik werden. Gleichzeitig ist dies auch der deutlichste Beweis dafür, dass der Beschluss 2002 seine Wirkung nicht verfehlt hat. Nie zuvor – mal abgesehen von den dreißiger Jahren – war die SAC in so viele Arbeitskämpfe verwickelt. Doch nicht alle diese Kämpfe enden zufriedenstellend für die Betroffenen. In vielen Fälle haben die Arbeitskäufer – wie die Bosse im SAC-Jargon genannt werden – sich einfach freigekauft, Abfindungen gezahlt, was zwar für die finanzielle Lage der Organisation nicht schlecht war, aber gleichzeitig bedeutet, dass

Registration!

Während die SAC versucht sich neu zu finden, tritt plötzlich ein tot geglaubtes Phänomen auf die Bühne: das Register. (Siehe hierzu auch das Interview auf dieser Seite.) Ein in den 30er Jahren entwickeltes System, welches das Ziel verfolgt, Einfluss auf die Löhne nehmen zu können. Register heißt es, weil Statistik und die Zusammenstellung von Preisen und Löhnen ein wichtiger Teil dieser Kampfmethode ist. In der Anfangszeit der syndikalistischen Bewegung in Schweden nutzten vor allem die ForstarbeiterInnen im Norden diese Methode. Heute ist es eine sehr effiziente Waffe für papierlose ArbeiterInnen.

Jan Abrahamsson: *Die Gründung des Registers ist sehr wichtig für die SAC. Erstens, weil wir Menschen ganz unten in der Klassengesellschaft organisieren können und zweitens, weil das Register einen entscheidenden Einfluss auf die Radikalisierung der Organisation ausübt. Man arbeitet weniger mit Verhandlungen, sondern geht lieber direkt auf Konfrontation zu den Arbeitskäufern. Das Register fordert oft höhere Löhne, mehr bezahlte Urlaubstage und generell bessere Bedingungen als sie normalerweise in Tarifverträgen vorgesehen sind. Weigert sich der Arbeitskäufer auf die Forderungen einzugehen, werden gleich verschiedene direkte Aktionen, wie Blockaden und Streiks organisiert. Zusätzlich werden Fortbildungen organisiert und zwei Mitgliedszeitungen auf Spanisch publiziert, denn der Großteil der Papierlosen in Schweden spricht diese Sprache. Dadurch wurde erreicht, dass die syndikalistischen Kampfmethoden wieder ins Gespräch kommen und nicht mehr so oft als „gefährlich" abqualifiziert werden. Dies zeigt, was möglich ist und dient als Inspiration für andere in ähnlichen Situationen.*

Ist die SAC auf dem richtigen Weg? Die Neuorganisierung läuft schon seit 2002. Nichts desto trotz ist es noch zu früh, um sagen zu können, wohin dieser Prozess die Gewerkschaft führen wird. Eines ist aber sicher: Ein Zurück in das bequeme Organisationsmuster der vergangenen Jahrzehnte würde das Ende der SAC als größte syndikalistische Gewerkschaft Nordeuropas bedeuten.

Mattias Kåks

Syndikalisten haben die Nase vorn

Auch im Jahr 2008 stellten die Syndikalisten in Schweden die kämpferischste Gewerkschaft; die verschiedenen Orts- und Betriebsgruppen der SAC hatten laut der Zeitung Gesetze und Tarifverträge 55 Konflikte. Die große sozialdemokratische Gewerkschaft LO nur 13.

SAC gegen Fristads

Der schwedische Arbeitsbekleidungsfirma Fristads hat 65 Mitarbeiter in ihrer Fabrik in Borås gekündigt. Die LO hatte die Kündigungen abgesegnet, nicht so die SAC, die auch Mitglieder dort hat. Seit dem 17. Juni blockiert die SAC die Produktion. Sie kritisiert in erster Linie, dass Fristads Festangestellte feuert, um sie durch ArbeiterInnen aus Zeitarbeitsfirmen zu ersetzt.

Chef geht – Syndikalisten bleiben

Während der Streiks und Blockaden gegen einige staatliche Alkoholläden in Stockholm kündigte ein Personalchef. Er begründete diesen Schritt mit dem „syndikalistischen Kampf oder wie man es nennen soll" in seinem ehemaligen Betrieb. (MK)

Die Arbetares Centralorganisation wurde 1910 gegründet und besteht aus rund 70 Ortsgruppen und mehreren Branchenföderationen, sowie verschiedenen Betriebsgruppen. Jede Basisgruppe ist autonom in ihren Entscheidungen.

Das Register: Eine alte Kampfmethode im neuen Gewand

Interview mit dem Aktivisten Ruben Tastas-Duque

Die Idee, dass ArbeiterInnen selber den Preis für ihre Arbeit bestimmen sollten, ist nicht neu. Viele kennen die endlosen Diskussionen in der Kantine: „...wenn ich nur ein bisschen mehr in der Tasche hätte...". In Schweden sind syndikalistisch organisierte ArbeiterInnen zur Tat geschritten und haben eine alte Methode wieder neu etabliert. Diese Methode namens Register besteht aus zwei Phasen. Während der ersten Phase werden kontinuierlich Informationen über Arbeitsplätze, Löhne und Tarifverträge gesammelt und gespeichert. Auf Grundlage dessen sollen in der zweiten Phase würdige Löhne und Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden. Vor allem für papierlose ArbeiterInnen hat sich diese Methode als ein effektiver Weg erwiesen, Rechte, ausstehende Löhne und bessere Arbeitsbedingungen einzufordern. Die Direkte Aktion steht dabei als „Verhandlungsmodell" immer im Vordergrund. Erst versuchen die Beteiligten, ausgehend von den eigenen Bedürfnissen, einen angemessenen Lohn zu fordern. Weigert sich der Boss, wird gestreikt und der Betrieb blockiert. Vor allem die Blockaden sind wichtig, denn die papierlosen ArbeiterInnen können ohne viel Federlesens gefeuert werden, sie sind weitestgehend rechtlos. Ziel der Methode ist, nicht nur die Löhne zu bestimmen, sondern auch fest zu legen, wer eingestellt wird. Umso mehr sich diese Methode herumspricht und die Arbeitskämpfe erfolgreich verlaufen, umso öfter zeigt schon die Androhung eines Arbeitskampfes Wirkung und die Bosse sind bereit einzulenken. Die DA führte ein Interview mit Ruben Tastas-Duque, Mitglied der Ortsgruppe in Västerorts. Er ist seit über zehn Jahren in der SAC aktiv, nachdem er in seiner Jugend von Uruguay aus nach Schweden einwanderte.

Seit wann wird die Methode wieder angewandt?

Ruben: Formal haben wir uns am 14.Oktober 2007 gegründet, aber wir haben schon einige Monate früher die Registermethode angewandt.

Wie viele Mitglieder der SAC beteiligen sich am Register?

Ruben: Zur Zeit sind vier Ortsgruppen und drei Berufssyndikate der SAC angeschlossen. In ihnen sind ein Drittel aller SAC-Mitglieder organisiert.

Wie organisiert ihr euch?

Ruben: Wir haben ein Büro im SAC-Hauptquartier auf Sveavägen 68 in Stockholm, von wo aus die Kämpfe koordiniert werden. Dort wird die Statistik gesammelt und dort werden die Verhandlungen mit den Bossen geführt. Finanziert wird es durch Mitgliedsbeiträge der Papierlosen und die Revolutionssteuern, die wir von den Bossen erheben, wenn sie sich nicht benehmen.

Warum wurde die Registermethode in den vergangenen Jahrzehnten nicht genutzt?

Ruben: Die Registermethode wurde in den Anfangsjahren der Organisation oft genutzt, damals war der Klassenkampf rauer. Irgendwann ab den 50er Jahren ist die SAC ein bisschen weicher geworden. Jetzt aber, seit der Klassenkampf wieder härter geworden ist, unter anderem weil die SAC wieder ihre revolutionären Wurzeln gefunden hat, aber vor allem, weil die Ausbeutung der ArbeiterInnen und vor allem der Papierlosen momentan ein sehr hohes Niveau erreicht hat, ist diese mehr konfliktbetonte Methode wieder im Kommen.

Kannst du ein Beispiel für einen erfolgreichen, mit der Registermethode geführten Arbeitskampf nennen?

Ruben: Ich denke, hier wäre die lange Blockade des Restaurant Josefina in Stockholm zu nennen. 2007 hatte der Konflikt mit einer mehrwöchigen Blockade begonnen. 2008 haben wir den Laden dann sechs Wochen am Stück blockiert. Da der Laden nur im Sommer geöffnet ist, mussten wir die Blockade schließlich auch im letzten Jahr abbrechen. Dieses Jahr haben wir dann aber richtig zugeschlagen: Das Restaurant sollte am 1. Mai eröffnen und wir haben angekündigt, dass die gesamte 1. Mai-Demo der SAC mit 3.000 TeilnehmerInnen dort aufkreuzen und ein Heringsbuffet vor dem Laden aufbauen wird. Unsere Feier zum 1. Mai sollte dort statt finden. Am 30. April haben sie uns angerufen und mitgeteilt, dass sie sämtliche Forderungen erfüllen, auch die Wiedereinstellung der Gekündigten.

Welche Nachteile birgt die Anwendung dieses Instrumentes und wo sind seine Stärken?

Ruben: Das Register ist bisher sehr abhängig von zu wenigen AktivistInnen, zudem haben viele Mitglieder nur begrenzte Schwedischkenntnisse. Aber ich denke, das sind Übergangsprobleme. Wenn die Mitglieder Schwedisch lernen, können sie in der Folge auch mehr Verantwortung übernehmen. Momentan wird viel Papierkram, welcher ironischerweise ein großer Bestandteil unser Arbeit mit Papierlosen ist, von einigen wenigen Ortsgruppen übernommen. Ich glaube, wenn die Registermethode in einigen Jahren ihren Durchbruch hat, wird sie eine ernsthafte Alternative zu Tarifverträgen sein.

Interview: Mattias Kåks

Die Unruhe nach dem Sturm

Der Aufstand ist vorüber, hat aber deutliche Spuren in der griechischen Gesellschaft hinterlassen

Sieben Monate sind seit dem Aufstand in Folge des Polizeimordes an dem 15-jährigen Aléxandros Grigorópoulos am 6. Dezember ,08 vergangen. Die damals zerstörten Schaufenster der noblen Einkaufstraße Tzimiskí in Thessaloníki sind längst repariert, auch ausgebrannte Banken sind nicht mehr zu sehen. In den Cafés an der Strandpromenade herrscht Hochbetrieb und ganz Griechenland, so scheint es, wartet auf die allsommerliche Touristeninvasion. Dass sich seit Ende letzten Jahres dennoch etwas verändert hat, ist wenige hundert Meter entfernt in der Venizèlous-Straße, mitten im Zentrum der Stadt zu sehen. Hier haben verschiedene anarchistische Gruppen und Einzelpersonen ein großes, dreistöckiges, unter Denkmalschutz stehendes Gebäude gemietet und Anfang Juni das neue soziale Zentrum eröffnet. „Wir haben soviel Zulauf", erzählt Thànos von der *Antiautoritären Bewegung* (AK) Thessaloníki (siehe DA 191), „dass wir dringend mehr und größere Raume im Stadtzentrum brauchen. Wir müssen es nach dem Aufstand einfach schaffen, uns als Anarchisten fest in der griechischen Gesellschaft zu verankern." Dass dies gelingen kann, war vom 27. – 31. Mai in Athen zu spüren. Die von AK herausgegebene Monatszeitschrift Babylonía hatte zu einem internationalen anarchistischen Kongress geladen. Mehrere tausend Menschen aus Griechenland, west- und osteuropäischen Ländern, den USA und aller Welt haben die Chance genutzt, um fünf Tage intensiv miteinander zu diskutieren und zu feiern.

Solidarität mit Konstantina Kuneva

Ein Schwerpunkt von AK ist seit dem Mordanschlag auf die bulgarische Basisgewerkschafterin Konstantina Kuneva (siehe DA 190), der Schriftführerin des Syndikats der Reinigungskräfte und Haushaltshilfen in Athen (PEKOP), am 23. Dezember ,08, eine breit angelegte Kampagne gegen Zeitarbeitsfirmen. Zusammen mit anderen anarchistischen und linken Gruppen, Basisgewerkschaften und den AnarchosyndikalistInnen der ESE werden Aktionen gegen griechische (Oikomet) und multinationale (u.a. Adecco) Firmen durchgeführt, die Reinigungsarbeiten im öffentlichen Sektor übernehmen und ihre größtenteils migrantischen Arbeitskräfte brutal ausbeuten. Mittlerweile haben die Mobilisierungen zu ersten Ergebnissen geführt. So hat der Rektor der Aristoteles-Universität Thessaloníki nach der dreiwöchigen Besetzung des Verwaltungstraktes der Hochschule erklärt, die Verträge mit Oikomet zu kündigen. Ähnliches wurde durch die Besetzung der ISAP, der Verkehrsbetriebe Athens, wo Kuneva bis zum Anschlag arbeitete, erreicht. Ziel ist es, das Verleihen von Menschen zuerst im öffentlichen und in der Folge auch im privaten Sektor zu ächten.

Polizei und Faschisten Hand in Hand

Auch militant agierende Gruppen haben Zulauf. Kaum ein Tag und vor allem kaum eine Nacht vergehen, ohne dass in Athen und Thessaloníki irgendetwas zerstört, angezündet oder in die Luft gesprengt wird. Die Ziele der Anschläge sind in erster Linie Polizeiwachen, Banken, Büros und Kraftfahrzeuge von Leiharbeits- und Securityfirmen oder staatliche Gebäude. Die Verantwortung übernehmen meist linksradikale und anarchistische Gruppen, die mittlerweile auch in Kleinstädten wie Xánthi, Ioánnina, Pátras oder Iráklion aktiv sind. Das immer dreistere Auftreten organisierter Faschisten, oftmals in offener Zusammenarbeit mit brutal agierenden Polizeitruppen – wie bei dem Versuch von 150 Anhängern der faschistischen Organisation Chrisí Avgí Mitte Mai in Athen, ein von MigrantInnen zu Wohnzwecken besetztes ehemaliges Gerichtsgebäude zu stürmen – führt darüber hinaus immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen wie Straßenschlachten mit der Polizei und zu Festnahmen von AktivistInnen. Zuletzt kam es dazu am 9. Juni im Athener Stadtteil Ágios Panteleímonas, wo ein rassistisches Bürgerkomitee seit Wochen versucht, migrantische Kinder und ihre Eltern von einem Spielplatz zu vertreiben. Während einer antirassistischen Kundgebung wurde ein vom Bürgerkomitee angebrachtes Gittertor entfernt, um allen Kindern freien Zugang zum Spielplatz zu ermöglichen. Nach dem Ende der Aktion griffen Sondereinheiten der Polizei und Faschisten die abziehenden AntirassistInnen mit Tränengas, Blendschockgranaten und Steinwürfen an. Bei den darauf folgenden Auseinandersetzungen waren Verletzte und fünf vorläufige Festnahmen zu beklagen. Der Erfolg der rechtspopulistischen, rassistischen „Orthodoxen Sammlungsbewegung" – Laos, mit 7,1 % bei den Europawahlen, deutet auf eine weitere Zuspitzung solcher Auseinandersetzungen und das Auseinanderdriften der griechischen Gesellschaft hin.

Nicht erst seit dem Aufstand vor Weihnachten gilt die Polizei als ineffektiv, überaus brutal und als kaum in der Lage, für die Sicherheit der „anständigen Bürger" zu sorgen. Ein peinliches Beispiel ist die Sprengung einer Filiale der Eurobank im Athener Stadtteil Argyrópolis in den frühen Morgenstunden des 12. Mai. Als die Besatzung eines Streifenwagens zwei behelmte Männer vor einer Bank anhalten will, zieht einer von ihnen eine Waffe und bedroht die Beamten, die sich daraufhin zurückziehen. Kurze Zeit später fliegt nach einem Warnanruf bei der Tageszeitung Eleftherotypía die Bank in die Luft. Von den Tätern, laut Polizei Mitglieder der bewaffneten Organisation Epanastatikós Agónas (EA, Revolutionärer Kampf), fehlt jede Spur. EA hatte zur Jahreswende Polizisten unter anderem mit Schnellfeuerwaffen beschossen, was heftige Kritik aus Teilen der radikalen Linken und der AK Athen zur Folge hatte.

Die staatliche Repression indes richtet sich mit massenhaften Personalienkontrollen, Festnahmen und Abschiebungen vor allem gegen MigrantInnen und Angehörige der anarchistischen Bewegung. So wurde am 16. Mai im nordgriechischen Xánthi der anarchistische Aktivist Níkos Kountardás inhaftiert, da er angeblich gegen seine Meldeauflagen verstoßen hatte. Kountardás, seit Jahren im Visier der staatlichen Repressionsorgane, wurde in der Vergangenheit wiederholt inhaftiert und befand sich gegen Meldeauflagen bis zum Prozess wegen eines Brandanschlags auf eine Bank – den er bestreitet – auf freiem Fuß. Mit einem Hungerstreik erkämpfte er Mitte Juni seine Freilassung, gegen 3.000 Euro Kaution. Schon Ende März hatte Bundesanwalt Giórgos Sanidás die Staatsanwaltschaften in Athen, Thessaloníki und Vólos angewiesen, gegen die BewohnerInnen der besetzten Häuser zu ermitteln. Den Eigentümern – Banken und staatliche Institutionen – drohte er mit rechtlichen Schritten, sollten sie hinsichtlich etwaiger Räumungen nicht kooperieren. Doch die BesetzerInnenszene ist stärker denn je. Unter dem Motto „Wagt es nicht, auch nur daran zu denken! Solidarität mit den besetzten Häusern", demonstrierten Ende April mehr als 1.500 Menschen in Thessaloníki rein prophylaktisch gegen eventuell geplante Räumungen. Und es geht auch um andere, im Zuge der Dezemberereignisse erkämpfte Freiräume. Im zubetonierten Athener Stadtzentrum haben die BewohnerInnen des Stadtviertels Exárchia eine Fläche von 1.500 qm zum Park gemacht. Auf dem Grundstück, das direkt an dem Ort liegt, wo Grigorópoulos erschossen wurde, ist seit 20 Jahren ein Park geplant. Trotzdem wurde es immer als Parkplatz genutzt und sollte jetzt bebaut werden. Eine Nachbarschaftsinitiative nahm die Sache in die Hand, besetzte den Platz, riss den Beton auf und bepflanzte ihn.

Ralf Dreis, Thessaloniki

FAU beendet die Spendensammlung für Konstantina Kuneva

Ende Mai haben wir noch einmal 743,- Euro nach Athen überwiesen. Insgesamt kamen somit seit Ende letzten Jahres 3.743,- Euro für Konstantina zusammen! Wir bedanken uns bei allen, die dazu beigetragen haben und übersenden herzliche Grüße und eine großes Danke von Konstantina und der PEKOP.

Besetzung – Streikposten – Abfindung

Der Kampf bei Visteon-Ford in Großbritannien



Streikposten vor dem Werk in Enfield

Im April kam es zu einem 48-tägigen Arbeitskampf beim Auto-Zulieferer Ford/Visteon – in Belfast (Nordirland), Enfield (Nordlondon) und Basildon (Essex). Zuvor wurden 610 Beschäftigte gekündigt, ohne Aussicht auf Abfindungen. Visteon erklärte schlicht die sofortige Schließung der Betriebe und überließ den Rest den Insolvenzverwaltern KPMG, einer führenden Agentur in der Beratung von Großunternehmen, welche in den USA eine unrühmliche Rolle bei der Entstehung der aktuellen Wirtschaftskrise gespielt haben soll. Im Juni 2000 hatte Ford die Produktion einiger Zulieferteile zu Visteon ausgelagert, behielt allerdings 60 Prozent der Anteile. In Großbritannien vereinbarte die Gewerkschaft UNITE mit dem Management des Ford-Unternehmens, dass alle übernommenen, ehemaligen Ford ArbeiterInnen zu denselben Bedingungen weiterarbeiten können. Neuangestellte erhielten jedoch Verträge zu schlechteren Konditionen.

Zuerst entschloss man sich am 31.März in Belfast zu einer Besetzung und hielt diese in der Folge auch am längsten durch. Zwei Verwalter, die zu Beginn partout bleiben wollten, wurden in ein Büro gesperrt und konnten erst nach 36 Stunden ohne Essen davon überzeugt werden zu gehen.

In Enfield, wo alle innerhalb von 6 Minuten gefeuert wurden, begann die Werkbesetzung – wie auch in Basildon – am 1. April. Ursprünglich sollten nur persönliche Dinge aus dem Werk geholt werden, doch man blieb. Das Gelände wurde geentert und ca. 100 ArbeiterInnen richteten sich auf dem Dach und im Lager ein. Unterstützung kam vor allem von außerhalb, von der Visteon-Support Group, welche von der libertären Soli-Gruppe Haringey organisiert wurde. Es waren HausbesetzerInnen, die den aktiven ArbeiterInnen effektiv mit Tat und juristischem Rat zur Seite standen. Die KollegInnen fanden unter neuen Vorzeichen zusammen. Aufgaben wurden nach Fähigkeiten verteilt. Die Lichter brannten ständig für die Wachen an den Barrikaden und kochbegabte Kollegen sorgten abwechselnd für Verpflegung. Die Aufmerksamkeit vieler Linken blieb jedoch auf die zeitgleich in London stattfindenden G20-Proteste fixiert. Ein Aktivist erklärte: "Dies ist ein Zeichen der Zeit und Symptom aus 25 Jahren Niederlagen in Klassenkämpfen; die Leute erkennen weniger sich selbst und ihre eigenen Interessen in den Kämpfen anderer wieder. Solidarität ist für viele ein fremdes Konzept in einer zunehmend atomisierten Realität. Die Arbeiterklasse ist eine fragmentierte, individualisierte Klasse..." Der letzte große Streik der Minenarbeiter 1984-85 und vor allem die damalige desaströse Niederlage gegen die Thatcher-Regierung demoralisiert die britischen Lohnabhängigen bis heute.

Rückzug dank Unite

Die Gewerkschaft Unite machte ihrem Namen wenig Ehre. Mitglieder gab es zwar an allen drei Standorten, Kontakte liefen aber meist nur auf offizielle Kanäle über freigestellte VertreterInnen. Einige Funktionäre schauten anfangs kurz vorbei und hinterließen leere Versprechen. Am 9. April endete die Besetzung in Enfield. Von "Unite" zum Rückzug bedrängt, wurde die Fabrik ohne konkrete Zugeständnisse geräumt. Der "errungene" Deal sollte erst 4 Tage später bekannt gegeben werden. Stattdessen wurden an den Toren 24-Stunden-Streikposten errichtet, um den Abtransport von Maschinen zu verhindern – umstritten bleibt, ob dies nicht zu vertrauensselig war. Was "Unite" als Erfolg deklarierte – dass Verhandlungen stattfanden – bewerten andere als unnötige Schwächung und Vereinnahmung durch Funktionäre.

Zeitgleich flogen Gewerkschaftschefs zu Verhandlungen mit Visteon in die USA. Die karge Ausbeute: Abfindungen in Höhe von 90 Tageslöhnen, die Mindestsumme, die den ArbeiterInnen ohnehin zustand! Davon provoziert, beschlossen die Entlassenen, Streikposten vor der profitablen Ford-Fabrik für Niedrig-Energie-Autos in Bridgend zu errichten, was ein Treffen des Ford- Europa-Chefs mit dem Sekretär von "Unite" möglich machte. Heraus kam ein Angebot, dessen Inhalt bis heute nicht ganz klar ist. Den Belegschaften wurden die wichtigsten Punkte mündlich mitgeteilt und es soll eine handgeschriebene Kopie kursiert sein. In der anschließenden Abstimmung wurde der Vorschlag an allen drei Standorten angenommen. Nachdem sich die erste Euphorie gelegt hatte, fragten sich die ArbeiterInnen, zu was genau sie "Ja" gesagt hatten: Abfindungen über 52 Wochenlöhne, aber: berechnet nach der Kurzarbeit, die in den letzten Wochen eingeführt worden war. Offen bleibt auch die Rentenfrage: Vor Gericht wird noch darum gerungen, ob die Visteon-ArbeiterInnen 45% des Rentenanspruchs behalten, aber erst ab dem 63. statt dem 58. Lebensjahr.

Ende April wurde Rob Williams, Gewerkschaftsvertreter bei Linamar (Ford-Nachfolger/Swansea) aufgrund seiner aktiven Unterstützung der Besetzung gefeuert. Er verbarrikadierte sich in seinem Büro, während die dortigen ArbeiterInnen aus Protest ihre Arbeit liegen ließen. Williams wurde suspendiert – seine Bürotür vorsichtshalber ausgebaut – und kurz darauf endgültig entlassen. Erst als die Belegschaft für Streik bis zu seiner Wiedereinstellung stimmte, gab das Management nach. Williams wurde wieder eingestellt. Am 18. Mai war der Arbeitskampf in allen drei Fabriken vorbei. Trotz des Teilsieges, bleibenden Ungewissheiten und Lektionen resultierend aus der "Zusammenarbeit" mit den Staatsgewerkschaften ist dieser Kampf bedeutsam: Die ArbeiterInnen erreichten mehr als erhofft und übten sich in solidarischer Selbstorganisation. Dies ist erfrischend nach 25 Jahren relativer Stille an der Klassenfront in Großbritannien.

Conny Lemke

Mehr Informationen in Englisch

Report & reflections on the 2009 UK Ford-Visteon dispute – a post-fordist struggle, Juni 2009, past tense, www.past-tense.org.uk Online: http://libcom.org/history/report-reflections-uk-ford-visteon-dispute-2009-post-fordist-struggle

Prekäre Flüge

Die CNT Zaragoza startet einen Arbeitskampf gegen Lohnkürzungen und Kündigungen bei Ryanair



Kundgebung der CNT am 3. Mai in Zaragoza

Ryanair wirbt bekanntlich damit, die "Niedrigpreis-Fluggesellschaft" zu sein. Die niedrigen Preise werden nicht zuletzt durch Niedriglöhne für die ArbeiterInnen des Unternehmens erreicht, so auch im nordspanischen Zaragoza. Die Beschäftigten begannen sich zu wehren, nachdem Ryanair ihre Arbeitszeit ohne Lohnausgleich gekürzt hatte, sodass ihr Gehalt von vorher rund 1050 €auf nur knapp über 800 €pro Monat sank. Angeblich wollten die Bosse so die gesunkene Anzahl von Flügen ausgleichen. Unter den ArbeiterInnen kursierten allerdings Gerüchte, dass sie eigentlich eine Verkleinerung der Belegschaft anstrebten und die Arbeitszeitverkürzung nur ein erster Schritt in diese Richtung wäre. Deshalb traten mehrere ArbeiterInnen der Confederación Nacional del Trabajo (CNT) bei und gründeten am 23. Januar dieses Jahres eine Betriebsgrupppe der Gewerkschaft.

Der Konzern begann sofort nach der Anmeldung der Betriebsgruppe, die CNT-Mitglieder zu schikanieren und Druck auf sie auszuüben. Die Forderungen der Gewerkschaft nach festen Arbeitsverträgen für alle, festen täglichen Arbeitszeiten und der Rücknahme der Lohnkürzung wurden nicht einmal angehört. Leider erreichte der Konzern mit dieser Strategie, dass sich alle ArbeiterInnen bis auf einen einschüchtern ließen und wieder aus der Betriebsgruppe austraten. Weil Ryanair jegliches Verhandlungsangebot ignorierte, wurde der Konflikt zwischen der CNT und Ryanair am 20. Februar an die Öffentlichkeit gebracht. Am 28. Februar gab es eine erste Demonstration mit 50 TeilnehmerInnen auf dem Flughafen von Zaragoza. Ryanair wurde außerdem wegen mehrfacher Verstöße gegen das Arbeitsrecht verklagt. Nachdem die Klage eingereicht wurde, feuerte die Fluggesellschaft mehrere KollegInnen, unter ihnen den Genossen der CNT. Die Gerüchte über die geplante Verkleinerung der Belegschaft hatten sich somit bewahrheitet, aber dennoch versuchte außer dem CNT-Mitglied niemand unter den Gekündigten gegen die Kündigungen vorzugehen. Deshalb änderte die CNT ihre Strategie und versucht seitdem vor allem, die Wiedereinstellung ihres Mitgliedes zu erreichen.

Da der Konflikt sich nun verhärtet hatte, musste auch die CNT die Intensität des Arbeitskampfes erhöhen. So wurden beispielsweise Plakate und Aufkleber in der gesamten Stadt verklebt und mehrere Demonstrationen sowohl am Flughafen als auch im Stadtzentrum organisiert. Auf der 1. Mai-Demonstration der CNT in Zaragoza wurde der Konflikt noch einmal vor über 300 Menschen in die Öffentlichkeit getragen. Die nächste Stufe der Proteste stellte ein erster internationaler Aktionstag am 3. Mai dar. An diesem Tag organisierten die spanische CNT und die französische CNT-IAA Demonstrationen und Protestaktionen in Spanien und Frankreich, ebenso wie die FAU in Deutschland, die zu diesem Anlass, neben der spanischen CNT, am meisten mobilisierte. Auch andere Föderationen der IAA beteiligten sich am Aktionstag und zeigten sich mit dem gefeuerten Gewerkschafter solidarisch, wie die Priama Akcia in der Slowakei oder die englische Solidarity Federation. Am 6 Juni bat die CNT Zaragoza die IAA erneut um internationale Solidarität, weil am 8. Juni der Prozess wegen der Kündigung angesetzt war. Wieder gab es Mobilisierungen in ganz Spanien und mehreren europäischen und deutschen Städten.

Die aktuelle Situation

Im Augenblick wartet die CNT auf das Urteil des Prozesses. Wenn sie gewinnt, würde das die sofortige Wiedereinstellung des gefeuerten Genossen bedeuten, jedoch nicht das Ende des Konfliktes. Für den 23. September ist noch ein weiterer Prozess angesetzt, bei dem die eigentlichen Gründe des Arbeitskampfes, also die Kürzung der Arbeitszeit, der Gehälter und die illegalen Arbeitsverträge verhandelt werden. Deshalb hat die CNT bereits angekündigt, ihre Aktionen solange fortzusetzen, wie Ryanair die Rechte der ArbeiterInnen missachtet, selbst wenn der gefeuerte Genosse schon bald wieder eingestellt würde. Nur wenn Ryanair die Betriebsgruppe der CNT akzeptiert, der gefeuerte Gewerkschafter seinen Posten wiederbekommt und die Verträge und Gehälter wieder in Ordnung sind, wird die CNT den Konflikt für beendet erklären. Sollte eine dieser Forderungen unerfüllt bleiben, wird die CNT kämpfen, bis ihre Kräfte erschöpft sind oder sie den Konflikt gewonnen hat.

Pablo Augustín (CNT Zaragoza)

Alltag ist Krieg

Der Kampftag für sichere Arbeitsbedingungen bleibt in Deutschland unbeachtet – bisher



Der 1. Mai gilt traditionell als der Arbeiterkampftag. Einmal im Jahr putzen sich die hiesigen Gewerkschaften heraus, um sich an diesem Tag in Szene zu setzen. Was viele hierzulande nicht wissen, ist, dass der 1. Mai schon länger nicht der einzige Arbeiterkampftag ist – zumindest international betrachtet. Alljährlich begehen am 28. April, im Dunstkreis des 1. Mai, GewerkschafterInnen auf der ganzen Welt den Workers' Memorial Day (WMD). Keine kleine Sache, denn i.d.R. finden dabei Veranstaltungen, Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen in mehreren dutzend Ländern und auf allen Kontinenten statt. So auch in diesem Jahr.

Diesmal gab es Berichte von größeren Veranstaltungen und Aktionen aus 45 Ländern. Es wird geschätzt, dass über 14 Mio. ArbeiterInnen an knapp 10.000 Aktivitäten teilgenommen haben. Wie einst der 1. Mai ist auch der WMD ursprünglich ein Tag des Gedenkens, jedoch nicht an bestimmte Personen, sondern an das alltäglich Martyrium der anonymen Arbeitermasse, die den kapitalistischen Arbeitsbedingungen zum Opfer gefallen ist.

Hintergrund ist, dass weltweit jedes Jahr über 2,2 Mio. ArbeiterInnen bei Arbeitsunfällen ums Leben kommen oder aufgrund von arbeitsbedingten Krankheiten sterben.[1] Weitere 160 Mio. tragen jährlich Verstümmelungen, Verletzungen und Krankheiten davon, bei einem Gesamtaufkommen von 270 Mio. Arbeitsunfällen. Durchschnittlich stirbt somit alle 15 Sekunden ein/e ArbeiterIn. Mit 6.000 Toten täglich sterben mehr Menschen durch Arbeit als durch Kriege. Der WMD richtet sich explizit gegen diesen alltäglichen Terror: Das Problem soll ins öffentliche Bewusstsein getragen und sicherere Arbeitsbedingungen erkämpft werden.

Aus der Taufe gehoben wurde der WMD 1984 von einer kanadischen Basisgewerkschaft. Im Jahr darauf schloss sich der größte kanadische Gewerkschaftsdachverband dieser Initiative an, schließlich auch zahlreiche US-amerikanische Gewerkschaften.

War der WMD ursprünglich nur als Tag des Gedenkens an ArbeiterInnen gedacht, die aufgrund ihrer Arbeit getötet, verstümmelt oder verletzt wurden, weitete sich dessen Charakter Anfang der 1990er aus. Bereits ab 1989 fanden vereinzelt auch in Europa und Afrika Aktionen statt, wesentlich für die Entwicklung des WMD war aber 1992 die Ausdehnung auf Großbritannien, wo v.a die Hazard Campaign den Tag bekannt machte und ihn dem heute bekannten Slogan verpasste: „Der Toten gedenken, für die Lebenden kämpfen!" Seither wird an diesem Tag auch ganz konkret für Verbesserungen gekämpft, selbst betriebsbezogene Streiks gab es in diesem Zusammenhang schon.

In Deutschland ist diese neuere Tradition gänzlich unbekannt, und das, obwohl hier arbeitsbedingt durchschnittlich fast zehn Menschen sterben und ca. 2.600 verletzt werden – täglich![2] Sowohl die FAU als auch die IAA prüfen momentan ernsthaft die Möglichkeit, im nächsten Jahr den WMD mit einer Beteiligung zu bereichern. Ansatzpunkte für SyndikalistInnen bietet er genug, zumal die Themen Arbeitsunfälle und -hetze unmittelbar mit dem klassischen Gewerkschaftsthema der Arbeitszeiten zusammenhängen, das einst den 1. Mai beseelte. Nicht zuletzt bietet der konkrete thematische Ansatz des WMD die bereits angedeutete Perspektive direkter ökonomischer Aktionen, eine Tradition, die im Kontext des politisch verwässerten 1. Mai-Feiertags kaum mehr zurück gewinnbar scheint.

Holger Marcks

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Bangladesh: 15.000 TextilarbeiterInnen demolieren Industriegebiet

Auch im Mai ging die Welle wütender Proteste in der Textilindustrie Bangladeshs weiter. Am 10. Mai bedrängten ArbeiterInnen der Rupashi Sweater Factory in der Stadt Narayanganj (Zentral-Bangladesh) die Chefs der Firma und forderten ausstehende Löhne ein. Als sie am darauf folgenden Montag zur Arbeit erschienen, waren die Tore verschlossen, die Belegschaften ausgesperrt. Die wütenden ArbeiterInnen zogen daraufhin zu weiteren umliegenden Textilfabriken. Innerhalb weniger Stunden waren 15.000 Menschen auf der Straße und begannen damit, Einrichtungen in 14 Textilfabriken zu zerstören und sich Auseinandersetzungen mit dem Werkschutz der Fabriken zu liefern. Obwohl große Mengen Polizei und Paramilitärs die ArbeiterInnen angriffen, dauerte es stundenlang, bis die Menge sich schließlich zerstreut hatte. Wenige Tage später wiederholten sich ähnliche Szenen in Savar, einem Zentrum für Textilindustrie und Landwirtschaft. Auch dort hatten zuvor die TextilarbeiterInnen der Doel Group mehrfach die Auszahlung von bis zu drei ausstehenden Monatslöhnen gefordert. Schließlich zogen mehrere hundert von ihnen zum Verwaltungsgebäude der Fabrik, warfen dort einige Scheiben ein und die Büroeinrichtung hinterher. Anschließend verließen sie die Fabrik und verbarrikadierten sich auf einer vorbeiführenden Schnellstraße. Als sie dort von der Polizei mit Schlagstöcken angegriffen wurden, verteidigten sie sich mit Holzlatten und großen Mengen Ziegelsteinen. Auch hier benötigten Polizei und Paramilitärs mehrere Stunden, bis sie die Situation wieder unter Kontrolle hatten. Es gab mindestens 50 Verletzte, ein Arbeiter erlitt Schussverletzungen. Dies sind nur zwei Beispiele aus einer ganzen Kette zunehmender Auseinandersetzungen in der Textilindustrie Bangladeshs. Die Reallöhne sind in den letzten Monaten stark gesunken. Wie prekär die Lage ist, kann man u.a. daran erkennen, dass einige Firmen dazu übergegangen sind, befristete Essensrationen statt Lohnerhöhungen anzubieten.

Vietnam: Wilder Streik für Lohnerhöhungen

Mitte Mai traten 500 ArbeiterInnen in der Minh Phat Textilfabrik in einen wilden Streik. Die Firma ist ein vietnamesisch-südkoreanisches Joint Venture, das Bekleidung für den Weltmarkt herstellt. Die Belegschaft forderte höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Der Streik richtete sich u.a. gegen die extremen Arbeitszeiten – teilweise muss bis 10 Uhr in der Nacht gearbeitet werden – und gegen die auch für vietnamesische Verhältnisse extremen Probezeiten von bis zu sieben Monaten. Der Einstiegslohn bei Minh Phat liegt bei rund 50 Euro im Monat. Nach Bekanntwerden des Streiks entsandten die kommunistischen Behörden Polizei in den Betrieb, um "extreme Aktionen der Arbeiter, wie z.B. die Zerstörung von Eigentum zu verhindern". Danach trat die Staatsgewerkschaft in Verhandlungen mit der Firmenleitung ein. Das folgt dem in Vietnam mittlerweile üblichen Muster: Die ArbeiterInnen streiken und die staatliche Gewerkschaft versucht anschließend durch Verhandlungen die Wut zu kanalisieren. Wem sie sich dabei verpflichtet fühlt, machte der lokale Gewerkschaftsfunktionär Nguyan van Bang gegenüber der Presse deutlich: Er bescheinigte der Geschäftsführung der Firma "eine gute Einstellung" und erklärte, es sei "nachvollziehbar, warum die Firma eine Gehaltserhöhung ablehnt".

Großbritannien: Solidaritätsstreik für BauarbeiterInnen

Zur Unterstützung einer Demonstration für ortsnahe Beschäftigung und gegen das Subunternehmersystem sind Arbeiter der Total-Raffinerie in Lindsay im Mai in einen eintägigen wilden Streik getreten. Die Demonstration, an der sich mehrere hundert Bauarbeiter beteiligten, fand an der Baustelle für die Olympischen Spiele 2012 in London statt. Sie hatte zwei Schwerpunkte: Zum einen richtete sie sich gegen das um sich greifende System vor Sub- und Leiharbeit sowie Scheinselbständigkeit auf britischen Baustellen, mit dem die Firmen versuchen, die Löhne und Baukosten zu drücken. Die DemonstrantInnen forderten, dass alle an den Bauarbeiten Beteiligten unabhängig von Status und Herkunft den gleichen Lohn erhalten sollten. Ein weiteres Thema auf der Demonstration waren die "schwarzen Listen", welche die Bauindustrie über aktive ArbeiterInnen führt. Lange war vermutet worden, dass es solche Listen gibt. Im Frühjahr war bekannt geworden, dass diese tatsächlich existieren und dass große Baufirmen hohe Summen für den Zugriff auf diese Dateien zahlen.

Thailand: Auseinandersetzung bei Michelin

Ende April endete eine zweimonatige Auseinandersetzung zwischen Management und Gewerkschaft beim französischen Reifenhersteller Michelin. Anfang März hatte die Firma angekündigt, eine pauschale 13-prozentige Lohnsenkung durchzuführen. Daraufhin hatten Beschäftigte eine Petition verfasst, in der die Firma aufgefordert wurde, mit Belegschaft und Gewerkschaft über diese Maßnahme zu verhandeln. Als Reaktion verkündete die Firma, allen ArbeiterInnen, welche die Petition unterschrieben hätten und die sich weigern würden, diese Unterschrift wieder zurückzuziehen, würde der Lohn um 35 Prozent gekürzt. Das Management eskalierte den Konflikt noch weiter, als es neun Tage später 383 von 1.500 ArbeiterInnen aussperrte. Nach internationalem Druck – unter anderem hatte der Eurobetriebsrat von Michelin protestiert – kam es schließlich doch noch zu einer Einigung. Die dreizehnprozentige Lohnsenkung gilt befristet bis Oktober 2009, die Aussperrung wird beendet, die Arbeiter, die nicht in die Fabrik zurückkehren wollen, sollen Abfindungen erhalten und die Firma zieht alle Anzeigen gegen ArbeiterInnen im Zuge des Arbeitskampfes zurück. Noch am Vorabend der Übereinkunft verhaftete die Polizei übrigens 18 ausgesperrte Arbeiter wegen der Teilnahme an einer Protestaktion am 20. April.

Anmerkungen

[1] Ein Großteil (440.000) fällt giftigen Substanzen wie z.B. Asbest (100.000) zum Opfer.

[2] 2007 gab es 630 tödliche Arbeits- und 496 Wegeunfälle sowie 2.296 Tote in Folge von Berufskrankheiten. Zudem gab es knapp 960.000 nichttödliche Arbeitsunfälle. Dabei sind die Opfer psychologischer Belastungen durch Lohnarbeit, bis hin zu Selbstmord, noch nicht einberechnet (siehe DA Nr. 190).

Das Prinzip Flächenbrand

Weitere Überlegungen zu einer gewerkschaftlichen Strategie gegen Praktikumsausbeutung und Prekarisierung

In dieser Zeitung wurde schon des Öfteren darüber berichtet, wie schamlos junge Menschen von ihren Bossen ausgebeutet werden, und ebenso von der leider fehlenden Courage vieler PraktikantInnen, die sich dies gefallen lassen. Auch über einzelne Versuche von Gegenwehr war hier zu lesen, zuletzt im Zuge der Klage eines Mitgliedes der FAU Berlin gegen dessen ehemalige Arbeitgeberin. Doch diese Versuche, auf juristischem, also individuellem Wege gegen solcherlei Ausbeutung vorzugehen, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich bisher kein umfassender Widerstand gegen diese Dreistigkeiten entwickeln konnte. Dieser Text soll einen Beitrag zu der Debatte leisten, wie die Profiteure und die Strukturen der Praktikumsausbeutung organisiert unter Druck gesetzt bzw. angegangen werden können. Er knüpft dabei unmittelbar an die Erfahrungen und Diskussionen der FAU-Kampagne „Keine Arbeit ohne Lohn!" an, die es sich u.a. zur Aufgabe gemacht hat, gewerkschaftliche Strategien gegen Praktikumsausbeutung zu formulieren.[1]

„Zur Lage der Generation"

In einer Studie des Bundesarbeitsministeriums vom Mai 2008 gaben 80 Prozent der befragten PraktikantInnen an, mindestens die Hälfte ihrer Arbeitszeit als normale Arbeitskraft eingesetzt worden zu sein. 51 Prozent der Befragten erhielten überhaupt kein Geld für ihre Tätigkeit und 12 Prozent einen – nach Selbsteinschätzung – unangemessenen Lohn; nur 37 Prozent sahen sich angemessen vergütet. Nach dem Praktikum wurden nur 22 Prozent in eine Anschlussbeschäftigung übernommen, davon ganze 11 Prozent mit unbefristeten Verträgen. Bei den Befragten handelt es sich ausnahmslos um Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung.[2] Aus diesen Zahlen geht deutlich hervor, dass PraktikantInnen in Deutschland im großen Stil von Unternehmen als billige bis kostenlose Arbeitskräfte missbraucht werden. Ihre Chance, per Praktikum in die Nähe eines gesicherten Lohnarbeitsverhältnisses zu gelangen, ist relativ gering; der Zersetzungseffekt in Sachen Lohnstandards ist umso höher.

Allgemein wird die Einschätzung bis weit in bürgerliche Kreise hinein geteilt, dass diese Zustände – zumindest bezogen auf die Ausbeutung von (Hochschul-) Absolventen – skandalös sind und abgeschafft gehören. Es wurde viel geredet, geschrieben und gefordert, seit Matthias Stolz am 31. März des Jahres 2005 in der Wochenzeitung *Die Zeit* einen Artikel mit dem Titel „Generation Praktikum" veröffentlichte, der einige publizistische Wellen schlug und den Begriff inklusive der dahinter verborgenen Problematik bekannt machte.

In den letzten Jahren bemühte sich die DGB-Jugend darum, Minimalstandards für Praktika zu etablieren. Demnach solle bei einem Praktikum das Lernen im Vordergrund stehen, nicht die Arbeitsleistung. Ein Praktikum dürfe keine reguläre Stelle ersetzen und müsse vertraglich geregelt sein. Zudem sollten PraktikantInnen ausreichend betreut werden und ein Zeugnis erhalten. Ein Praktikum habe außerdem mit mindestens 300 Euro entlohnt zu werden und nicht länger als drei Monate zu dauern. Hochschulabsolventen sollten grundsätzlich keine Praktika mehr absolvieren.

Der Verein Fairwork e.V. wiederum versucht sich öffentlich als Lobbyorganisation der PraktikantInnen zu profilieren und sein „Fairworkprädikat" zu etablieren, welches Unternehmen auszeichnet, die sich darum verdient gemacht haben, die Minimalstandards einzuhalten. Außerdem wurde von Fairwork e.V. und von Seiten der DGB-Jugend wiederholt Werbung für eine rechtliche Besserstellung von PraktikantInnen gemacht, was durch die SPD-Linke auch aufgegriffen wurde, aber gegen die Konservativen in der eigenen Partei und gegen den Koalitionspartner nicht durchgesetzt werden konnte.

Dies ist alles andere als verwunderlich: Die deutsche Wirtschaft profitiert durch die Ausbeutung von PraktikantInnen enorm und setzt sich dementsprechend energisch über ihre Lobbyisten in den verschiedenen Parteien und Verbänden dafür ein, dass der Status Quo erhalten bleibt. Nicht zuletzt verfügen die Unternehmer über ökonomische Macht, um ihren Interessen Gehör zu verschaffen; der Bundesverband der Arbeitgeber (BdA) droht z.B. offen damit, dass im Falle gesetzlicher Neuregelungen die Ausbildungsangebote drastisch reduziert würden. Eine politische Reform in diesem Bereich scheint bei den gegenwärtigen Machtkonstellationen somit illusorisch. Auch die vermeintlichen Entscheidungsträger selbst scheinen kein großes Interesse an einer Veränderung zu haben. „Bei einem Praktikum muss es eine angemessene Vergütung geben", meinte Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) im März 2008. Im Dezember des gleichen Jahres stellte sich heraus, was er damit meinte: In seinem Ministerium arbeiten pro Jahr ca. 100 unbezahlte PraktikantInnen.[3]

Pioniere auf Rechtswegen

Immerhin sorgten einige juristische Prozesse im letzten Jahr für Aufsehen, in denen ehemalige PraktikantInnen beispielhafte Erfolge gegen ihre Bosse erzielen und hohe Lohnnachzahlungen für ihre Arbeit durchsetzen konnten. So erstritt eine ehemalige Praktikantin im Sommer 2008 in Baden- Württemberg eine Nachzahlung von über 7.000 Euro durch ihren Arbeitgeber, eine Agentur. Die Diplom-Ingenieurin organisierte Events für das Unternehmen und bekam dafür 375 Euro brutto. Das Landesarbeitsgericht entschied, dass dies „Lohnwucher" sei; die „Zwangslage" der Praktikantin sei ausgenutzt worden.

Im Januar 2009 ging ein anderer Fall durch die Medien. Ein Jugendlicher hatte ein Jahr in einem Altenheim geschuftet. Status: Praktikant. Stundenlohn: 1,30 Euro. Versprochen worden war ihm ein Ausbildungsvertrag nach dem Praktikum. Der Boss hielt sich nicht an das Versprechen, der Praktikant klagte auf 10.317 Euro Lohnnachzahlung – und gewann. Das Arbeitsgericht Kiel argumentierte damit, dass der Betreiber des Heimes „nichts dazu vorgetragen habe, welche Fähigkeiten der Kläger erlernen musste. Das Vertragsverhältnis sei somit kein Ausbildungs-, sondern ein Arbeitsverhältnis gewesen. Den Forderungen des Praktikanten wurde in vollem Umfang statt gegeben."[4]

Dass diese medienwirksam aufbereiteten Fälle aber nicht unbedingt als allgemein gültiger Standard anzunehmen sind, musste im Februar 2009 das Berliner FAU-Mitglied Agnes M. feststellen. Sie hatte gegen ihre ehemalige Arbeitgeberin geklagt, weil sie mehrere Monate in einer Kita allein die Betreuung einer gesamten Kindergruppe übernehmen musste, während sie nur ein mageres Praktikumssalär von 400 Euro erhielt.[5] Hier verwarf die Richterin die Klage. Die Klägerin habe nicht lückenlos nachweisen können, dass sie die entsprechende Verantwortung getragen und damit dem Berufsprofil, auf das in der Klage (zwecks Lohneingruppierung) rekurriert wurde, vollständig entsprochen habe.

Das Problem für viele PraktikantInnen ist, dass ihnen bei einer Klage die Nachweispflicht obliegt. Meist ist es aber schwer vor Gericht zu beweisen, an welcher Stelle im Betriebsablauf genau welche Verantwortung übernommen wurde. Generell gehören solche Eingruppierungsklagen zu den kniffligsten Bereichen im deutschen Arbeitsrecht und erfordern versierte Anwälte. In der Regel sind klagende PraktikantInnen deshalb auch auf das Wohlwollen der RichterInnen angewiesen, darauf, dass diese die Sachlage in ihrem Sinne interpretieren, wie im Kieler Fall. Das Recht auf eine angemessene Entlohnung und angemessene Arbeitsinhalte ist somit relativ. Allerdings steigt die Wahrscheinlichkeit, dass RichterInnen im Sinne der KlägerInnen entscheiden, mit jedem weiteren positiven Präzedenzfall.

Festzuhalten bleibt also, dass der Griff zu juristischen Mitteln es in einzelnen Fällen zwar vermochte, PraktikantInnen nachträglich zu ihrem Recht kommen zu lassen, diese Klagewege aber schwierig bleiben und das ökonomische System der Praktikaausbeutung kaum ins Wanken bringen mögen. Außerdem kann eine ausschließlich juristisch organisierte Gegenwehr zwar in Einzelfällen eine individuelle Genugtuung erwirken, diese allein ermöglicht aber keine Entwicklung von kollektivem Widerstand und ist nicht in der Lage, über das Punktuelle hinaus dauerhafte Verbesserungen zu erwirken. Über die Zustände als Ganzes wurde in den letzten Jahren zwar viel geredet, an den Regelungen und Strukturen hat sich aber wenig bis nichts geändert. Die wenigen Organisationen, die sich real um eine Verbesserung der Lage bemühten – wie Fairwork e.V. oder die DGB-Jugend –, beließen es bei der Definition von Minimalstandards, symbolischen Aktionen und moralischen Appellen an die Regierungsparteien und Unternehmen, in deren Kreisen eine klare Mehrheit kein Interesse an der Veränderung der Situation hat. Es wird deutlich, dass nur eine gewerkschaftliche Praxis, die über die Formulierung von Fürbitten an Politik und Wirtschaft hinausgeht, uns in die Lage versetzt, Druck auf eben diese auszuüben, um die Situation zu verbessern.

Auf der Suche nach dem Hebel

Wie aber könnte das Konzept für ein solches kämpferisches Handeln im Kampf gegen die Ausbeutung durch Praktika aussehen? Zunächst müssen wir dabei feststellen, dass die Ausbeutung von PraktikantInnen ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Deshalb ist es wichtig, sich die breiteren sozioökonomischen Verhältnisse anzuschauen, um sich somit sowohl über die eigenen Stärken und Schwächen als auch die der Gegenseite klar zu werden. Hierbei können soziologische Theorien hilfreiche Instrumente sein, mit denen wir komplexe gesellschaftliche Mechanismen beleuchten und verständlich machen können.

Der amerikanische Soziologe Erik Olin Wright[6] unterscheidet zwei verschiedene Quellen der Arbeitermacht: strukturelle Macht und Organisationsmacht. Die strukturelle Macht basiert auf der Stellung der ArbeiterInnen im ökonomischen Prozess, auf deren spezifischen, strategischen Positionen. Über eine hohe strukturelle Macht verfügen zum Beispiel Lokführer bei der Bahn oder – etwas bedingter – Filmvorführer im Kino. ArbeiterInnen, die an diesen Positionen im Arbeitsprozess tätig sind, verfügen über eine solche strukturelle Macht, weil sie in der Lage sind, einen großen Druck auf die Bosse auszuüben, selbst wenn sie aus einer Minderheitenposition heraus agieren. Ohne sie ist der Arbeitsprozess nicht durchführbar, und sie sind oft nur schwer ersetzbar.

Eine Gewerkschaft, die einen hohen Organisationsgrad von ArbeiterInnen mit starker struktureller Macht innerhalb eines Betriebes organisiert hat, ist sehr gut aufgestellt im Klassenkampf. Leider kämpfen immer mehr Berufsgruppen mit hoher struktureller Macht in Deutschland nur für ihre eigenen Interessen, wie die Ärzte im Marburger Bund oder die Lokführer in der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL). Dem gingen allerdings Jahrzehnte voraus, in denen diese ArbeiterInnen in den DGB-Gewerkschaften, oder in Tarifgemeinschaften mit ihnen, organisiert waren, ohne dass diese deren strukturelle Macht wirklich in die Waagschale geworfen hätten.

Andere Faktoren, welche die strukturelle Macht von Lohnabhängigen bestimmen, sind die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die individuelle Qualifikation: Es versteht sich von selbst, dass ArbeiterInnen, die über eine rare Qualifikation verfügen, nur schwer ersetzbar sind und somit potentiell über eine hohe strukturelle Macht verfügen. Denn generell ist es der Aspekt der (kurzfristigen) Austauschbarkeit von Lohnabhängigen, der den Grad an struktureller Macht bestimmt. Das heißt aber, dass eine gut aufgestellte Gewerkschaft auch in Bereichen mit Arbeitskräften geringer Qualifikation strukturelle Macht selbst herstellen kann, wenn es ihr gelingt, deren Austauschbarkeit zu unterminieren, z.B. indem sie weitgehende Regelungen in Fragen der Einstellung und Kündigung erkämpft.[7]

PraktikantInnen verfügen in der Regel über sehr geringe strukturelle Macht. Auch wenn sie systematisch im Produktionsprozess ausgebeutet werden, verrichten sie oft

Arbeiten, die schnell erlernt werden können, denn sie bleiben nur wenige Monate im Betrieb. Sie sind leicht austauschbar und somit nur schlecht in der Lage, Druck auf die Bosse auszuüben. Es gibt nicht wenige Betriebe, die zwischenzeitlich sämtliche einfachen Tätigkeiten an PraktikantInnen vergeben haben, so zum Beispiel im Bereich der politischen Stiftungsarbeit. Gravierende Fälle von Praktikantenausbeutung finden sich aber auch in Regionen des Arbeitsmarktes, in denen eine große Konkurrenz zwischen hochqualifizierten AbsolventInnen besteht. Deren eigentlich ihrer Qualifikation innewohnende Macht wird hier durch die Konkurrenzsituation reduziert. Würden sich PraktikantInnen in einem solchen Betrieb organisiert zu einem günstigen Zeitpunkt – zum Beispiel kurz vor der Abgabefrist für ein wichtiges Projekt – zur Wehr setzen, könnten sie durchaus ein relevantes Maß an Macht entfalten und Forderungen durchsetzen. Sie könnten dann ihre unterlaufene strukturelle Macht durch Organisationsmacht wieder herstellen und sie schließlich multiplizieren.

Jene Organisationsmacht basiert – nach Wright – auf dem Zusammenschluss von ArbeiterInnen zu kollektiven Organisationen. Das können Gewerkschaften oder auch autonome Betriebsgruppen sein. Je nachdem wie verbindlich und diszipliniert diese organisiert sind, wie hoch ihr Organisationsgrad ist und über welches Maß an struktureller Macht die in ihnen organisierten ArbeiterInnen verfügen, sind sie dazu in der Lage, einen Machtfaktor im Betrieb oder auch darüber hinaus darzustellen und die Interesse der ArbeiterInnen gegen die Bosse durchzusetzen.

Es macht für PraktikantInnen durchaus Sinn, sich zu organisieren, denn die meisten ArbeiterInnen in den Betrieben verfügen über eine höhere strukturelle Macht und Durchsetzungsfähigkeit wie sie. Gleichzeitig haben auch diese objektiv ein Interesse daran, den inflationären Missbrauch von Praktika zu stoppen, sind es doch nicht zuletzt auch ihre Arbeitsbedingungen, die in Frage gestellt werden, wenn einfache Tätigkeiten zunehmend von un- oder extrem niedrig bezahlten PraktikantInnen erledigt werden. Die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse strahlt immer auf alle ArbeiterInnen aus, weil sie die Konkurrenz unter ihnen innerhalb einer Abwärtsspirale anheizt. Es ist deshalb von immenser Wichtigkeit, dass PraktikantInnen, LeiharbeiterInnen und (noch) Festangestellte sowie andere Statusgruppen innerhalb der Betriebe gemeinsame Handlungs- und Verhandlungseinheiten bilden, wollen sie nicht stattdessen darum konkurrieren, wer unter den miesesten Bedingungen arbeiten darf.

Der erweiterte Fokus

Ein grundsätzliches Problem für eine gewerkschaftliche Offensive gegen die Ausbeutung von PraktikantInnen ist die Tatsache, dass diese in der Regel nur vorübergehend in einem Betrieb arbeiten. Sie haben nicht wirklich die Möglichkeit, sich sozial in die Belegschaft zu integrieren, was die Entwicklung von persönlichen Beziehungen erschwert, aus denen gemeinsamer Widerstand entstehen könnte. Ein weiteres Problem ist der Umstand, dass viele PraktikantInnen sich erklärbarerweise nicht besonders stark mit ihrem Status identifizieren und sich nur vorübergehend in dieser Rolle sehen, was ja meist auch stimmt. Übersehen wird hierbei aber, dass dieses Arbeitsverhältnis fortdauernd besteht, auch wenn die Personen, die es ausfüllen, wechseln. Die negative Wirkung für die Betroffenen besteht somit auf Dauer, nur eben in einer abstrakteren, weniger greifbaren Art und Weise. Die ehemaligen PraktikantInnen mögen dies spätestens dann merken, wenn sie keine Anstellung oder nur eine prekäre und mies bezahlte finden, weil viele Arbeiten auch von PraktikantInnen oder prekär Beschäftigten erledigt werden können.

Es handelt sich bei dem vorliegenden Problem also um ein allgemeines, welches alle Lohnabhängigen betrifft. Dementsprechend muss auch die Gegenwehr statusgruppenübergreifend organisiert werden. Der Kampf gegen prekäre Arbeitsbedingungen kann nicht nur von den Prekären geführt werden, soll er erfolgreich sein. Er darf sich nicht defensiv darauf beschränken, gegen die unsicheren Verhältnisse vorzugehen, sondern muss sich offensiv an den Bedingungen orientieren, die wir gemeinsam erkämpfen wollen. Nur eine solche, offensive Perspektive ermöglicht ein gemeinsames (Klassen-)Bewusstsein und ein kollektives Vorgehen für die gemeinsamen Ziele aller Lohnabhängigen.

Eine Offensive gegen Praktikumsausbeutung muss sich auch deshalb auf einen überbetrieblichen Ansatz stützen, um jene Strukturen und ihre Auswirkungen allgemein sichtbar zu machen und die Vereinzelung im Arbeitsprozess zu überwinden. Eine solche Kampagne müsste zunächst einmal vermitteln, dass wir es hier nicht – wie schon bekannt – nur mit einem allgemeinen Phänomen zu tun haben, sondern auch, dass Widerstand möglich und unbedingt nötig ist. Es muss Wissen über die Ansatzpunkte von Widerstand vermittelt und bereitgestellt werden. Außerdem ist es sehr wichtig, dass Kontakte geknüpft werden.

Für eine Gewerkschaft wie die FAU muss es in diesem Zusammenhang zu den absoluten Selbstverständlichkeiten gehören, dass ihre Betriebsgruppen dieses Thema im Betrieb auf den Tisch bringen und, wenn möglich, eine Bezahlung oder gar Festanstellung der vermeintlichen PraktikantInnen durchsetzen. Außerdem muss kontrolliert werden, dass die Bosse die tatsächlichen PraktikantInnen nicht fest in die Arbeitsabläufe einplanen. Oft finden sich aber besonders prekäre Arbeitsbedingungen in Betrieben, in denen es keine oder nur eine schwache gewerkschaftliche Organisierung gibt oder nur zahme, unternehmerfreundliche Gewerkschaften aktiv sind. Mittelfristiges Ziel einer überbetrieblichen Offensive wäre es deshalb auch, in eine möglichst große Anzahl solcher Betriebe einen Fuß zu bekommen, die Lage zu sondieren und sie auf allen Ebenen (juristisch und gewerkschaftlich) anzugreifen, auf denen dies erfolgsversprechend ist.

Eine idealtypische Skizze

Die erste Phase einer solchen Kampagne würde aus einer bundesweit koordinierten Pressearbeit bestehen, welche dadurch flankiert wird, dass z.B. die FAU ihre Möglichkeiten zum Widerstand in den Betrieben nutzt, in denen sie vertreten ist, indem die konkreten Praxen der Bosse veröffentlicht werden, präzise Forderungen erarbeitet, gegebenenfalls juristische Prozesse angestrengt und gewerkschaftliche Gegenmaßnahmen getroffen werden. Darüber hinaus müssten zunächst einige wenige und allgemeine Slogans und Forderungen – wie zum Beispiel „Keine Arbeit ohne Lohn!" oder „Gegen die Ausbeutung von PraktikantInnen!" – so transportiert werden, dass ein Wiedererkennungseffekt eintritt und die Initiative so bekannt wie möglich wird. Entscheidend dabei ist die offensive Aufforderung an die Betroffenen, nicht nur eigene Erfahrungen zu kommunizieren, sondern auch selbst aktiv zu werden. Letzteres wäre die Voraussetzung dafür, damit die Offensive in eine zweite Phase eintreten kann.

Schon mit dem derzeitigen Informationsstand ist klar, dass es einige überregional und sogar international vertretene Konzerne gibt, die PraktikantInnen systematisch ausnutzen. Wo Kontakte zu Betroffenen existieren, die in einem solchen Betrieb arbeiten, wo es eine gewerkschaftliche Verankerung gibt, ist es an der Zeit, ein Exempel zu statuieren. Die Slogans und Forderungen sind dann zu konkretisieren und auf das beispielhafte Unternehmen abzustimmen (z.B.: „Schluss mit der Ausbeutung von PraktikantInnen bei Möbel Schmidt!", „Volles Geld für volle Arbeit bei Möbel Schmidt!"). Nun sollten alle verfügbaren Kräfte im Organisationsgebiet der FAU und bestmöglich darüber hinaus auf die Durchsetzung der konkreten Forderungen in diesem greifbaren Betrieb konzentriert werden. Für den Fall, dass es gelingt, sich hier durchzusetzen, wäre ein positives Beispiel gesetzt, welches allgemein ausstrahlen könnte, vielen Menschen Mut macht und im besten Fall eine Eigendynamik in Gang setzt, die dem Problem den Garaus macht, es zumindest aber stark vermindert. Besonders wichtig ist hierbei – aus schon genannten Gründen –, dass nicht nur PraktikantInnen angesprochen werden, sondern die Ausstrahlung der Zustände auch auf andere Statusgruppen im Betrieb speziell und auf dem Arbeitsmarkt allgemein hervorgehoben wird. Im Idealfall wird dies schon praktisch dadurch verdeutlicht, dass der Arbeitskampf von Lohnabhängigen aus verschiedenen Statusgruppen gemeinsam getragen wird.

Grafik: www.prole.info

Parallel zu diesen kollektiven Aktivitäten sollten sämtliche juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um zusätzlichen Druck auszuüben und zumindest die Herstellung der Minimalstandards nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BG) zu gewährleisten. Wie schon erwähnt, sind sehr viele der vermeintlichen Praktika gar keine im Sinne des BG, sondern eigentlich normale Arbeitsverhältnisse. Dies gilt insbesondere für Praktika, die nach dem Studium absolviert werden (siehe Definition des Bundesarbeitsgerichtes in der Randspalte). Die rechtlichen Möglichkeiten sollten auch deshalb so weit wie möglich ausgeschöpft werden, um mehr positive Präzedenzfälle zu schaffen. Dass dies kein Selbstläufer sein wird, wurde schon erörtert. Deshalb sollten sich innerhalb der Kampagne KoordinatorInnen darauf spezialisieren, diese juristischen Prozesse zu koordinieren, Kenntnisse weiter zu geben und fähige Rechtsanwälte zu vermitteln. Sie müssen in der Lage sein, den Betroffenen konkrete Hinweise darauf geben zu können, wie wahrscheinlich ein juristischer Erfolg im jeweiligen Falle wäre und genau wissen, welche Vorgehensweise jeweils angemessen ist.

Grafik: www.prole.info

Eine abgestimmte Kombination dieser Aktivitäten könnte eine Dynamik in Gang setzen, die die schwache strukturelle Macht von PraktikantInnen durch die Optimierung von Organisationsmacht erhöht, indem eine kollektive Betroffenheit herausgestellt und die Sinnhaftigkeit von Widerstand durch praktische Beispiele verdeutlicht wird.

Im Kleinen haben verschiedene Lokalföderationen der FAU schon mit einer Umsetzung begonnen. Die Kampagne „Keine Arbeit ohne Lohn!" der FAU Region Ost ist dafür ein Beispiel; die Tarifforderungen der FAU-Betriebsgruppe im Berliner Kino Babylon Mitte ein anderes: Letztere beinhalten, dass PraktikantInnen nur mit Ausbildungsvertrag beschäftigt und nicht in die tägliche Verrichtung der Arbeit eingeplant werden dürfen. Außerdem sollen sie eine Aufwandsentschädigung von ca. 600 Euro erhalten. Dies zeigt: Die FAU ist durchaus in der Lage, Impulse auf den Weg zu bringen. Das dafür nötige Wissen, die Erfahrungen und die entsprechende Wut wachsen von Tag zu Tag.

Robert Ortmann

Anmerkungen

[1] Vgl. Marcks, „Warum in die Ferne schweifen?", in: DA, Nr. 193 (Mai/Juni 2009).

[2] Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Was ist gute Arbeit? Anforderungen an den Berufseinstieg aus Sicht der jungen Generation, Auszüge aus dem BMAS-Forschungsbericht Nr. 375, vorgelegt im Rahmen der Konferenz „Praktika stärken – Mißbrauch verhindern" am 7. Mai 2008 im Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Berlin.

[3] Siehe Hoffmann, „Für 80 Euro pro Woche bei der SPD", in: Tageszeitung, 30.04.2009.

[4] „Ausbeutung im Altenheim. Praktikant erhält 10.000 Euro Nachzahlung", Spiegel-Online, 08.01.2009, http://www.spiegel.de/schulspiegel/leben/0,1518,599680,00.html.

[5] Siehe Marcks, „Ein Tanz auf dem Drahtseil", in: DA, Nr. 192 (März/April 2009).

[6] Vgl. Wright, „Working Class Power, Capitalist Class Interests, and Class Compromise", in: American Journal of Sociology, Bd. 105, Nr. 5 (2000), S. 957-1002.

[7] Das Closed Shop-Prinzip aus dem angloamerikanischen Raum war z.B. ein Mittel, um diesem Problem entgegenzutreten, indem nur noch Gewerkschaftsmitglieder eingestellt werden dürfen und somit keine Aushöhlung der Belegschaftsmacht stattfinden kann.

Definition „Praktikant" des BAG

„Praktikant ist, wer sich für eine vorübergehende Dauer zwecks Erwerb praktischer Kenntnisse und Erfahrungen einer bestimmten betrieblichen Tätigkeit und Ausbildung, die keine systematische Berufsausbildung darstellt, im Rahmen einer Gesamtausbildung unterzieht, weil er diese für die Zulassung zum Studium oder Beruf, zu einer Prüfung oder anderen Zwecken benötigt."
(Az. 6 AZR 564/01)



Filmisches Lehrstück gegen gewerkschaftliches Rumgammeln

Der Dokumentarfilm „Ende der Vertretung – Emmely und der Streik im Einzelhandel“ verdeutlicht mit seiner Darstellung des Einzelhandelsstreiks beispielhaft die strukturellen Mängel der ver.di

Eine Kassiererin, Spitzname Emmely, wird im Februar 2008 nach 31 Jahren Betriebszugehörigkeit von Kaiser's gekündigt. Der Fall sorgt bundesweit für Empörung, denn der Kündigungsgrund scheint absurd: Es bestehe der Verdacht, Emmely habe Pfandbons im Wert von 1,30 Euro unterschlagen. Die Verdachtskündigung wird ein Jahr später in zweiter Instanz gerichtlich bestätigt. Anders als das Strafrecht kennt das Arbeitsrecht nicht die Unschuldsvermutung. Der Arbeitgeber muss lediglich Indizien vorlegen, die einen dringenden Verdacht nahelegen. Das Arbeitsgericht entscheidet aufgrund der vom Arbeitgeber und der Arbeitnehmerin vorgelegten Aussagen und Beweisstücke. Demnach ist es an Emmely, ihre Unschuld zu beweisen. Der Fall sorgt für ein breites Medienecho, Anne Will und Johannes B. Kerner berichten und Wolfgang Thierse nennt es ein "barbarisches Urteil von asozialer Qualität". Kaum berichtet wurde hingegen darüber, dass Emmely während eines Streiks im Einzelhandel gekündigt wurde, und sie diesen Streik in ihrer Kaiser's-Filiale maßgeblich mitorganisiert hatte. Es ist der Verdienst des Dokumentarfilms "Ende der Vertretung – Emmely und der Streik im Einzelhandel" diese Vorgänge in Gänze aufzuzeichnen und die Hintergründe zu beleuchten. Der 56minütige Film von kanalB begleitet die Streikenden über anderthalb Jahre.

Zu Wort kommen Frauen, die seit Jahrzehnten im Einzelhandel arbeiten. Viele streiken zum ersten Mal in ihrem Leben. Oft sind sie alleinerziehend und in Teilzeit. Sie berichten, wie sich in den letzten Jahren ihre Situation durch Arbeitsverdichtung verschlechtert habe. Während die Löhne hinter den steigenden Lebenshaltungskosten zurückblieben, stiegen gleichzeitig die Gewinne der Unternehmen allein zwischen 2000 und 2006 um 64,3 %. Als die Arbeitgeber Ende 2006 die Zuschläge für Spät- und Nachtarbeit kürzen wollen, hatten sie im Empfinden vieler Beschäftigter eine Grenze überschritten. Es begann die längste und härteste Tarifauseinandersetzung im deutschen Einzelhandel, welche erst im Juli 2008, anderthalb Jahre später, enden sollte.

Der Film offenbart exemplarisch die strukturellen Schwächen der Mitgliedsgewerkschaften des DGB. Es gelingt der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) nicht, mehr als 1.000 ihrer 21.000 Mitglieder im Einzelhandel Berlin-Brandenburgs für den Streik zu mobilisieren. Die Beteiligung am Arbeitskampf sinkt noch weiter, als die ver.di-Tarifkommission entgegen des Willens der Streikenden ausgerechnet vor der umsatzstärksten Woche, dem Weihnachtsgeschäft um den 4. Advent, den Streik abbricht. Die gezeigten Bilder wirken befremdlich: Auf der einen Seite die lethargische Tarifkommission im 6. Stock tagend, andererseits die Versammlung der kämpferischen Streikenden im Innenhof. Beide sind nur wenige Meter Luftlinie voneinander entfernt, und doch scheinen Welten dazwischen. Im Gespräch mit der Filmautorin Bärbel Schönafinger kommen sowohl die Enttäuschungen der Streikenden als auch die Begründungen der in der Tarifkommission sitzenden Betriebsräte zu Wort. Mehr als einmal hat man als Zuschauer das Gefühl, die sich zum Co-Management verpflichtet fühlenden Betriebsräte ständen auf der gegnerischen Seite. So zum Beispiel wenn einer von ihnen davon spricht, dass "wir" bei Edeka nun auch mehr "zahlen" – wohlgemerkt "wir zahlen", nicht kriegen. Als sich bei Kaiser's eine eigenständige Betriebsgruppe gründet und unabhängig vom Betriebsrat ein Flugblatt erstellt, wird deren Initiative von der ver.di-Fachbereichsleitung abgewürgt.

Ver.di mobilisiert die kollektive Lethargie

Eine Kassiererin bringt die mangelnde Organisation innerhalb der Dienstleistungsgewerkschaft auf den Punkt: Früh werde man von ver.di aufgerufen, würde dann aber nur "rumgammeln", statt Flugblätter zu verteilen oder darüber zu reden, wie der Streik an Fahrt gewinnen könne. Laut Schönafinger ist diese Aussage "der zentrale Satz der Dokumentation, da er beschreibt, dass die SekretärInnen die Streikenden nicht als Akteure ernst nehmen. Anstatt die Gelegenheit zu nutzen, um Diskussionen und Gedankenaustausch unter den Kolleginnen anzuregen, werden sie bei Kaffee und Kuchen dazu angehalten , ihre Zeit zu verlieren."

Hinzu kommt, dass die ver.di-FunktionärInnen aufgrund ihrer firmenspezifischen Verflechtungen kaum Solidarität vorleben: Den Fall Emmelys überhaupt publik zu machen, lehnen sie ab. Der eigene Betriebsrat behauptet anfangs gegenüber dem Arbeitgeber und Arbeitsgericht, dass die Kündigung im Zusammenhang mit dem Streik stehen könne, nur um sich später in einem offenen Brief selbst zu dementieren und jeglichen Zusammenhang abzustreiten.

Am Ende ist nur noch der harte Kern der Streikenden dabei. Die Methoden der Arbeitgeber zeigen Wirkung: Der Einsatz von LeiharbeiterInnen bei gleichzeitiger Einschüchterung der von ver.di allein gelassenen Belegschaften sorgen für massiven Streikbruch. Am Ende des anderthalbjährigen Arbeitskampfes erringt ver.di 3 % mehr Lohn bei gleichzeitiger Streichung der Zuschläge für den Samstagnachmittag, effektiv ein Reallohnverlust.

Dieser Dokumentarfilm zeigt exemplarisch, wie sehr eine basisdemokratisch und föderalistisch strukturierte Gewerkschaft notwendig ist. Der nächste Arbeitskampf im Einzelhandel könnte schon in Bälde anstehen, die Friedenspflicht ist jüngst ausgelaufen. Obgleich der Film auch mehreren Tarifkommissionen vorgeführt wurde, bleibt fraglich, ob ver.di für die bevorstehende Tarifrunde daraus gelernt hat. Schließlich würde das bedeuten, die eigenen Strukturen gehörig auf den Kopf zu stellen.

Jens Klink

„Ende der Vertretung – Emmely und der Streik im Einzelhandel“ (kanalB #34, 56 Min), zu beziehen für 10 Euro von kanalB.org . Das Komitee „Solidarität mit Emmely“ hat eine Petition für eine Bagatellgrenze bei Kündigungen an den Bundestag eingereicht: http://1euro30.de

Kritische Kunst vs. Kunstkritik

Uns erreichte diese Antwort auf den Artikel „Kaputte Körper der Kunst“ in der letzten DA-Ausgabe, den die „Anti-Art-Action Group“ verfasst hatte.

In der letzten DA (Nr.193) wurde durch den Artikel "Kaputte Körper der Kunst" der "anti-art-action-group" ein guter Auftakt für die angekündigte, kulturkritische Serie des Kulturteils veröffentlicht. Der Artikel befasste sich u.a. mit der Frage, was Kunst in der Postmoderne genau ist, bzw. was Kritische Kunst sein könnte. Anhand des Beispiels des Künstlerlebens im absolutistischen System Ludwigs XIV. wurde hier auf die politische Inbesitznahme der "europäischen Kultur" eingegangen. Später gelangt der Artikel zum eigentlichen Thema: den Künstlern der Postmoderne.

Postmoderne Künstler, die sich durch Leistung und Erfolg aus der Masse der Menschen hervorheben und sich exzentrischen Individualismus leisten können, werden hier auf eine Stufe mit dem Sonnenkönig gestellt. Doch worauf nicht weiter eingegangen wird ist, dass es sich damals wie heute um die Vereinnahmung von Kultur handelt, wie sie bisher in fast jeder geschichtlichen Epoche auch lange vor der Ludwig des XIV. geschehen ist.


Schrill, einfallsreich und unangepasst: Revolte Springen

Kultur und Herrschaft

Kultur diente von Anfang an als Medium politischer Inhalte, als Symbole der Klassenzugehörigkeit. Der Kulturbegriff wurde immer von den hegemonialen Strömungen definiert und wechselte im Laufe der Jahrtausende stetig. Schon Platon erkannte in seiner „res publica“ den politischen Charakter von Kultur (siehe DA 191). Um eine adäquate Kritik an „Kunst“ und „Kultur“ zu erheben, müssen diese Begriffe erst einmal in diesem Kontext definiert werden.

Im Prinzip ist Kultur doch alles, was im Gegensatz zur Natur vom Menschen selbstgestaltet hervorgebracht wird. Ein lebendiger Prozess des kreativen Schaffens und Wirkens. Ich bin mir sicher, dass fast jeder bedingt durch die soziale oder kulturelle Herkunft eigene Vorstellungen vom Kulturbegriff hat.

Der Artikel endet mit der Aussage, dass die Frage nach dem, was kritische Kunst ist und darstellen könnte, bisher unzureichend beantwortet ist.

Kunst kann auch gegen den Avantgardismus und Standortfetischismus geschehen

Hier ein Versuch, diese Frage zu beantworten: Kritische Kunst ist das, was die vorherrschende Definition von Kunst (besonders die der bürgerlichen Konvention) negiert, so beispielsweise die unkommerzielle Straßenmusik, die sich fernab vom Mainstream und kulturellem Individualitätsanspruch in den öffentlichen Räumen, auf den Straßen und in den Parks tummelt. Es gibt keine Bühne und keine Abgrenzung vom und innerhalb des Publikums. Denn an öffentlichen Orten erreicht die Kultur alle Teile der Bevölkerung. Eine Kultur, die dadurch entsteht, dass einfach gemacht wird und dort passiert, wo das Leben tobt. Neben der Schaffensart stehen meistens auch die Inhalte im scharfen Kontrast zur etablierten Kultur. Mit sozialkritischen bis hin zu sozialrevolutionären Texten kann Straßenmusik dort als Medium für politische Inhalte dienen, wo Flugblätter schon längst wieder ungelesen und zerknüllt im Mülleimer gelandet sind. Einige bekannte Vertreter dieser Art von kritischer Kultur sind zum Beispiel das linksradikale Theaterkollektiv „Revolte Springen“ aus Berlin oder Interpreten wie „Geigerzähler“, „Klaus der Geiger“.

Auch die musikalischen Agitatoren der 70er wie „Ton, Steine ‚Scherben ", „Cochise", „Floh de Cologne" oder „Die drei Tornados" dienen als Paradebeispiele für kritische Kultur. Eine Kultur, die sich sozialrevolutionäre Veränderungen statt den eigenen Individualitätsanspruch zum Ziel gesetzt hat.

Leider bewegt sich der Artikel der aaag nur im Schatten des Mannes, der sich schon zu Lebzeiten in den Mittelpunkt zu setzten wusste und es nun post mortem erneut geschafft hat – L'État c'est Moi.

Lukas Johannsen

Mir zeynen do

Eine bewegende ‚oral history'



Die Auflösung des Ghettos Bialystok. Die deutschen Faschisten stießen hier auf erbitterten Widerstand.

Im Frühjahr 2009 lief der Spielfilm „Defiance" über eine jüdische PartisanInnengruppe in den Kinos. Der Film ist ob seiner fiktiven, auf einen Helden zentrierten Inszenierung umstritten. Ganz anders ist „Mir zeynen do!", ein Dokumentarfilm über den Ghettoaufstand und die PartisanInnen von Bialystok in Ostpolen: Jüdischer Widerstand gegen die deutschen Besatzer.

Die deutsche Wehrmacht marschierte am 27. Juni 1941 in die ostpolnische Stadt Bialystok ein, und mit ihr die SS. Bialystok hatte damals 120.000 EinwohnerInnen, etwa die Hälfte davon war jüdisch. Vor diesem Hintergrund erzählen Chaika Grossmann, Lisa Czapnik und Anja Rud, wie sie sich als junge Frauen in Bialystok gegen die Deutschen, gegen die Shoah gewehrt haben. An den Beginn des Filmes haben Ingrid Strobl (Buch und Regie) und Dorothee Plaß (Ton und Schnitt) eine Aussage von Lisa Czapnik gesetzt: "Wichtig war nicht unser Leben. Wichtig war, etwas zu tun."

Chaika Grossmann wurde schon als Schülerin Mitglied bei der linkszionistischen Jugendorganisation Hashomer Hatzair: „Wir wollten eine Gesellschaft der Gerechtigkeit und Gleichheit aufbauen, das war wohl nur in einem neuen Land möglich." Aber 1941 beschlossen die Mitglieder von Hashomer Hatzair, nicht nach Palästina zu gehen, sondern in den von den Deutschen besetzten Ländern zu bleiben. Sylvester 1941/42 verbreiteten sie den „Aufruf Wilnaer Juden", in dem es heißt: „Wo sind die hunderte Juden, die litauische Kollaborateure ‚zur Arbeit' geholt haben? ... Gehen wir nicht wie die Lämmer zur Schlachtbank! Die Antwort kann nur lauten: Selbstverteidigung! Es ist besser zu kämpfen, als freie Menschen zu sterben, als von der Gnade der Mörder zu leben."

Die todbringende Täuschung von der Kooperationsmöglichkeit mit den Deutschen

Im Ghetto von Bialystok schliessen sich die kleinen Widerstandsgruppen von Hashomer Hatzair, Kommunistischer Partei und des jüdischen Bundes zusammen. Ihnen gegenüber steht der von den Deutschen eingesetzte Judenrat. Dessen Vorsitzender erklärt, dass anstatt durch Widerstand das Ghetto durch Arbeit für die Deutschen gerettet werden könne. Die Angst vor der übermächtigen Gewaltmaschinerie der Deutschen treibt viele in die Wehrlosigkeit. Und so kommt es am 2. Februar 1942 dazu, dass nach Listen des Judenrates sich Tausende zur Deportation ins Vernichtungslager Treblinka versammeln müssen. Die Widerstandsgruppen teilen sich daraufhin auf, um mit Molotowcocktails, Äxten und Hämmern gegen ihr Ende im Vernichtungslager zu kämpfen. Chaika Grossmann erzählt: „Eine Gruppe ging mit ihren Waffen mit in den Deportationszug. Als sie in Treblinka ankamen, der Zug geöffnet wurde, griffen sie sofort die Deutschen an, die den Zug umstellten und versuchten, sie zu töten. Es gab einen kurzen, harten Kampf, in dem sie alle fielen. Sie gingen nicht in die Gaskammern."

Bildwechsel. Die Kamera schwenkt zu einem traurigen Lied über eine große Steinplattenfläche, darauf stehen und liegen unbehauene, schroffe Steine, kleine und große. Auf dem größten steht: Warschau. Dann bleibt die Kamera auf einem anderen großen Stein gerichtet, mit der Aufschrift: Bialystok. Ein Platz des Gedenkens, der Trauer in Treblinka.

Lisa Czapnik hat noch am Tag des deutschen Einmarsches in die nahe bei Bialystok gelegene sowjetische Stadt Grodno ihr Abitur gefeiert. Über ihren Widerstand erzählt sie: „Ich war ein junges Mädchen, ich hatte Angst vor der Dunkelheit. Aber um meine Familie, meine Schulfreundinnen zu rächen, habe ich begonnen zu kämpfen, um den Feind zu bestrafen." Bei der endgültigen Liquidierung des Ghettos von Bialystok im Sommer 1943 wissen die Deutschen um zu erwartenden Widerstand und bereiten sich mit einem militärischen Großaufgebot vor. Dennoch gelingt es den gerade mal 300 jüdischen KämpferInnen , die sich hatten bewaffnen können, das Ghetto 6 Tage lang zu verteidigen. Die sechs jungen Frauen, die als einzige diesen Kampf überleben, tauchen als katholische Polinnen getarnt unter, und organisieren das antifaschistische Komitee. Als solches dienen sie als Verbindungsstelle zwischen WiderstandkämpferInnen in der Stadt und den jüdischen PartisanInnen im Wald. Darüber hinaus organisieren sie Waffen und erkunden Ziele für Anschläge. Im Antifaschistischen Komitee sind auch zwei Deutsche, die in Bialystok arbeiten. Der Film zeigt, wie einer von ihnen, Otto Busse, der 1951 in Israel geehrt wurde, in der BRD von seinen Nachbarn als Vaterlandsverräter verachtet wird.

Respekt vor der schmerzenden Erinnerung

Chaika Grossmann, Lisa Czapnik und Anja Rud sprechen über ihren Widerstand mit einer unaufgeregten Selbstverständlichkeit, auch über die Schwierigkeiten des illegalen Kampfes, über Ängste – und über Trauer. Der Regisseurin Ingrid Strobl und ihrem Kameramann Manfred Linke ist es gelungen, die drei Frauen nicht vorzuzeigen als Bebilderung eines vermeintlich allwissenden Kommentars. Vom derzeit üblichen Geschichts-Entertainment hebt sich „Mir zeynen do" durch einen empathischen, solidarischen Blick auf die PartisanInnen ab.

Die Kamera bleibt in ruhigen Einstellungen auf den Gesichtern, ohne Mätzchen, die ProtagonistInnen werden nicht zu Objekten degradiert, sie sind gleichberechtigtes Gegenüber der Interviewerin Ingrid Strobl. Dieser Umgang auf gleicher Augenhöhe nimmt die Frauen ernst, gibt ihrer Geschichte Raum, ihrer stillen Wut und Trauer, ihrem Aufbegehren gegen die übermächtigen Deutschen, ihrer Erinnerung.

Gaston Kirsche

Der anderthalbstündige Film **„Mir zeynen do!"** von 1992 ist bis heute nicht im deutschen Fernsehen gezeigt worden – nur in Teilen im Schulfernsehen. Dazu die ProduzentInnen von KAOS-Film: „Unsere Versuche, diesem Film 1992 einen Sendeplatz zu verschaffen, blieben [...] ohne Erfolg. So produzierten wir ihn auf eigene Rechnung, führten ihn in Veranstaltungen vor, verkauften Cassetten." Georg Seeßlen schrieb 1993 in konkret, der Film sei in Deutschland wohl unsendbar: „Ganz offensichtlich ist also »Mir zeynen do!« nicht in den endlosen Fluß der Bilder und Nachrichten integrierbar, der uns das törichte Glück vermittelt, nach allen Richtungen in Zeit und Raum, in Emotion und Meinung, ununterbrochen »informiert« zu sein." Daran hat sich auch siebzehn Jahre später nichts geändert. Erhältlich ist „Mir zeynen do" für ca. 45 Euro bei KAOS Kunst- und Video-Archiv e.V., Gladbacher Str. 33, 50672 Köln; info@KAOS-Archiv.de. Oder als Download für 8 Euro unter http://tube.heimat.de/preview/index.php?id=22390

Gaston Kirsche

Jenseits des Betroffenheitsgedusels

Die Geschichte der ASJ 1990-93 und der FAUD nach 1933 in Baden-Württemberg haben Martin Veith und Helge Döhring in zwei Teilen in dem Buch „Eine Revolution für die Anarchie" zusammengebracht.

Um es gleich vorweg zu schicken: Das Buch von Martin Veith ist Erinnerung und Kampfansage – es ist Feuerwerk! Seine provokanten Einsichten werden Widerspruch hervorrufen, vor allem bei jenen, die sich der Straßengewalt von Neonazis zwar theoretisch nähern, den Erfahrungshorizont eines Alltags aus permanenter Bedrohung, Einschüchterung, Angst, Wut und Hass jedoch nicht kennen. Vielleicht können gerade deshalb AntifaschistInnen in den Ost-Bundesländern, einigen Regionen im Westen, vor allem aber MigrantInnen sich sehr viel eher mit dem Anliegen des Autoren identifizieren als diejenigen, die sich nur "betroffen" fühlen. Sicher jedoch ist, dass dieses Buch von allen mit Gewinn gelesen werden kann, die eine antifaschistische Praxis aufweisen bzw. diese entwickeln wollen. Es reiht sich ein in die Tradition von Überlieferungen, die mit Truus Mengers "Im letzten Augenblick" und dem auch hier mehrfach erwähnten "The 43 Group" von Morris Beckman bisher ihresgleichen suchten. Nur schreibt der Autor nicht über die Widerstandsgeschichte vor mehr als 60 Jahren, sondern über die Jugendgeneration Anfang der 90er Jahre.

Authentische Schilderung

Veith zeichnet die Geschichte der Anarcho-Syndikalistischen Jugend (ASJ) im Stuttgarter Raum Anfang der 90'er als einer ihrer ehemaligen Aktivisten nach.

Immer schwingt jenes Lebensgefühl mit, das viele dieser Generation bis heute prägte. Der Autor widmet sich dem Thema auf eine äußerst persönliche Weise; vielleicht ist dies das Erfolgsrezept des Buches, da so Erlebtes unheimlich lebendig und aufmunternd beschrieben wird, eingebettet in die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen jener Zeit. Deutlich wird: Die Kämpfe der ASJ entwickelten sich aus ihrem sozialen Alltag heraus, waren direkte Impulse gegen die sie umgebende Wirklichkeit. Dabei konnte es sich um ihre Wohnsituation handeln, um Konfrontationen mit Neonazis, Autoritäten, Nationalismus und Rassismus, Krieg oder um ihre Ausbeutung im Betrieb. Die ASJ bot dabei keinen Raum für einen aufgesetzten ideologischen Habitus, sondern zeichnete sich vielmehr durch die persönliche Verwurzelung in den sozialen Kämpfen aus.

Mit einigen Standpunkten des Autors in puncto Widerstand gegen Neonazis kann sicherlich nicht jede und jeder d'accord gehen, auch wenn vielen AntifaschistInnen die Problematik unter ganz bestimmten Bedingungen durchaus vertraut ist: Sie gewinnt rein "militärischen" Charakter. Dass die ASJ viel differenzierter war, hat sie in der Praxis bewiesen. Die Trennung von rechten MitläuferInnen und hartem Kern, Gesprächsversuche, die Schaffung von Gegenöffentlichkeit, das Outen von Neonazis in ihrem sozialen Umfeld, das Vermeiden der Überhöhung von Bedrohungspotenzialen einzelner Nazi-Gruppen durch gründliche Recherche, einschließlich des Besuchs ihrer Versammlungen unter Tarnung bei hohem persönlichen Risiko, oder die passable Methode, sie der Lächerlichkeit preiszugeben, sind Dinge, die sich bis heute bewährt haben. Allerdings wird in dem Buch versäumt, angewandte Gegengewalt als ein aufgezwungenes Übel zu beschreiben, das sich nicht idealisieren lässt. Es bestand eben die Notwendigkeit, sich zu wehren oder anderen beizustehen, denn tätliche faschistische Angriffe waren gerade auch im Osten der Nachwendejahre alltäglich. Zurück blieb jedoch immer Katerstimmung, da derart nichts Positives vermittelt werden kann. In dem Buch fehlt hierbei die kritische Distanz, auch wenn das Verhältnis zur Gewalt als Taktisches beschrieben wird. Der Anarchokommunist Malatesta wird nicht umsonst zitiert.

Die Tradition des anarchosyndikalistischen Antifaschismus im Südwesten

Im zweiten Teil des Buches beschreibt Helge Döhring in gewohnt akribischer Manier die Widerstandstätigkeit illegaler FAUD-Kreise in Baden-Württemberg nach 1933, quasi in Anknüpfung an "Syndikalismus im Ländle", das im gleichen Verlag erschienen ist. Prozesse, sog. "Schutzhaft", Folter, Zusammenhalt, aber auch Misstrauen prägten diese Zeit. Nicht alle, die überlebt hatten, versuchten nach ‚45 einen Neuanfang. Den Unermüdlichen bot der Briefwechsel mit dem im Exil lebenden Rudolf Rocker Halt und Richtschnur. Döhring hat an dieser Stelle auch Interessantes über den Anarchisten Theodor Plivier zusammengetragen, das in dieser Form bisher unbekannt sein dürfte.

Fazit: Kaufen, lesen, weiter empfehlen! Womöglich die bislang wichtigste Veröffentlichung 2009.

Anarr



Martin Veith: *Eine Revolution für die Anarchie. Zur Geschichte der Anarcho-Syndikalistischen Jugend (ASJ) im Großraum Stuttgart 1990-1993* / **Helge Döhring**: *Aus den Trümmern empor! Anarcho-Syndikalismus in Württemberg 1933 bis 1956.* Verlag Edition AV, Lich 2009. 380 Seiten. ISBN: 867-3-86841-005-1. Preis: 22 Euro

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Herbert Wehners berühmtestes Opfer

Des letzten Rätsels Lösung: Kreszentia (Zenzel) Mühsam

Kreszentia Elfinger wurde am 27. Juli 1884 in Haslach, das heute Au in der Hallertau heißt geboren. Leider ist ihre Biographie noch nicht geschrieben worden. Trotzdem können wir einige Stationen ihres Lebens- und Leidensweges nachzeichnen.

Sie war mehr als nur eine stille Begleiterin Erich Mühsams, den sie im September 1915 geheiratet hatte. So war Zenzl an der Seite Erichs aktiv an den Kämpfen der Münchner Räterepublik beteiligt. Nachdem sie aus ihrer kurzen Haft entlassen wurde, war sie in der „Roten Hilfe" (RH) aktiv und nahm am 1. Kongress der RH in Berlin teil. Zur Unterstützung der von der Hungerkatastrophe 1920/21 in Russland Betroffenen betrieb sie in München eine Nähstube.

In der Nacht vom 9. auf den 10. Juli 1934 wurde ihr Mann Erich, der für die Nazis alles verkörperte was sie hassten – schließlich war er Anarchist, Bohemien, Jude und „Novemberverbrecher" in einem – im KZ Oranienburg von der SS umgebracht. Vor seinem Tod, erklärte er seiner Frau, dass sie niemals und unter keinen Umständen in das stalinistische



Russland fahren solle. Trotzdem führte ihr weiter Weg Kreszentia genau dort hin.

Im Juli 1934 gelingt ihr die Flucht aus Deutschland. Sie kommt in Prag unter und wartet dort auf den Nachlass ihres Mannes, der im September im Diplomatengepäck nach Prag geschmuggelt wird. Nachdem im MOPR-Verlag ihre Broschüre über die Ermordung Erichs erschienen ist und ihr das Nazi-Regime die Staatsbürgerschaft aberkannt hat, nimmt sie das Angebot an, das sie zuvor mehrfach ausgeschlagen hatte: in die Sowjetrepublik zu kommen.

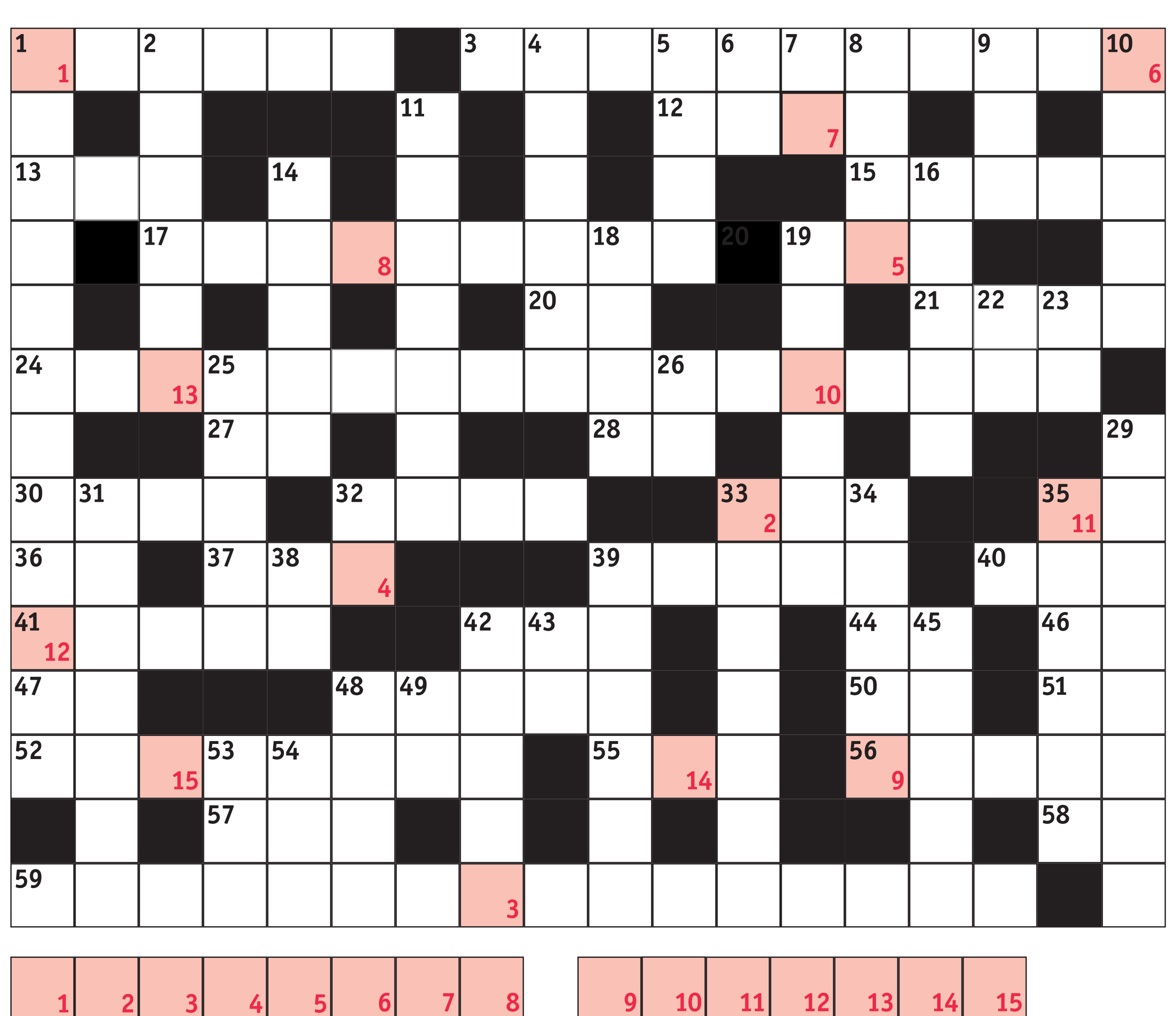
Im August 1935 trifft sie dort ein. Sofort ist sie wieder aktiv und hält unter anderem Vorträge über die deutschen Konzentrationslager und hält mindestens eine Gedenkveranstaltung zu Ehren ihres Mannes ab. Im Februar 1936 wird dessen Nachlass nach Moskau überstellt und den sowjetischen Behörden übergeben. Kurz darauf, am 8. April wird Zenzl das erste Mal verhaftet. Der Vorwurf: sie sei ein „trotzkistischer Spion"!

Internationale Proteste führen im Oktober 1936 zu ihrer Entlassung aus der Butyrka. Allerdings darf sie Moskau nicht verlassen! Ihre Ausreiseanträge nach Amerika, wo Rudolf Rocker und Milly Witkop Exil gefunden haben, werden abgelehnt. Im September 1939 wird sie erneut verhaftet und wegen „Teilnahme an einer konterrevolutionnären Organisation und Agitation" zu „Arbeitsbewährungslager" verurteilt. Zuerst kommt sie jedoch, zusammen mit anderen Frauen aus dem Gulag, in Auslieferungshaft! Mühsam soll an die Gestapo übergeben werden!

Stalin überlegt es sich aber noch einmal anders, und im Oktober 1940 wird sie in das Lager III (Jawas, Mordwin, ASSR) gebracht. Nach sechs Jahren in diesem Lager, wird sie 1946 in die „ewige Verbannung" nach Koltschinowa geschickt. 1947 gelingt ihr mit Hilfe eines Eisenbahnarbeiters die Flucht nach Moskau, wo sie als „Illegale" im Hotel Lux wohnt. Allerdings wird sie schon bald das Opfer einer Denunziation. Erst Jahre nach Stalins Tod, wird sie 1955 endlich entlassen und „darf" in die DDR ausreisen. Auch der Nachlass Erichs wird an die DDR übergeben. Bis zu ihrem Tod am 10. März 1962, stand sie unter Beobachtung des „Staatssicherheitsdienstes"(Stasi) der DDR. Gleichwohl wurde sie mehrfach aufgefordert, für die Stasi Spitzeldienste zu leisten – aber dieses „Angebot" nahm Kreszentia Mühsam nie an.

Rudolf Mühland

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 60



Waagerecht

1. Fonds der Bundesregierung zur Stabilisierung des inländischen Finanzmarktes <Kurzform>; die nächste Krise kommt bestimmt! 3. SprachmittlerIn, die im Gegensatz zur ÜbersetzerIn Gesprochenes überträgt <männl. Form> 12. griechischer Anisbranntwein 13. Taste auf der Computertastatur, die in vielen Anwendungen die BenutzerIn um eine Ebene in der Menüstruktur zurückbringt oder das Verlassen des Programms bewirkt <Kurzform> 15. selbstgedrehte Zigarette, wo mehr als nur Tabak drin ist 17. Verfolgung einer verteufelten Person 19. im September 1941 ermordete die Wehrmacht in dieser Schlucht bei Kiew über 30.000 JüdInnen – ein Massaker, das seitdem in verschiedenen Formen auch in Deutschland künstlerisch gedacht wurde: Babyn ~ 20. chemisches Zeichen für das Ion im Kochsalz 21. Richter in islamisch geprägten Ländern 24. diese Schnüffelbehörde der BRD werden wir eines Tages ebenfalls auflösen und unsere Akten lesen! 27. Losung gegen den Golfkrieg und den Irakkrieg: Kein Blut für ~! 28. man muss nicht Kolumbus sein, um dies zu zerdeppern 30. Geruch <poetisch> 32. Tätigkeitswort 33. chemisches Element 35. Kfz-Kennzeichen für Heilbronn 36. Landkreis <Abk.> 37. Kfz-Kennzeichen für Rotenburg (Wümme) 39. Zeile aus Brechts „Moritat von Mackie Messer": Und der Haifisch, der hat ~ / Und die trägt er im Gesicht 40. bis zur russischen Revolution die traditionelle Farbe der ArbeiterInnenbewegung, auch der anarchistischen 41. antimilitaristische Basisbewegung in der Schweiz: Gruppe für eine Schweiz ohne ~ 42. Lauf- oder Botenjunge <engl.> 44. Kenngröße zur Bewertung des allgemeinen intellektuellen Leistungsvermögens, v.a. im angelsächsischen Raum eingesetzt und dort umstritten <engl. Abk.> 46. Länderkürzel für Slowenien 47. General-Anzeiger <Abk.> 48. keine Diesellok 50. bedeutet in der chinesischen und japanischen Philosophie nichts, Leere 51. Hundertstel einer deutschen Mark <Abk.> 52. Zeile aus Brechts „Lob des Kommunismus": Er ist das ~, das schwer zu machen ist 55. die dem Wind abgekehrte Seite eines Bergs usw. 56. Hauptstadt eines der 2007 der EU beigetretenen Länder 57. Pranger <norddeutsch> 58. Abk. für international anerkannte Deutschprüfung, die sich hauptsächlich an den Bedürfnissen von Lernenden in der Erwachsenenbildung im In- und Ausland orientiert 59. jemand, der oder die rasch Karriere Macht.

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Senkrecht

1. im Fußball und im übertragenen Sinne: weit geschossener, einem Mitglied der eigenen Mannschaft zugespielter Ball 2. durch rasches Hinundherbewegen dieses Geräts aus Stoff, Papier usw. erzeugt man einen kühlenden Luftstrom 4. Vertrauensmann (von Parteien, Vereinen usw.) 5. Losung der protestierenden ArbeiterInnen im Juni 1953 in der DDR: „Akkord ist ~!" 6. Kfz-Kennzeichen für Euskirchen 7. Abk. für eine Boulevardzeitung aus München 8. die Bohne dieser Kulturpflanze liefert ein für den menschlichen Organismus ideales Proteingemisch: gegen die Fleischfresserei unserer Tage! 9. Meeresraubfisch 10. Hauptschule in Berlin, die bundesweit bekannt wurde, als LehrerInnen 2006 mit einem Brandbrief eine Debatte über das Schulsystem in Deutschland, die Gewalt an Schulen und die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund anstießen: ~-Schule 11. Anrede in manchen linken Parteien und auch teilweise noch in der SPD <männl. Form> 14. auf eine Achse bezogen, längsachsig 16. Unterwelt, Totenreich; etwas in den ~ befördern = ins Nichts schicken 18. Gehalt von KünstlerInnen 19. Männername, der sich mit „Rochen" reimt; es gibt sogar ein Kinderbuch „~ der Rochen" 22. Länderkürzel für Österreich 23. Kfz-Kennzeichen für Delitzsch 25. Waldkiefer 26. Abk. für das internationale Einheitensystem (Système international d'unités) 29. Opposition der PalästinenserInnen in den von Israel besetzten Gebieten <arab.> 31. in diesem Land liegt Tschernobyl, entstand die Machno-Bewegung 32. der mit Abstand größte Betrieb in Niedersachsen <Abk.> 33. im „Superwahljahr" 2009 haben wir wieder die Wahl zwischen Pest und ~ 34. in der Kathedrale dieser nordwestfranzösischen Stadt wurden vom 12. bis zum 19. Jh. die französischen Könige gekrönt 35. Pflegeheim zur Betreuung Sterbender 38. Umschreibung für „ö", wenn eine Tastatur über diesen Buchstaben nicht verfügt 39. eine Frau im gebärfähigen Alter hat dies, der Kapitalismus auch 42. ausgewalztes Metall 43. zwei runde Augen 45. Maßstab zur Erfolgsmessung im Rundfunk und Fernsehen (prozentuelle Anteil der Empfangshaushalte); bei der Programmgestaltung schielen die meisten Sender danach 48. Eckstoss <Fußball, Kurzform> 49. Kürzel für Lufthansa 53. Abk. für gemeinschaftliche, öffentliche Nacktheit, z.B. am Badestrand 54. linker Nebenfluss der Lahn.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München). Gewonnen hat diesmal Marcel H. aus Hildesheim.

Auflösung # 59

```
Z   NATIONALKOMITEE
SAGA U     E HER IX
C ABWRACKPRÄMIE NP
HAUE BA  A   E  RO
OB LEISTUNGSTRÄGER
PULS NEUNTEL N RIT
A ICKE DIRN O BUS
URAHN M KYFFHÄUSER
  NAIVE A   I NE E
QUEUE TS MCDONALDS
U   HARTZ  A O   P
AMBROSIA DIX KRÖTE
R A S KUR C   O  K
KÜMMEL BELEGSCHAFT
```

DA – DIREKTE AKTION – anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org

Verleger:
Direkte Aktion e.V.,
c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Holger Marcks

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 195: 14. August 2009